



**Christoph Kelz, Hendrik Mayer
und Erhard Weinholz**

SOZIALISTISCHE ALTERNATIVE DDR 89

**DIE INITIATIVE FÜR EINE VEREINIGTE
LINKE IN TEXTEN UND DOKUMENTEN**

INHALT

Editorial	2
Christoph Kelz, Hendrik Mayer und Erhard Weinholz Eine Geschichte linker Alternativen	4
Vorbemerkungen zum Thema Vereinigte Linke	
Erhard Weinholz Unser linkes Ding	7
Ein Rückblick auf die VL	
Christoph Kelz Basisdemokratischer freiheitlicher Sozialismus DDR 1989	31
Initiative «Vereinigte Linke» Rostock	
Hendrik Mayer «Unser Kopf ist rund, damit das Denken die Richtung ändern kann»	47
Werkstattbericht zur Aufarbeitung von Materialien der Vereinigten Linken Rostock	
Quellen und Literatur	66
Dokumentenanhang	68
Appell	94
Für eine Sammlung von Materialien der VL!	
Autoren	95

EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser,

30 Jahre danach sind viele Geschichten über die politische Wende in der DDR und insbesondere über den Weg in die deutsche Einheit noch immer nicht erzählt. Dabei stehen individuelle Erfahrungen weiterhin nicht selten im Gegensatz zum offiziellen Erinnerungsdiskurs. Ich erinnere mich beispielsweise an das damalige Tempo der gesellschaftlichen Veränderung und dass es manchmal schwerfiel, Schritt zu halten. Ich erinnere mich an die vielen neuen Parteien und Bewegungen, die in dieser Zeit entstanden sind und die heute keine oder kaum noch eine Rolle spielen. Ich erinnere mich an die Runden Tische, an denen die unterschiedlichsten politischen Akteure um den künftigen Weg stritten und neue Demokratieerfahrungen sammelten. Ich erinnere mich an die Aufbruchsstimmung, die Stefan Heym bereits auf der großen Demonstration auf dem Berliner Alexanderplatz am 4. November 1989 in die Worte fasste, es war, «als habe einer die Fenster aufgestoßen nach all den Jahren der Stagnation, der geistigen, wirtschaftlichen, politischen, den Jahren von Dumpfheit und Mief, von Phrasengewäch und bürokratischer Willkür, von amtlicher Blindheit und Taubheit». Es gab eine kurze Zeit, in der alles möglich schien – sogar ein demokratischer Sozialismus.

Wie engagiert an den Runden Tischen und später in der letzten Volkskammer der DDR um Mehrheiten gerungen wurde, habe ich selbst miterlebt. Die Atmosphäre und das Arbeitspensum, das die Abgeordneten bis zum 3. Oktober 1990 bewältigten, sind heute kaum vermittelbar. Dabei wäre es durchaus lohnenswert, wissenschaftlich zu ergründen, welche Formen politischer Meinungsbildung, Demokratie und Partizipation in den Aufbrüchen 1989/90 erfolgreich ausprobiert wurden.

Leider ist vieles davon auf dem Weg in die deutsche Einheit auf der Strecke geblieben.

Einige Mitstreiter*innen aus der Zeit der revolutionären Um- und demokratischen Aufbrüche in der DDR sind auch heute noch aktiv, andere haben sich, oft enttäuscht von den Möglichkeiten realer Einflussnahme, zurückgezogen. Die damaligen Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen gehörten zu den politischen Hauptakteuren in der Wendezeit und viele von ihnen sind im offiziellen «Einheits-Gedächtnis» als Bürgerbewegungen weiterhin präsent.

Nicht so die Initiative für eine Vereinigte Linke (VL), die ab Herbst 1989 aktiv war. Sie trat für eine Reform des Sozialismus unter Beibehaltung des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln ein und lehnte den Beitritt der DDR zur BRD ab. Sie kämpfte sozusagen sowohl gegen Politbüro als auch gegen Kapitalherrschaft. Ihr Ziel war ein basisdemokratisch verfasstes sozialistisches Gemeinwesen. Ich erinnere mich noch an die engagierten Beiträge von Thomas Klein, der für die VL in der letzten DDR-Volkskammer saß.

Heute, 30 Jahre später, sind die Initiative für eine Vereinigte Linke, ihre Forderungen und Aktivitäten nur noch wenigen bekannt. Im Unterschied zu den Bürgerbewegungen, die zum großen Teil in den etablierten Parteien des bundesdeutschen Systems aufgingen, ist von der VL nur wenig überliefert. Durch glückliche Umstände hat eine größere Anzahl Dokumente der Vereinigten Linken in Rostock die Zeit überdauert. Sie wurden jetzt gesichtet, zusammengestellt und bilden den Grundstock für die vorliegende Publikation, die das lokale und regionale Wirken der VL in Mecklenburg-Vorpommern in den Vordergrund rückt. Dieses Materialienheft gibt einen kleinen Einblick in die Aktivitäten und den Wandel der Sammlungsbewegung, in die vielen Diskus-

sionen, Aufrufe und Hoffnungen, in die Suche nach alternativen Wegen. Die hier veröffentlichten Dokumente – Plakate, Zeitungsausschnitte, Texte und Artikel – stammen aus der Zeit zwischen September 1989 und Oktober 1990 vorrangig aus Rostock und Umgebung. Ich danke den drei Autoren für die Arbeit an diesem Projekt. Mit dieser Publikation möch-

te die Rosa-Luxemburg-Stiftung an die VL und ihre Geschichte erinnern, zur historisch-kritischen Aufarbeitung des letzten Jahres der DDR beitragen und neue Debatten befördern.

Ihre Dagmar Enkelmann, Vorstandsvorsitzende der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Christoph Kelz, Hendrik Mayer und Erhard Weinholz

EINE GESCHICHTE LINKER ALTERNATIVEN VORBEMERKUNGEN ZUM THEMA VEREINIGTE LINKE

Sie hören heute zum ersten Mal, dass es hierzulande eine «Initiative für eine Vereinigte Linke» (VL) gegeben hat? Oder haben nie so recht verstanden, allenfalls vermuten können, was für Menschen sich damals, im Herbst 1989, in dieser Gruppierung zusammengefunden haben? Verwunderlich wäre es nicht: Mehr über die Vereinigte Linke zu erfahren, als sich dem Wikipedia-Eintrag entnehmen lässt, erweist sich als mühsames Geschäft. In gewissem Maße liegt das an der Eigenart dieser Organisation: Die VL war vor allem lokal tätig, sodass sich ein großer Teil ihrer Entwicklung als Mosaik der Geschichte einzelner Basisgruppen darstellt. Zwar waren es nur etwa drei Dutzend Gruppen, von denen die meisten nicht länger als zwei, drei Jahre tätig waren, dennoch wäre es schon Mitte der 1990er Jahre schwierig gewesen, eine Gesamtgeschichte der VL zu schreiben. Heute gilt das erst recht: Die Beteiligten, die uns sagen können, was einst gedacht und getan wurde, sind oft nicht mehr auffindbar oder außerstande, das Geschehen einigermaßen vollständig aus der Erinnerung zu rekonstruieren. Und die schriftlichen Unterlagen, die über ihr Wirken Auskunft geben könnten, sind zumeist längst verschollen. Auch das wenige, das zentral, beim DDR-Sprecherrat, an Materialien anfiel, wurde nie zusammenhängend archiviert. In Rostock aber haben glückliche Umstände eine größere Menge an VL-Dokumenten vor allem aus der dortigen Gruppe die Jahre überdauern lassen, Dokumente, die jetzt auch gesichtet und geordnet wurden. Einiges davon, aber bei Weitem nicht alles, ist in den Dokumentenanhang eingegangen; in bisherigen Dokumentationen zum Thema VL haben regionale oder lokale Materialien nämlich kaum eine Rolle gespielt.

Immerhin könnte sich die Forschung anhand veröffentlichter Materialien den Grundzügen der VL und ihrer Geschichte widmen. Sie stünde mit solchen Untersuchungen thematisch in einer guten Tradition: Vor bald 60 Jahren hat der in Marburg lehrende Wolfgang Abendroth mehrere Dissertationen zur Geschichte linker Organisationen veranlasst, von Zwischengruppen wie der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) zum Beispiel und der sich als innerparteiliche Opposition verstehenden KPD (O), die sich in den 1920er Jahren von den großen linken Parteien getrennt hatten und neue Ansätze verfolgten. Ihm ging es darum, über die Aneignung linker Geschichte die Ideen des Sozialismus und der Emanzipation zu verbinden und lebendig zu halten. Denn Ende der 1950er Jahre hatte die SPD dem Sozialismus abgeschworen, KPD und SED boten aus Abendroths Sicht trotz der auf dem XX. Parteitag der KPdSU begonnenen Entstalinisierung keine wirkliche Alternative zur Sozialdemokratie. Parallelen zu Abendroths Bestrebungen finden sich bei der damaligen Neuen Linken, die ebenfalls aus dieser Konstellation heraus entstanden ist und sich für einen freiheitlichen, demokratischen Sozialismus eingesetzt hat. Ebendiesem Ziel folgte 30 Jahre später auch die VL. Das Wirken dieser Initiative vor dem Vergessen zu bewahren und, wenn möglich, für die Gegenwart fruchtbar zu machen ist wiederum Ziel unserer Veröffentlichung. Das Bemühen, Geschichte im Interesse linker Politik zu erkunden, war allerdings in der akademischen Forschung die meiste Zeit die große Ausnahme, und das ist heute nicht anders. Doch auch die Historiker*innen aus der PDS bzw. der Partei DIE LINKE und ihrem Umfeld, bei denen man ein stärkeres Interesse am Schicksal der VL vermuten könnte, haben sich

aus Gründen, die wir nicht kennen, im Laufe der letzten drei Jahrzehnte wenig oder gar nicht mit dieser Gruppierung befasst. In der regionalgeschichtlichen Literatur hingegen sind hier und da Aspekte der VL-Geschichte angesprochen worden (siehe dazu den Beitrag Hendrik Mayers). Das kann zwar organisationsgeschichtliche Darstellungen nicht ersetzen, doch gibt es zumindest den Hinweis, dass da mal etwas war, mit dem zu beschäftigen sich lohnen könnte. Das meiste von dem wenigen, was über die VL geschrieben wurde, stammt von ihren (einstigen) Mitgliedern und ist, wie das Literaturverzeichnis zeigt, vorwiegend an entlegener Stelle erschienen.

VL-Aktivisten waren auch zwei der drei Autoren dieser Broschüre, sie gehen in ihren Arbeiten also von eigenen Erfahrungen aus: Christoph Kelz war maßgeblich am Aufbau der Rostocker VL beteiligt und unter anderem einer ihrer Sprecher, Erhard Weinholz von Juni bis Dezember 1990 einer der beiden Mitarbeiter im Arbeitssekretariat des DDR-Sprecherrats und zugleich in der Medienarbeit der VL Berlin tätig. Seine einleitende Studie «Unser linkes Ding» geht erheblich über jene erste Fassung dieses Textes hinaus, die Sebastian Gerhardt 2013 in seinem Blog planwirtschaft.de veröffentlicht hat. Sie ist als Versuch gedacht, den Charakter der VL und einiger Etappen ihrer Entwicklung zu verdeutlichen, Ursachen ihres Niedergangs und Möglichkeiten ihres Weiterwirkens zu benennen und sich mit Überlegungen anderer zur Geschichte der VL auseinanderzusetzen. Erschöpfend behandelt wird die Problematik in dieser bislang umfangreichsten Darstellung zum Thema VL jedoch keinesfalls.

Dass den zweiten thematischen Schwerpunkt in dieser Broschüre die VL Rostock bildet, hat sich als günstig erwiesen. Fast jede Gruppe hatte ihre subjektiv und objektiv bedingten Eigenheiten, und so haben sich auch die Berliner und die Rostocker VL in mehr als einer Hinsicht unterschieden. Wie Christoph Kelz'

Beitrag «Basisdemokratischer freiheitlicher Sozialismus DDR 89. Die Initiative «Vereinigte Linke» Rostock» und Hendrik Mayers «Unser Kopf ist rund, damit das Denken die Richtung wechseln kann» betitelter «Werkstattbericht zur Aufarbeitung von Materialien der Vereinigten Linken in Rostock» aufzeigen, war für die Verhältnisse in Rostock zum Beispiel eine enge Zusammenarbeit der Bürgerbewegungen im publizistischen Bereich kennzeichnend, die trotz inhaltlicher Differenzen bis weit in das Jahr 1990 hineinreichte und in der Form damals einmalig war.

Vor allem aber wird bei Christoph Kelz etwas deutlich, was für die VL insgesamt von beträchtlicher Bedeutung war: wie sich bei jungen Linken alternative Vorstellungen von Alltag und Politik miteinander verbunden haben und wie aus dieser Verbindung sowohl die Gründung der VL als auch etliche ihrer Vorhaben erwachsen sind. Insbesondere durch die verbreitete Hinwendung zur Einheit Deutschlands geriet die Rostocker VL jedoch, wie der Autor zeigt, allmählich in die Defensive, so dass sie sich schließlich auflöste. Ihre Gründungsimpulse jedoch wirken weiter.

Die ursprüngliche Absicht, in diesem Text auch auf die Geschichte, die Arbeitserfahrungen aller VL-Gruppen der drei Nordbezirke einzugehen, war aufgrund von Materialienmangel nicht umsetzbar. Das Wirken der Schweriner VL beispielsweise lässt sich überhaupt nicht mehr dokumentieren. Wer also in einem seiner Regale, Schränke usw. tief unten noch eine Mappe VL 89/90 mit einschlägigen Dokumenten verwahrt, wird gebeten, diese uns zur Verfügung zu stellen – siehe dazu den Aufruf am Schluss des Bandes.

Hendrik Mayer nutzt seinen Werkstattbericht in erster Linie dafür, anhand ausgewählter (und natürlich im Anhang wiedergegebener) Dokumente wichtige Stationen in der Entwicklung sowohl der Rostocker VL als auch der politischen Kultur in Rostock zu vergegenwärtigen und in verschiedenerlei Hinsicht

zu analysieren. Im Vordergrund stehen dabei die Anti-Kohl-Demonstration vom Dezember 1989, bei der die VL eine beträchtliche Rolle gespielt hat, und die Proteste am Rande der Kohl'schen Wahlkampfveranstaltung im März 1990. So sind beide Texte lokalgeschichtlich orientiert, ohne sich auf lokale Details zu beschränken oder sich gar in ihnen zu verlieren. Sie bringen vielmehr immer wieder in Erinnerung, auf welche Weise das Geschehen in Rostock mit Entwicklungen andernorts und in anderen Bereichen der DDR-Bürgerbewegung vom Herbst 1989 im Zusammenhang stand.

Geschrieben wurden alle drei Beiträge in erster Linie nicht für Sozialwissenschaftler*innen, sondern für politisch interessierte Mitmenschen. Das hat Einfluss auf die Form wie den Inhalt der Texte: Sie verbinden, der eine mehr, der andere weniger, Bericht und Analyse; im Mittelpunkt steht in jedem Fall, und zwar auch mit Blick aufs Heute, die Frage nach den Handlungsmöglichkeiten der VL und ihren vielfältigen Voraussetzungen. Denn der Charakter und das Schicksal dieser Orga-

nisation hingen in erheblichem Maße von den Handlungsstrategien ab, für die sie sich entschieden hatte.

In letzter Zeit haben sich auch andere einstige VL-Mitglieder neuerlich der Geschichte ihrer Organisation gewidmet. «Sozialistische Alternative DDR 89» ist unabhängig davon entstanden, dennoch kann es nützlich sein, alle diese Veröffentlichungen im Zusammenhang zu sehen und vielleicht auch als Vorarbeiten einer umfassenderen Untersuchung des Entstehens, der Eigenart sowie des Wirkens und Nachwirkens dieser linken Initiative zu verstehen.

Unser Dank gilt Judith Dellheim (Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin), durch deren Mitwirkung Berlin und Rostock in ein Boot gekommen sind, Stefan Nadolny (Rosa-Luxemburg-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern, Rostock), der uns bei der Arbeit an unserem Vorhaben auf vielfältige Weise unterstützt hat, und Uwe Sonnenberg (Rosa-Luxemburg Stiftung Berlin), mit dessen Hilfe es dann zum Abschluss kam.

(Rostock – Berlin, Juli 2020)



Impression vom Volkskammer-Wahlkampf der VL 1990 in Berlin (Fotografie: Gerd Stadermann, Berlin).

Erhard Weinholz

UNSER LINKES DING EIN RÜCKBLICK AUF DIE VL

«Für eine vereinigte Linke in der DDR! Appell! [...] wenden wir uns mit diesem Aufruf an alle politischen Kräfte in der DDR, die für einen demokratischen und freiheitlichen Sozialismus eintreten.»
(Böhlen, Anfang September 1989)

1.

An einem schönen Morgen im Frühsommer des Jahres 1990 schob ich mein viel genutztes altes Fahrrad vom Hof auf die Straße und machte mich zum ersten Mal seit Langem wieder auf den Weg zur Arbeit, fuhr vom Prenzlauer Berg ins Zentrum der Hauptstadt Berlin. Am Hemd trug ich vermutlich, wie sonst auch, das handgefertigte VL-Abzeichen: vier Zentimeter Durchmesser, schwarzer Untergrund, darauf ein dickes rotes V, dessen rechter Strich senkrecht steht, und, etwas höher angesetzt, ein nicht minder dickes rotes L. Einem mathematischen Zeichen ähnelt dieses V, dem für «Wurzel aus ...», fürs Radizieren. Als radikal verstand sich auch die «Initiative für eine Vereinigte Linke», und das hieß als Erstes, Politbüro- und Kapitalherrschaft gleichermaßen abzulehnen. Zwar haben das anfangs, im Frühherbst 1989, mehr oder minder deutlich alle neuen Gruppierungen in der DDR getan, bis hin zum Demokratischen Aufbruch und zur Sozialdemokratischen Partei. Wir aber waren fast die Einzigen, die dabeigeblieben sind. Und womit hat der rote Stern zu tun, der auf meinem Abzeichen fünfzackig neben dem L steht? Eben das hatte mich ein Westjournalist bei unserer Wahlkampf-Fete in der Kongresshalle am Alexanderplatz gefragt, zwei Wochen vor der Volkskammerwahl vom März 1990, die über das Schicksal dieses Landes entschied. Oh Schande, ich wusste nicht zu sagen, was der Stern zu bedeuten hat, konnte also, ob-

wohl ich mich viel mit der Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung beschäftigt hatte, nur verlegen herumstammeln, und das vor laufender Kamera.

Der Stern verweist natürlich auf das revolutionäre Russland. Doch worauf genau – den spontanen Kampf des Volkes, die Arbeit der Räte, das Wirken der russischen Sozialisten, der SDAPR (Bolschewiki)? Oder alles zusammen? Den Gestalter kann ich danach nicht fragen, niemand von uns weiß mehr, wer es war. Dass das Volk selbstständig handelt, entsprach den Vorstellungen der VL auf alle Fälle. Ein Rätssystem zu errichten nicht unbedingt. Mit den Bolschewiki, der Vorhut der Revolution, hatten wir organisatorisch nur gemein, dass wir ein Bund politisch Aktiver sein wollten; formiert hat sich die VL als Bürgerbewegung. Und das war keinesfalls, wie manche meinten, ein Notbehelf, weil es zur Partei nicht gereicht hatte.

Über den Alexanderplatz fuhr ich an jenem Sonnabendmorgen, dann die Rathausstraße entlang und zuletzt über die Schleusenbrücke hin zum Werderschen Markt. Die Rasenfläche gleich links hinter der Brücke war lange nicht gemäht worden, Wildwuchs herrschte vor der großen, grauen Festung, die nicht mehr den Apparat des Zentralkomitees (ZK) der SED beherbergte und noch nicht den des Auswärtigen Amtes: Bis zum Dezember 1990 gingen hier im «Haus der Parlamentarier», wie es zu der Zeit hieß, die Volkskammerabgeordneten sowie die Mitarbeiter*innen des Parlaments, seiner Fraktionen und ebendieser Abgeordneten ein und aus. Auch ich gehörte seit Kurzem zu ihnen: Th. vom Aktionsbündnis Vereinigte Linke¹ hatte mich zusammen mit anderen eingestellt; wahrscheinlich versammelten wir uns gleich an jenem ersten Arbeitstag in

unserem kärglich eingerichteten Büro. Einziger Zimmerschmuck, wenn man es so nennen will, war eine leicht angeschlagene Thälmann-Büste aus patiniertem Gips, die nun vom Schrank aus über alles hinwegsah.

Th. war an diesem 2. Juni wohl nicht mit dabei, er hatte enorm viel zu tun. 42 war er zu jener Zeit, voller Energie, und doch wurde mir, wie ich bald darauf in meinem Tagebuch notierte, bänglich zumute, wenn ich sah, was er alles an Terminen wahrnahm. Seinen Arbeitsplatz hatte er drüben im «Haus der Volkskammer», dem vormaligen «Palast der Republik». Einmal traf ich ihn dort schlafend vor dem PC. Es war ihm peinlich; Gefühle oder Schwächen gar zu zeigen war damals nicht seine Art. Auch ließ er sich nie an die

Wand reden; rasch und genau analysierte er die Verhältnisse ebenso wie die Ideen anderer. Er war einer der beiden Hauptautoren des Appells «Für eine vereinigte Linke in der DDR», der als Gründungsdokument der VL gilt und als «Böhlener Plattform»² bekannt geworden ist. Sie wurde allerdings nicht von allen in der sozialistischen Opposition umstandslos akzeptiert. Die dort genannten Mindestanforderungen an die Gestaltung einer freien sozialistischen Gesellschaft hätten eher die Merkmale eines Maximalprogramms, las ich Jahre später in einer längeren Ausarbeitung aus dem Herbst 1989. Namentlich gezeichnet war sie nicht; woher ich sie hatte und wo sie geblieben ist, weiß ich nicht mehr, und ich habe auch nie erfahren, ob es weitere dieser Art gab und ob die dort vertretenen Auffassungen in der zu jener Zeit noch sehr kleinen Berliner Gruppe besprochen worden sind. Auf alle Fälle scheint die Kritik folgenlos geblieben zu sein: Weder entstanden mit der Plattform konkurrierende Aufrufe, noch hat man sie selbst innerhalb der VL weiterbearbeitet. Ausgiebig diskutiert wurden die Ziele der VL erst wieder Ende November bei ihrem ersten Arbeitstreffen.

Wann genau der auf Anfang September 1989 datierte Aufruf verfasst wurde, auch das weiß anscheinend niemand mehr. Auf alle Fälle traf man sich unweit von Bautzen; von Böhlen war zur Tarnung die Rede und weil es sich so richtig proletarisch anhört, wie B. mir einmal sagte, Jahrgang '50 und der zweite Hauptautor dieses Papiers.³ Erarbeitet hätten es, wie man dort liest, Marxisten, Christen und SED-Mitglieder. Viele Mitwirkende also? Eher nicht, es

Bei uns und natürlich auch in der Gesellschaft, die wir anstrebten, sollten Beschlüsse authentisch den Willen, die Interessen der Basis ausdrücken.

waren insgesamt nur fünf.⁴ Zwei kamen aus der SED, das rechtfertigte den Plural. Wichtig war diese Aufzählung, weil sie verieß, dass die VL keiner Leitideologie verpflichtet war. Sie einte, und das war in der sozialistischen Linken bisher die große Ausnahme, allein das emanzipatorische Ziel, ein freiheitlich-demokratischer Sozialismus, und, dazu passend, die Basisdemokratie als Organisationsgrundsatz. Denn uns reichte nicht der wahre demokratische Zentralismus, falls es den überhaupt gibt, also Wahl von unten nach oben, Beschlussfassung von oben nach unten, statt des nominellen der SED, bei dem nur der Zentralismus echt war. Bei uns und natürlich auch in der Gesellschaft, die wir anstrebten, sollten Beschlüsse authentisch den Willen, die Interessen der Basis ausdrücken.

Das Basisinteresse musste, sollte nicht die Summierung bloßer Privatinteressen sein. Anders als die Partei neuen Typus wollte die VL aber keinesfalls die sogenannten wahren Interessen anderer vertreten; sie beanspruchte daher im gesellschaftlichen Geschehen auch nicht wie diese von vornherein die führende Rolle. Lenin begründete diesen Anspruch einst damit, dass der Marxismus als ange-

lich einzig wissenschaftliche Weltanschauung der Partei diese Interessen aufzeige und der demokratische Zentralismus ihr einheitliches Handeln sichere. Die VL hingegen hat sich, obwohl in der «Böhlener Plattform» die «Erneuerung theoretischen Denkens auf marxistischer Grundlage» gefordert wurde,⁵ nie als marxistische Organisation verstanden. Wir waren auch nicht, wie ich später einmal hörte, gegen die Ordnung hier, weil sie Marx' Ideen widersprach. Den einen Dogmatismus durch einen anderen zu ersetzen war nicht unsere Sache. Ob diese Ordnung tatsächlich oder nur dem Namen nach sozialistischer Natur war, dazu gab es bei uns hingegen unterschiedliche Meinungen, die auch damit zu tun hatten, wie man Sozialismus verstand: normativ, transitorisch, pragmatisch ... Wir haben darüber aber nicht gestritten: Wer diese Ordnung für nominalsozialistisch hielt, setzte sich für Verhältnisse ein, die diesen Namen wirklich verdienen; andere, die auch das System in der DDR für einen Sozialismus hielten, wollten einen besseren, und so kam man unabhängig von dieser Einschätzung zur gleichen Zielvorstellung. Was wir wollten und was nicht, hing ja letztlich mit dem widersprüchlichen Gefüge der Gesellschaft zusammen, aus der wir kamen. Die Anforderungen, die die intelligenzintensive Produktion des materiellen Lebens an die Mitglieder der Gesellschaft stellte, waren für viele auf Dauer nicht mit dem zu vereinbaren, was die DDR unter Politbüroherrschaft war: ein Polizeistaat (Arnold Ruge),⁶ der die Einzelung, Entsolidarisierung, Entmachtung der Bürger*innen betrieb. Wir setzten dagegen das Motto «VL – die solidarische Alternative». Solche Orientierung sprach vielerlei Kräfte an, und so stießen leninistische und nichtleninistische Marxist*innen ebenso zu uns wie die erwähnten Christen sowie Autonome und Sozialist*innen, die sich durch nichts weiter definierten. Manche waren SED-Mitglied, andere waren es einmal gewesen, beziffern kann ich das aber nicht. Das Gros stellten, jedenfalls

in Berlin, sozialistische Linke, die – wie ich – immer parteilos geblieben waren, ein Menschenschlag, der nicht eben häufig war.

Die Rolle, die der Aufruf «Für eine vereinigte Linke in der DDR!» in diesem Prozess gespielt hat, kann von Ort zu Ort recht unterschiedlich gewesen sein: Anstoß gebend, fördernd, im Nachhinein bestätigend, das lässt sich heute im Einzelnen nicht mehr ermitteln. Wirksam werden konnte er ohnehin nur, wenn der Boden bereitet war, wenn an verschiedenen Stellen der Gesellschaft Kräfte für eine sozialistische Alternative zum Bestehenden eintraten. Die herrschenden Verhältnisse abgelehnt hatten früher oder später alle von uns. Doch nur wenige waren mit organisierter Opposition vertraut. Zu ihnen zählten auch Th. und B. Beide hatte ich, und zwar schon als Oppositionelle, 1977 an der Akademie der Wissenschaften kennengelernt, am Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften (ZIW), das wir alle drei nicht unter gleichen Umständen, aber immer aus politischen Gründen hatten verlassen müssen.

Th. war es auch gewesen, der mir im Dezember 1989 das Telegramm geschickt hatte: «10.12. 14 Uhr Vollversammlung VL in der Uni Raum 2002». Ich war nämlich aus irgendeinem Grund trotz Anmeldung in der Umweltbibliothek der Zionsgemeinde zum ersten Arbeitstreffen der Vereinigten Linken Ende November ins Haus der Jungen Talente, das heutige «Podewil», nicht eingeladen worden und hatte dann, da es in der Presse hieß, die Gründung der VL sei dort gescheitert, die Idee im Geiste ad acta gelegt. Die Arbeit an jenem Wochenende war, wie ich später hörte, durch die Einmischung von Westlinken stark behindert worden, die ihre jeweils einzig richtige Linie durchsetzen wollten. Zudem machten sich die innerhalb des in Berlin (Ost) besonders breiten linken Spektrums bestehenden Differenzen bemerkbar: Es kam mit etlichen, die sich eher autonom orientierten, zu einem blockierenden, nie wirklich beigelegten

Streit, wie dezentral die VL denn aufgebaut werden sollte. Um ihre ursprüngliche Vorstellung zu retten und zu erreichen, dass die VL mehr wird als nur ein Name für einen Verbund selbstständiger Gruppen, kamen knapp zwei Wochen darauf an dem Treffen Beteiligte, darunter B. und Th., in Leipzig zusammen, gründeten gleichsam als Auffangorganisation den Bund unabhängiger Sozialisten (BUS) und veröffentlichten unter diesem Namen für alle DDR-Bezirke eine Liste von Kontaktadressen. Damit hatte der BUS seine Aufgabe erfüllt.

Auch später haben wir mehr als einmal über Grundsätzliches gestritten. Doch wurde dabei meist sachlich argumentiert und auf Verdammung, auf Begriffe wie Renegat und Clique, verzichtet. Anders wäre die VL bei ihrer inneren Vielfalt gar nicht lebensfähig gewesen. Sektenkämpfe, wie sie für stalinistische und leninistische Gruppierungen typisch waren, blieben die Ausnahme. Erinnerunglich ist mir nur einer: Im Sommer/Herbst 1990 griff die Freiburger VL in Zusammenarbeit mit dem trotzkistischen Bund Sozialistischer Arbeiter, einer in ihrer Rhetorik eher stalinistischen Kleinorganisation, die Gesamt-VL wegen ihres angeblich falschen Kurses an. Insgesamt aber überwog der Wille, Übereinkunft zu finden.⁷

Das alles waren für uns auch Lehren aus der Entwicklung des Sozialismus, mit der wir uns schon in der zweiten Hälfte der 70er Jahre am ZIW beschäftigt hatten, in den FDJ-Seminaren zur Wirtschaftsgeschichte der Sowjetunion und mehr noch in kleinerem Kreis am Rande dieser Seminare. Bei einer Hallenser PDSlerin las ich irgendwo einmal, sie habe es im Herbst 1989 in der SED nicht mehr ausgehalten und sei zur VL gegangen, wo sie viel gelernt habe, nicht zuletzt für den Umgang unter sozialistischen Linken. Ich denke, gerade durch dieses Organisationsmodell, das wirklich umgesetzt wurde, ist die VL für nicht wenige Linke bedeutsam geworden. Wie groß ihr Einfluss auf damalige Veränderungen vor allem in der PDS war, ist jedoch schwer zu sagen. Es hat ja auch

in der SED Widerstand gegen die Funktionsdiktatur gegeben.

Ich will den Leistungen der VL hier nicht weiter nachgehen; ihre beiden Hauptziele hat sie jedenfalls verfehlt: Zum einen ist es ihr nie gelungen, aus einer zu *der* Vereinigten Linken zu werden, also den allergrößten Teil derer für sich zu gewinnen, die sich organisiert für eine sozialistische Alternative zu den Verhältnissen in der DDR einsetzen wollten. An sie alle hatte sich der Aufruf «Für eine vereinigte Linke!» im Herbst 1989 gewandt; er ist aber nicht einmal von allen in der VL im Sinne dieses sehr umfassenden Anspruchs verstanden worden.

Entscheidend für das Schicksal der VL war aber, dass ihr zweites Hauptziel, ihr Streben, die Selbstständigkeit der DDR zu sichern und sie im Geiste eines freiheitlichen und demokratischen Sozialismus zu revolutionieren, Sache einer nicht sonderlich großen Minderheit geblieben ist. Ganz grundlos war unsere Hoffnung auf eine solche Revolution damals nicht: Freiheit und Demokratie waren ja im Herbst 1989 Ziel fast aller, und hier hatten wir weitreichende Forderungen. In einer umgestalteten DDR wenigstens den bisherigen Lebensstandard zu halten konnten wir dagegen nicht versprechen. Erst recht fehlten aufgrund der wirtschaftlichen Schwäche der DDR, insbesondere des Rückstands in der Produktivität der Fertigung und der erzeugten Produktionsmittel sowie der hohen Aufwendungen für den Schuldendienst, Mittel für die dringend nötige rasche Verbesserung der ökologischen, der Arbeits- und der Wohnbedingungen.

Als nun die definitive Entscheidung über die Frage «Wie weiter?» heranrückte, wurde vielen in der DDR klarer, was sie zwar schon halb und halb gewusst, da es aber für ihr Leben nicht so sehr von Belang war, nur selten zu Ende gedacht hatten: Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, wie die Bundesrepublik sie bietet, waren für sie wichtig, politische Angebote wie die der VL, die darüber hinausge-

hen, hingegen nicht so sehr; gerecht sollte es schon zugehen, entscheidend aber war, dass die neue Ordnung Westwohlstand bringt. Und da der mit der Wirtschaft in der DDR nicht zu erreichen war, musste man entweder in den Westen übersiedeln oder ihn mittels deutscher Einheit ins Land holen. Ebendas scheint mir der eigentliche Gehalt des oft erwähnten Stimmungswandels des Volkes an der Wende zum Jahre 1990 zu sein, der sich schon im November 1989 abzuzeichnen begann. Er war jedoch, so denke ich, keine Folge des Mauerfalls, wurde von ihm allenfalls beschleunigt. Dass Gegner der Revolution mit dieser Aktion eine in der Berliner Großdemonstration vom 4. November gipfelnde hoffnungsvolle Bewegung heimtückisch ins KaDeWe umleiten wollten, halte ich für ein Gerücht. Th. hat jetzt den 9. November als Kapitulation vor dem Westen bezeichnet⁸ – zum Glück nicht bereits

ve stehenden Gruppe war auch ein namhafter VLer beteiligt, nämlich B. Stoppen ließ sich der Westtrend damit nicht.

2.

Man hat es jenen, die auf uns aufmerksam wurden, mit der «Böhlener Plattform» nicht leicht gemacht: Zehn Normseiten ist sie lang und gemeinem Volke unverständlich. «Die Teilnehmer des Treffens», so heißt es etwa eingangs, «berieten angesichts der wirtschaftlichen Situation und der sich entwickelnden politischen Krise in der DDR über die Notwendigkeit einer tiefgreifenden politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Umgestaltung, die dafür notwendige Zusammenarbeit aller auf den Positionen des Sozialismus stehenden weltanschaulichen und politischen Kräfte in der DDR und die Notwendigkeit der Erarbeitung einer linken, sozialistischen Alternative im Geiste sozialistischer Demokratie und Freiheit.»¹⁰ Sollten solche Sätze darauf vorbereiten, dass der Aufbau eines besseren Sozialismus uns einen langen Atem abverlangen würde?

Wir haben mehr als einmal über Grundsätzliches gestritten. Doch wurde dabei meist sachlich argumentiert und auf Verdammung verzichtet.

damals. Die Folgen wären für uns verheerend gewesen: «VL, sind das nicht die Bekloppten, die wollten, dass die Mauer zu bleibt, damit sie noch ein bisschen Riwwoluzjohn spielen können?» Es gab, nachdem der am 6. November veröffentlichte Entwurf eines Reisegesetzes einhellig abgelehnt worden war, zur Maueröffnung keine Alternative. Sie war auch kein notwendiges Übel, sondern Teil und Bedingung freiheitlicher Entwicklung und bedeutete durchaus nicht das Ende der Revolution, wie man oft liest. Für die sich zu jener Zeit bald allorts abzeichnende Tendenz zur Rückkehr in bürgerliche Verhältnisse war die VL durchaus nicht blind.⁹ Eine der Antworten darauf war der Aufruf «Für unser Land», der auf die Selbstständigkeit und einen eigenen Weg der DDR orientierte; an der hinter dieser Initiati-

Mir war das ohnehin klar, Theorie war mein eigentlicher Beruf; mit umfänglichen Erörterungen versuchte ich in den frühen 90ern im einstigen SED-Zentralorgan *Neues Deutschland* PDS-Mitglieder aufzuklären. Angestellt hatte Th. mich aber nicht, weil er als Abgeordneter einen Theoretiker brauchte, sondern vor allem, weil ich für die VL ehrenamtlich im Arbeitssekretariat des DDR-Sprecherrats tätig war: Im April oder Mai 1990 hatte er mich gebeten, gemeinsam mit Herbert, der eine bekannte Figur der Oppositionsszene war, diese Aufgabe zu übernehmen.¹¹

Arbeitstreffen, Arbeitssekretariat – vor allem in der Berliner VL war selten vom Vergnügen die Rede, von gemeinsamem Essen, Trinken, Feiern, selbst wenn es wenig zu feiern gab für uns, sondern fast immer nur von Ar-

beit, freiwillig geleisteter natürlich. Vermutlich lag es am besonderen Zuschnitt dieser Gruppe: Zwar kamen die meisten auch hier – wie in der VL überhaupt – aus der linksoppositionellen Jugend, jüngeren Angestelltenschaft und Intelligenz (nur wenige direkt aus der Produktion). In Berlin war aber der Anteil der Akademiker*innen, speziell der promovierten, erheblich höher als anderswo, und so gab es hier eine größere Gruppe von Mitgliedern um die vierzig, die die Geschicke der VL stark be-

gene Aktionen starten wollten, ohne sich organisatorisch zu binden. In der VL hatten sie einen Anlaufpunkt, konnten deren Räume nutzen, vielleicht sogar Telefon und Kopierer. So berichteten es etwa zwei aus Rostock stammende nachmalige Mitglieder der Interventionistischen Linken (IL) auf deren Webseite.¹² Eine solche Rolle konnte die VL aber, im Unterschied zur PDS, nur spielen, weil sie diesen jungen Linken als sozialistische Opposition glaubwürdig erschien.

Vor allem in der Berliner VL war selten vom Vergnügen die Rede, von gemeinsamem Essen, Trinken, Feiern, sondern fast immer nur von Arbeit, freiwillig geleisteter natürlich.

einflussten und, auch wenn sie vielleicht 68er Ost waren, eher preußische Vorstellungen von Pflicht und Arbeit hegten.

Anderswo war die Mitgliedschaft erheblich jünger, in manchen Universitätsstädten zum Teil auch studentisch. In Erinnerung geblieben ist mir in dem Zusammenhang ein Telefonat mit dem Sprecher der Arnstädter VL, von deren Existenz ich erst spät erfahren hatte; sie war auch schwer zu erreichen, hatte kein eigenes Büro. Vom Neuen Forum heftiger beföhdet als von der CDU, hatten sich da, so hörte ich von ihm, junge Mitglieder zur Antifa-Arbeit zusammengefunden. In manchen dieser Gruppen, in Halle, in Rostock, spielten auch das Alltägliche und die persönlichen Beziehungen eine stärkere Rolle, sie waren nicht nur Arbeitszusammenhang (wie in Berlin). Die Suche nach politischer Gemeinschaftlichkeit verband sich mit der nach neuen Lebensformen, es bildete sich so etwas wie ein VL-Milieu heraus. Die VL bot damit einen guten Einstieg in linke Politik, einen sehr viel besseren, als ihn im Westen einst K-Parteien und DKP ermöglicht hatten. Sie bot ihn nicht nur zukünftigen Mitgliedern, sondern als Einzige auch zum Teil sehr jungen sozialistisch orientierten Linken, die miteinander reden und ei-

Die Gruppen der VL handelten weitgehend selbstständig, der Sprecherrat, in dem jede von ihnen Sitz und Stimme hatte, war kein Zentralkomitee und das Arbeitssekretariat kein ZK-Sekretariat mit Weisungsberechtigung. Statt Sekretärs- wurde hier sogenannte Sekretärinnenarbeit verrichtet: im Sprecherrat Protokoll führen, das Protokoll abtippen, vervielfältigen, schließlich an die Gruppen versenden und überhaupt mit ihnen Kontakt halten. Etwa drei Dutzend waren es im Sommer 1990, mit insgesamt etwa 1.500 bis 2.000 Mitgliedern. Doch ob hinter den Adressen, die ich anschrieb, immer eine Gruppe stand, war zweifelhaft. Andererseits ist es gut möglich, dass ich von der Existenz mancher Gruppen nie erfahren habe. Und was hieß schon Mitglied? Laut Statut war man es, wenn man sich an einer der Stadtteil- oder Arbeitsgruppen beteiligte und Beitrag zahlte. Mitgliedsausweise spielten kaum eine Rolle: Wer zur Vollversammlung kam, stimmte mit ab.

Manchmal hatte ich nach abendlichen Sprecherrats-Sitzungen Telegramme zu versenden, stand gegen Mitternacht Schlange im Postamt am Hauptbahnhof, dem einzigen im Ostteil der Stadt, das rund um die Uhr geöffnet hatte. Wenn die Zeit still dahingeht, so

dachte ich, darf man den lieben Gott einen guten Mann sein lassen, man darf sogar am 1. Mai Erich Honecker zuwinken – die Herrschenden meinen dann, alles sei in Ordnung in ihrer Republik. Ist aber die Stunde da, so muss man bereit sein und darf selbst niedere Arbeiten nicht scheuen. Es war in dem Falle ja sogar eine Ehre.

Mein Arbeitssekretariats-Kollege Herbert, der sich mit mir auch die Stelle als Th.s Mitarbeiter an der Volkskammer teilte, hatte im September 1989 ebenfalls an der «Böhlener Plattform» mitgeschrieben; Jahre zuvor war er als Wehrdienst-Totalverweigerer knapp dem Zuchthaus entgangen. Und da die Personaldecke der VL äußerst dünn war,¹³ hatte es zuletzt mit enormer Hartnäckigkeit noch N. geschafft, von Th. an der Volkskammer angestellt zu werden, ein junger Mann von lässiger Eleganz und mit einer gewissen Rednergabe, der sich nun um die Bestellung von Büromaterialien kümmerte, wobei er als parlamentarischer Geschäftsführer der AVL-Fraktion auftrat. Doch es gab keine solche Fraktion. Das «Aktionsbündnis Vereinigte Linke», die VL im Verein mit der kleineren marxistischen Partei Die Nelken, war bei der Wahl vom 18. März 1990 durch glücklichen Zufall mit 0,18 Prozent der Wählerstimmen gerade so ins Parlament gerutscht.¹⁴ Th. war unser einziger Abgeordneter, hatte daher im Wirtschaftsausschuss, dem er angehörte, kein Stimmrecht und musste die Flut der Anträge, Entwürfe und Beschlüsse allein bewältigen. Zum Ausgleich hatte er als Einziger aus der VL in der Öffentlichkeit einen Namen, er war sozusagen unser Gesicht. Manche hielten ihn gar für unseren Vorsitzenden. Sein Einfluss auf die Geschicke der VL war aber, nachdem er in die Volkskammer gelangt war, eher gering, wie mir scheint, jedenfalls bei Weitem nicht so groß, wie Außenstehende damals mitunter meinten. Ich arbeitete jedoch nicht nur für Th. und den Sprecherrat, sondern war, wie es das Statut verlangte,

auch in einer Arbeitsgruppe tätig, der Mediengruppe der VL Berlin.

Am liebsten waren mir die Nachmittage in der *Podium*-Redaktion der *Berliner Zeitung*, in die mich – war es im Februar, war es im März? – diese Gruppe entsandt hatte. Die *Podium*-Seite war ein Organ der Bürgerbewegungen und neuen Initiativen; seit Dezember 89 durften wir sie einmal pro Woche nach eigenen Vorstellungen gestalten, letztmals im April 1991. Je zwei von uns sieben übernahmen reihum die Arbeit. Dass die VL für die meisten anderen Bewegungen das Schmutzkind war, mit dem man ungern spielte, war hier nicht zu merken: Ob es um Stadtökologie ging oder den ersten Golfkrieg, um die Stellung der Frau in der Gesellschaft oder den Umgang mit den Stasi-Akten, fast immer überwog das Gemeinsame, das erheblich mehr umfasste als nur die viel beschworenen Bürgerrechte. Die Frage der deutschen Einheit, die Systemfrage also, über die innerhalb der DDR-Bürgerbewegung viel gestritten worden war, wurde auf dieser Seite allerdings nur indirekt angesprochen: Mehrmals wurde zum Beispiel vor den sozialen Folgen der Wirtschafts- und Währungsunion gewarnt. Wir Linken sorgten zudem dafür, dass der Bereich der Arbeit nicht völlig aus dem Blick geriet. Es war eine Linke neuer Art, dennoch pflegte man anderswo weiterhin die alten Feindbilder. Ich erinnere mich noch, wie eines Abends ein Westpraktikant herumgeführt wurde: «Hier die *Podium*-Redaktion, Frau S. vom NEUEN FORUM und Herr W. von den Vereinigten Linken ...» Worauf mich der junge Mann so entgeistert, geradezu erschrocken anschaute, als hätte er es mit einem Monster zu tun.

Schon seit Januar saß ich immer dienstags als Ansprechpartner für alle und jeden in unserem verkramten Büro im «Haus der Demokratie» (HdD) an der Friedrichstraße; auch das hatte die Mediengruppe organisiert. Nach dem 18. März hatte der Andrang verständlicherweise stark nachgelassen. Anfangs wa-

ren gelegentlich noch Mitteilungen an ADN durchzugeben, so die Erklärung für unseren Austritt aus der zweiten Regierung Modrow, der wir kurz zuvor, Ende Januar, erst beigetreten waren: Modrows Plan «Deutschland einig Vaterland» lehnten wir ab, unser Land sollte selbstständig bleiben.¹⁵ Eigentlich hätten wir ihm ja dankbar sein müssen für diesen Anlass, eine Regierung zu verlassen, in der wir nichts zu suchen hatten und in die wir jemanden ohne Absprache mit der Basis entsandt hatten. Als ich den Text ins Telefon verlas, bekam ich Scham-Anfälle: Er war typisch VL, verbissen im Tonfall und weitschweifig obendrein. Kurz und knapp hingegen hatte jemand im Oktober 89 in der Wochenzeitung *Die Kirche* Hauptforderungen aus der «Böhlener Plattform» benannt:¹⁶ sozialistisches Eigentum, direkte Demokratie, Kontrolle der Arbeit und ihrer Ergebnisse durch die Arbeitenden – sofort fühlte ich mich angesprochen. Ein Punkt war die Wiederherstellung der Länderstruktur, etwas völlig Neues damals; als Heimatfreund gefiel mir auch das.

Modrows Plan «Deutschland einig Vaterland» lehnten wir ab, unser Land sollte selbstständig bleiben.

Der Tag im HdD war für mich der anstrengendste, anfangs zugleich der ertragreichste der ganzen Woche. Meist aber eilte ich nun im Haus der Parlamentarier gleich früh zur Poststelle und fuhr dann hinauf ins vierte Geschoss. War die Post durchgesehen, auch sonst das wenige für Th. getan, das ich zu tun hatte, begann die Arbeit für die Organisation: telefonieren, telefonieren, nochmals telefonieren. Fast immer fuhr ich mit einer langen Liste zum Werderschen Markt, aber die wichtigste Aufgabe des Arbeitssekretariats blieb unerledigt: die zu gleichen oder verwandten Themen arbeitenden Gruppen der übers

Land verstreuten Basisorganisationen zu vernetzen. Ich wusste nicht einmal, wer wo was machte.

3.

Verwundern sollte diese Unkenntnis nicht: In unserem Volkskammerbüro war ich schon bald meist allein. N., dem wir verboten hatten, als parlamentarischer Geschäftsführer aufzutreten und für den es hier ohnehin nichts mehr zu tun gab, wechselte noch im Juni 1990, wenn ich mich richtig erinnere, zu einem Auslandsprojekt, Herbert, mein Kollege im Arbeitssekretariat, war dauernd auf Achse und kam fast nur ins Haus, um seine Benzinkosten abzurechnen. Oft unterwegs gewesen war er zuvor bereits, und zwar zunächst, seit Jahresbeginn schon, für den Volkskongress. «Wir brauchen einen Volkskongreß!», hatte die VL am 9. Dezember 1989 erklärt; er ermögliche es, «rasch in demokratischer Weise zu notwendigen Entscheidungen der gesellschaftlichen Entwicklung beizutragen und den Parteien für den Wahlkampf Orientierungen des Volkswillens zu geben».¹⁷

Sozialistische Entwicklung fing für uns ja damit an, dass das Volk seinen Willen selbst äußert, über seine Angelegenheiten selbst bestimmt und zunächst in den Gemeinden und Betrieben unabhängige Machtorgane schafft, Organe einer wirklichen Volksmacht also, die den bislang Herrschenden ebenso wenig dienen wie den ihnen folgenden Wendehälsen und dem Westkapital. «Wir müssen unsere Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen» war daher der Titel eines Aufrufs der VL vom 5. Oktober 1989;¹⁸ in die gleiche Richtung ging wenig später die «Erklärung von Teilnehmern am Böhlener Treffen».¹⁹ Als «neue Organe des Volkswillens», so hat es B. dann in «Wir brauchen einen Volkskongreß!» formuliert, könnten «parteioffene demokratische Volksausschüsse [...] sämtliche Angelegenheiten ihres Gebietes in ihre Hände nehmen».²⁰ Die SED wertete solch eigenständiges Handeln

als Angriff auf ihre angeblich führende Rolle, die VL hingegen hat es ausdrücklich bejaht. Das konnte aber nicht bedeuten, dass wir zu allem, was von den Massen kam, Ja und Amen sagten.

Auch auf gesellschaftlicher Ebene sollte das Volk von sich aus tätig werden: «Noch vor den Wahlen müssten», wie es am 8. Dezember 1989 im Bericht der VL über die Ergebnisse der ersten Gespräche am Zentralen Runden Tisch hieß, «Beauftragte der Volkskontrollausschüsse, Bürgerkomitees, unabhängigen Arbeiterkommissionen und Betriebsräteinitiativen zu einem landesweiten Volkskongress zusammentreten, beraten und ihre Forderungen stellen».²¹ Keine politische Kraft im Lande werde an diesen Forderungen vorbeikommen. Ein ähnliches Ziel verband sich mit dem Aufruf vom 9. Dezember, der aber viel breitere Kreise ansprechen und für einen Volkskongress gewinnen sollte. Die beiden Initiativen waren unser einziger Versuch, durch Druck von unten der Gesamtentwicklung doch noch die von uns erstrebte Richtung zu geben. Dass der Volkswille, auf den wir uns dabei berufen haben, eine Fiktion war, habe ich schon 1991 in unserem Infoblatt angemerkt.²² Überhaupt war es ein Versuch mit in mehrerlei Hinsicht unzulänglichen Mitteln: Zunächst einmal ist der Aufruf viel zu lang, fast fünf Normseiten, auch kommt der Autor erst gegen Ende, sozusagen als Lohn für vorbildliches Durchhalten, auf das eigentliche Thema zu sprechen. B. war jemand, mit dem man reden konnte, dennoch zeigte sich hier der gleiche Hang zum Selbstgespräch, die gleiche Unfähigkeit, auf die Gesellschaft einzugehen, wie bei den meisten anderen damaligen Äußerungen der VL-Gründer*innen. Lag es daran, dass es dieser Opposition an Übung fehlte, mit dem Volk öffentlich ins Gespräch zu kommen? Doch ob öffentlich, ob privat, ob mündlich oder schriftlich: Es gehört zu den Grundregeln der Kommunikation, dass man sein Gegenüber im Blick hat. An ihm vorbei-

zuschauen offenbart Ablehnung oder mangelndes Interesse.

Obendrein blieb unklar, wie man den Kongress organisieren wollte: Man könne dorthin, so hieß es, aus allen Betrieben und Einrichtungen die kompetentesten und vertrauenswürdigsten Kolleginnen und Kollegen entsenden. Sollten etwa mehrere Tausend Abgeordnete beraten? Und wenn ja, wo? Zudem konnte die VL eine solche Großaktion nur im Bunde mit stärkeren Gruppierungen auf den Weg bringen; sie blieb damit jedoch allein. Entscheidend aber wäre gewesen, dass sich in den Wohngebieten und Betrieben allerorts Unterstützungsgruppen gebildet hätten. Doch davon konnte keine Rede sein. Warum auch immer sich die breite Masse von diesem Vorhaben nichts versprach, das «Wir brauchen» im Titel erwies sich als bloße Suggestivbehauptung. Im Oktober, als «Wir sind das Volk» das Wort der Stunde war, hätte die Idee noch Debatten befördern können, vielleicht gar eigenständiges Handeln. Im Dezember dagegen war die DDR eine einzige große Kongresshalle, die Parteien mussten sich also nicht von einem Kongress die Richtung weisen lassen. Der wiederum wäre dazu gar nicht imstande gewesen. Lese ich das Wort «Volkswille», so sehe ich alte Plakate vor mir, auf denen ein lachender Arbeiter zwergenhaften Figuren, knochigen Generälen und dicken Kapitalisten mit Zigarre, einen Tritt versetzt, dass sie allesamt durcheinanderpurzeln. Brauchte man bei solcher Willenseinheit überhaupt mehrere Parteien? Der Volkswille war aber in der entscheidenden Frage, der der deutschen Einheit, damals bereits unübersehbar gespalten und als klare Orientierung nicht mehr verwendbar. Überhaupt muss erstaunen, dass eine Gruppierung wie die VL, die stets ihren eigenen Zielen folgte und nicht etwa dem Mehrheitswillen des Volkes, anderen mit dem geplanten Kongress eine solche Fiktion als Grundlage ihrer Willensbildung anbieten wollte. Unser Aufruf war gerade zehn Tage in der Welt, da

wurde Helmut Kohl in Dresden bejubelt wie wohl nie zuvor in seinem Leben. Doch ist die Stimmung nicht erst Wochen später in Richtung Einheit umgeschlagen? Tatsächlich war die Mehrheit derer, die die Einheit ablehnten und auf die mehr oder minder gründliche Umgestaltung der DDR hofften oder sie sogar anstrebten, einer Umfrage zufolge Mitte Dezember noch beträchtlich.²³ Doch sagten damals bereits entmutigt fast alle von meinen Freunden, die nicht der VL angehörten: Die Einheit wird kommen, und Rudolf Bahro sagte es am 10. Dezember in der Versammlung der VL Berlin. Widerstand zu leisten, nun auch gegen das Westkapital, blieb dennoch sinnvoll. «Thäten wir nicht, was wir thun mußten», so Georg Forster vor mehr als 200 Jahren, «so würde alles noch bunter gehen.» Einen Kongress zu veranstalten, der vielleicht mit dem Ruf nach deutscher Einheit endet, wäre dagegen bei aller Liebe zum Volke nicht Sache der VL gewesen.

Trotzdem hatte mein nachmaliger Kollege Herbert zu Jahresbeginn sein Volkskongress-Büro eingerichtet, hatte an manchen Orten im Lande Zeit und Kraft an das Vorhaben gewendet, bis es irgendwann klammheimlich beerdigt wurde. Viel herumgefahren ist er weiterhin, immer in hoch wichtigen Angelegenheiten, die nun aber streng geheim waren. Auch über die «Gruppe demokratischer SozialistInnen», als deren Sprecher er im Herbst 89 aufgetreten war, hat er meines Wissens nie etwas verlauten lassen. Gegen Ende des Sommers wurde einer der Gründe seiner Reiselust deutlich: Er hatte als Organisator einer sogenannten revolutionären Fraktion der VL Unterstützer*innen eines Aufrufs gesucht, der unter anderem auf den Aufbau einer revolutionären Arbeiterpartei abzielte: «Für Einheit und Klarheit», in der Berliner VL spöttisch «Für Einheit und Reinheit» genannt. Dabei hatte er doch zumindest in einem Punkt die VL beerbt: Die Einheit «stärkt zwar einerseits das imperialistische Potential Deutschlands», so liest man

bei ihm, «aber die unzureichende Analyse der [...] Wurzeln des Wunsches der DDR-Arbeiterklasse nach Vereinigung führte [...] zum Unverständnis dieser Forderung und zur Isolierung von den Arbeitern».²⁴ Dahinter steht, wie mir scheint, verklausuliert und auf die Arbeitenden eingeeengt jene Ausrichtung auf den Volkswillen, wie wir sie auch in «Wir brauchen einen Volkskongress!» finden. Vier große Basisgruppen hatten Herberts Aufruf angeblich unterschrieben, tatsächlich waren es nur zwei. Bemängelt wurde im Sprecherrat zudem, dass er seine Anstellung für fraktionelle Arbeit nutze. Anfang September 1990 verließ er die VL und damit zugleich das Arbeitssekretariat; wir seien, so erklärte er, zu sehr aufs Parlament fixiert. Einige Male bin ich ihm später noch begegnet. Meist sprach er von großen Plänen. 2016 ist er, Mitte fünfzig erst, völlig vereinsamt gestorben.

4.

Ähnlich wie im Jahr zuvor ging auch 1990 alles viel schneller als anfangs gedacht, nur in anderer Richtung diesmal: Schon im Juli hatte man in Ost und West beschlossen, den nächsten Bundestag Anfang Dezember gesamtdeutsch zu wählen. Ende August hieß es dann: deutsche Einheit zum 3. Oktober, kurz vor dem 41. Jahrestag der DDR. Der Einheitstermin war für uns kein Thema, die Wahl im Dezember war es umso mehr. Jedenfalls in der VL Berlin, der größten Gruppe im Lande. Dabei hatten wir noch nicht einmal die Wahlpleite vom 18. März untersucht, und wir haben es auch später nie getan – ein erstaunlicher Mangel an Aufklärungswillen angesichts der versammelten Menge an Geist.

Wie es dazu kam, dass die VL zur letzten Volkskammerwahl zusammen mit der Partei Die Nelken als Aktionsbündnis Vereinigte Linke (AVL) antrat, ist eine lange Geschichte, die ich hier nur in groben Zügen wiedergeben will: Neues Forum, Demokratie Jetzt sowie die Initiative für Frieden und Menschenrechte hat-

ten das Bündnis 90 gebildet, auch die Sozialdemokratische Partei (SDP), so hieß es, werde sich ihm anschließen, und wir hatten diese Möglichkeit ebenfalls. Da die SDP jedoch die deutsche Einheit anstrebte, hat unter anderem die Berliner VL im Januar 1990 den Beitritt zu diesem Bündnis abgelehnt. Der Saal im Weißenseer Kreiskulturhaus Peter Edel war an jenem Abend gut gefüllt: fast 200 Anwesende, die höchste Zahl, die wir bei einer Berliner VL-Versammlung je verzeichnen konnten. Die Sozialdemokraten hatten aber, wie sich bald

ist mir das Problematische dieser Aufteilung der Kräfte aber erst viel später.

Immerhin ist unser Wahlprogramm im Unterschied zu anderen VL-Texten aus jener Zeit in seiner Abfolge von Fragen und Antworten gut lesbar, vor allem aber ist es, so denke ich, auch lesenswert. Besonders betrifft das die umfanglichen Vorschläge für eine Wirtschaftsreform, an denen B. viel Anteil hatte; gerade sie waren ausschlaggebend für die Tragfähigkeit des Gesellschaftskonzepts der VL. Technokratisch-ökonomistische Reformer hatten lange

über das Verhältnis von Plan und Markt gestritten; der VL ging es um etwas anderes: Staats- in Volkseigentum umzuformen. «Kern einer neuen Wirtschaftspol-

Die Wahlpleite vom 18. März haben wir nie untersucht - ein erstaunlicher Mangel an Aufklärungswillen angesichts der versammelten Menge an Geist.

zeigte, gar kein Interesse am Bündnis 90 und wollten sogar ebenso wie einige DDR-Grüne durchsetzen, dass nur Parteien zur Wahl zugelassen werden. Unser Versuch, darauf mit diesen und dem Unabhängigen Frauenverband eine Liste zu bilden, scheiterte, und zwar weniger an Differenzen mit den Ost- als vielmehr am Widerstand der West-Grünen, bei denen der Gedanke, die Ost-Grünen könnten sich mit der VL verbinden, regelrechte Panikanfälle bewirkte.²⁵ Ein Dreierbund war zunächst auch das Aktionsbündnis Vereinigte Linke, die KPD haben wir aber fast auf den letzten Drücker ausgebootet – ich glaube, sie war uns nicht seriös genug.

Die Berliner VL hat im Januar 1990 fast ausnahmslos dafür gestimmt, zu dieser letzten Volkskammerwahl anzutreten. Ich bin dagegen gewesen; Th. nahm es mit erstaunt hochgezogenen Augenbrauen zur Kenntnis. Wir saßen, so hatte ich gedacht, mit unseren geringen Kräften an sämtlichen Runden Tischen, die in der Stadt zu haben waren, in fast allen Arbeitsgruppen dieser Tische obendrein, und jetzt dazu noch Wahlkampf – hatten wir nichts Besseres zu tun? Richtig bewusst geworden

litik», so heißt es im Programm, «muß die durchgängige Demokratisierung der Arbeitswelt und die Ausrichtung der Produktion an den Bedürfnissen der Konsumenten sein. Dies kann weder das Resultat von bürokratischen Verwaltungsentscheidungen noch von Markt-automatismen mit dem Regulativ der zahlungskräftigen Nachfrage sein, sondern nur Folge eines ständigen Anpassungsprozesses, der von Partnern mit unterschiedlichen Interessenlagen [...] vollzogen werden muß.»²⁶

Eine wichtige Rolle war dabei territorialen Räten zugeordnet, über die die Konsument*innen ihre Interessen direkt und nicht nur über ihr Marktverhalten in die betrieblichen Pläne einbringen sollten. Da Mangelerscheinungen und Angebotsmonopole oft genug dazu gezwungen hatten zu kaufen, was in den Läden zu finden war, konnte der Markt ohnehin nicht funktionieren.

Sicherlich wäre dieses Modell, geht man von herkömmlichen Vorstellungen aus, hinter der Effektivität bürgerlichen Wirtschaftens zurückgeblieben. Es wäre aber, so hoffe ich, frei gewesen von jener Unterdrückung, der sonst viele bei der Arbeit ausgesetzt sind, und

es hätte die Möglichkeit vielfältiger Selbstbestimmung geboten, die ja auch ein Wert ist. Ob wir so mit einer Ordnung hätten konkurrieren können, die in der Produktivität der Arbeit kaum zu übertreffen ist, lässt sich schwer sagen.

Im Grunde war eine neue Lebensweise unser Ziel.

Deutlich wird auch, dass die VL bei solcher Selbstbestimmung der direkten Demokratie viel Raum geben wollte und dass es ihr beim Eintreten für einen anderen Sozialismus überhaupt um erheblich mehr ging als allein um Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit: Wir strebten Geschlechtergleichheit an, ökologisches Wirtschaften, eine Neuordnung der internationalen Beziehungen und noch mancherlei anderes – im Grunde war eine neue Lebensweise unser Ziel. Welche Verbreitung dieses Programm gefunden hat, ist schwer zu sagen. Insgesamt jedenfalls war der Wahlkampf weitgehend für die Katz: Zwar hatten die Gruppen witzige Plakate geklebt, unverwechselbar in Schwarz und Rot, und waren mit ihren Materialien auf die Straße gegangen, doch hatte das, wie die Zahlen auf Kreisebene zeigen, kaum Einfluss auf das Ergebnis.

Wir hatten ohnehin damit gerechnet, dass höchstens 20 Prozent der Wählerschaft für sozialistische Ziele stimmen und sich die allermeisten davon für die PDS entscheiden würden, die ja viel bereut hatte und nun einen recht geläuterten Eindruck machte. Doch selbst Pessimisten wie ich hatten auf ein Mehrfaches der von uns erreichten 0,18 Prozent gehofft. Am besten hat die VL bei den DDR-Bürger*innen im Ausland abgeschnitten, das einen eigenen Wahlkreis bildete, in Prenzlauer Berg und in Halle-Neustadt – 0,58 bzw. 0,52 und 0,40 Prozent. Die Wähler*innen kamen vermutlich aus den gleichen Gesellschaftsbereichen wie die Mitglieder: aus der

linksoppositionellen Jugend, der Intelligenz und der Angestelltenschaft. Ich hätte gern gewusst, was es für Menschen waren, die uns als Nichtmitglieder der VL gewählt haben, doch sie sind schwer zu finden. Vor einiger Zeit kam ich beim Schlange stehen mit einer Frau ins Gespräch über die PDS, die Herbstrevolution und was sonst noch die Lieblingsthemen im Osten sind. Ich sagte ihr, dass ich mich im Dezember 89 den Vereinigten Linken angeschlossen hatte, worauf ich von ihr erfuhr, ihr Mann habe in einem idealistischen Überschwang am 18. März VL gewählt. Ich gab ihr meine Karte, habe aber nie wieder von ihr gehört.

Gegen die Partei des Demokratischen Sozialismus, die auch die Favoritin der Freunde des alten Systems gewesen war, blieben wir ein Nichts: Sie erhielt rund 1,9 Millionen Stimmen, das waren 16,4 Prozent. Doch hat die Bürgerbewegung des demokratischen Sozialismus, die VL, mit 20.000 Stimmen das Potenzial an Gleichgesinnten sicherlich bei Weitem nicht ausgeschöpft.

Sind wir, wie Th. einmal meinte, vor allem daran gescheitert, dass wir nicht imstande waren, eine überzeugende Alternative zu den Wendehälsen in der SED-PDS und den neuen Gruppierungen zu formulieren?²⁷ Das klingt nach subjektivem Unvermögen; tatsächlich aber ließ sich eine solche Alternative damals meines Erachtens gar nicht benennen. Überhaupt ist für Wahlentscheidungen meist gar nicht allein das Programmatische bestimmend. Dass VL-Versammlungen oft mit anderthalb Stunden Verspätung begannen und sich hinschleppten bis zur völligen Erschöpfung der letzten Anwesenden, wussten ja zum Glück nur wenige. Sprach das Bild gegen uns, das wir am Zentralen Runden Tisch abgegeben haben? Seine Sitzungen wurden vom Fernsehen übertragen; diese Sendungen waren unser Hauptzugang zur Öffentlichkeit. Gesehen habe ich sie mangels Empfänger nie. Sind Mensch und Stil eins,

wie Buffon meint, wird auch dort eine kämpferische Verbissenheit unser Kennzeichen gewesen sein. Gegen den hochberedsamen, professionell und authentisch zugleich wirkenden Gregor Gysi kamen wir nicht an. Immerhin hörte ich einmal, als ich, unseren Sticker am Hemd, mit der S-Bahn Richtung Zoo fuhr, wie ein junges Mädchen mir gegenüber ihrer Nachbarin zuflüsterte: «Der is inna VL!» Für sie waren wir etwas Besonderes, Exotisches gar, das Salz im Einheitsbrei der Politik; eine Aura des Widerständigen, mehr noch, des Abenteuerlichen umgab uns. Prinzipientreue, aber kulturell mehr konservative DDR-Linke hingegen wird unser Ruf eher abgeschreckt haben.

Und war mit diesem verlorenen Häuflein wirklich die DDR zu retten? Wohl kaum. Wer zu jener Zeit einen besseren Sozialismus im Lande anstrebte, konnte es allein schon deshalb aussichtsreicher finden, die SED-PDS umzukrempeln oder im Neuen Forum mitzuwirken, das sich als einzige Bürgerbewegung rasch entwickelt hatte. Es gab aber auch positive Gründe, sich gerade jeweils dort zu bemühen: Blieb man in der PDS, arbeitete man in vertrauten Milieus im Bunde mit anderen gleicher Herkunft und mit dem Reformler Gysi an der Spitze, war also auf diese disziplinlose VL nicht angewiesen. Auch im Neuen Forum hatten sozialistische Linke zumindest in Berlin anfangs einige Wirkungsmöglichkeiten, und zwar ohne sich – wie in der PDS – mit alten Betonköpfen herumstreiten zu müssen. Die VL blieb vom Umfang her weit dahinter zurück und hat auch nur einen winzigen Teil der etwa zwei Millionen Mitglieder der SED bzw. PDS (Stand Oktober 1989) für sich gewinnen können. Wichtig war: Sie mussten von sich aus

kommen. Und wenn die SED sich 1989 aufgelöst hätte, wie mancher damals verlangt hat? Ich befürchte, die VL wäre dann zur Massenunterkunft für politisch Obdachlose geworden und hätte ihre ursprüngliche Kultur verloren; 10.000, 15.000 einstige SED-Mitglieder hätten dafür schon gereicht.

Es sprach also im Frühjahr 1990 für links denkende oder wenigstens empfindende Menschen einiges dafür, mehr aber, wie es scheint, dagegen, die VL in die Volkskammer und die Kommunalparlamente zu wählen. Im Mai, bei den letzten Wahlen zum Ost-Berliner Stadtparlament, hatten wir im Bunde mit anderen Kleinorganisationen als Alternative Linke Liste 0,8 Prozent erreicht. Zur Bundestagswahl im Dezember 90 brauchte man aber 5 Prozent der Stimmen im Wahlgebiet Ost (ehemals DDR), um ins Parlament einzuziehen. Drei Möglichkeiten gab es für uns: Linke Liste der PDS, Bündnis mit den Bürgerbewegungen – oder keinerlei Kandidatur. Unsere Aufgaben lagen doch anderswo; über die Parlamente hätten wir die Politik zudem selbst dann nicht merklich beeinflussen können, wenn sich die VL einhellig für eines der beiden Bündnisse entschieden hätte. Bei Verhandlungen komme er sich vor wie ein bezahlter Hochstapler, äußerte einer unserer Landesgeschäftsführer einmal im DDR-Sprecherrat. Eigentlich sei die VL nur ein Mythos, sagte ich einmal zu B. Aber diesen Mythos brauchen wir, meinte er darauf. Wir waren ja jene DDR-Kritiker, die dem Sozialismus trotz allem treu geblieben waren: Th.s Arbeit am ZIW folgten anderthalb Jahre Haft aufgrund angeblich illegaler Westkontakte, B. hatte wegen geheimer Zirkeltätigkeit den Arbeitsplatz verloren, ich unter anderem wegen meines linienfernen Geschichtsbildes.

Es sprach im Frühjahr 1990 für links denkende oder wenigstens empfindende Menschen einiges dafür, mehr aber dagegen, die VL in die Volkskammer und die Kommunalparlamente zu wählen.

Mit Verdiensten dieser Art konnten wir aber, wie ich schon damals fand, beiden möglichen Partnern im Vorfeld der Bundestagswahl allenfalls als Lockvogel dienen. Der PDS, insbesondere ihrer Führung, wären wir in dieser Rolle höchst willkommen gewesen, zumal wir, wie von dort zu hören war, den Idealen des Herbstes treu geblieben waren und sie nun gern deren Hüterin gespielt hätte: im Herbst 90 für einen Frühling der Ideale vom Herbst 89! Vielen vom Bündnis 90 dagegen war die einzige Bürgerbewegung mit sozialistischem Programm nicht geheuer; gestört hat sie und einige parteilose Linke zudem, dass die VL SED- bzw. PDS-Mitglieder aufnahm. Wolfgang Ullmann, vormals Demokratie Jetzt, war missbilligendes Erstaunen anzusehen, als er im Haus der Demokratie einmal bei einem Mit-VLer und mir den schwarz-roten Anstecker am Hemd bemerkte: «Was, die gibt's immer noch?» Sicherlich hätte Bündnis 90 mit uns gern der PDS Stimmen abgewonnen, doch war gar nicht sicher, dass Kandidaturen der VL ihrer Liste unterm Strich ein Plus bringen würden. Durch B.s Verhandlungsgeschick kamen wir aber auch hier unter. Ich hatte in der Hoffnung, so die Zusammenarbeit alternativer Linker zu fördern, für Gespräche mit beiden Seiten gestimmt. Tatsächlich aber ist die Zeit vor den Wahlen für solche Brückenschläge denkbar ungünstig. Immerhin konnten wir an den Wahlprogrammen der zwei Bündnisse mitschreiben.

Bei der VL-Wahlbeschlusskonferenz vom 1. September 1990 entfiel auf beide etwa die gleiche Stimmenzahl;²⁸ eine Minderheit, gut 20 Prozent, lehnte Kandidaturen ab: die Leipziger VL aus Prinzip, die Hallenser, weil ihnen die außerparlamentarische Arbeit erheblich wichtiger war. Da wir uns nicht einigen konnten, trat die VL als Ganzes nicht an; wer wollte, konnte auf der Liste seiner/ihrer Wahl kandidieren. Für die Linke Liste ließ sich Th. aufstellen. Mancher hat das als schwarzen Tag für die VL empfunden; später hat auch er selbst

sich kritisch dazu geäußert.²⁹ Diese VL-Kandidaturen waren, was ich damals nicht wusste, Teil eines größeren Vorhabens; Ziel war es, auf parlamentarischer Ebene alternative Linke aus der PDS und den Grünen zu verbinden. Die Sache scheiterte schon im Vorfeld, da die West-Grünen 1990 nicht in den Bundestag kamen. Der politische Schaden dieser VL-Spaltung war meines Erachtens beträchtlich, auch zwischen B. und Th. war das Verhältnis, wie mir schien, nicht mehr wie zuvor, die fünf Mandate hingegen, die für uns in Bund und Ländern anfielen, eines in Bonn, drei in Berlin, eines in Thüringen, haben uns wenig gebracht und obendrein mit einem Rechtsschwenk und einer unzureichend aufgearbeiteten IM-Vergangenheit konfrontiert. Nur finanziell, durch die Wahlkampfkosten-Rückerstattung, hatte die VL diesmal von ihrer Beteiligung profitiert (nach der Volkskammerwahl war sie leer ausgegangen).

5.

Mitte September wurde in der Volkskammer der Einigungsvertrag debattiert. Auch Th. kam zu Wort. Er sprach vom Opportunismus der einstigen Blockparteien (geißelte ihn, wie man früher gesagt hätte), von den Hoffnungen der Massen, die sich die Demokratie erkämpft hatten, von den Einheitsgewinnen des Westens und vom Osten, der das alles bald nicht mehr hinnehmen würde. «Wenn Arroganz und Selbstherrlichkeit jedes Maß verlieren, wird sich jede Regierung dem außerparlamentarischen Protest der Straße ausgesetzt sehen», so ein Kernsatz seiner Rede.³⁰ Das Ost-Volk aber hoffte geduldig weiter, blieb der Straße fern und widersetzte sich auch nicht in der Wahlkabine: Zwar kam die CDU am 2. Dezember nicht mehr auf die Stimmenzahl vom März, doch SPD und PDS ging es ebenso; die PDS (bzw. Linke Liste/PDS) brach sogar regelrecht ein und verlor im Osten fast 40 Prozent der Stimmen. Zuvor, am 20. September, war der Einigungsvertrag von der Volkskammer

mit großer Mehrheit angenommen worden; in einem Westmedium hieß es, sogar Th. habe dafür gestimmt. Er gab mir darauf die Stimmkarten, die er hier nicht gebraucht hatte, die blaue für Enthaltung und die weiße Ja-Karte. Zusammen mit einigen anderen Erinnerungsstücken, dem Telefonverzeichnis zum Beispiel mit dem Vermerk «Nur zur persönlichen Verwendung!» und den übrig gebliebenen Essensmarken für die Parlamentskantine, liegen sie nun in meinem Archiv.

Am 2. Oktober, dem letzten Tag der DDR, hatte ich bis zum Abend im Büro zu tun. Die Volkskammer tagte zu dieser Zeit schon im vormaligen ZK-Gebäude, die einstige Stasi-Tätigkeit von Abgeordneten war ihr Thema. In den Protokollen finde ich diese Sitzung nicht verzeichnet, sie war auch nicht öffentlich. Irgendwie kam ich aber doch an eine Besucherkarte. Es war gegen neun, im halbdunklen Plenarsaal herrschte Chaos: Antrag, Gegenantrag, Ergänzungsantrag, Antrag zurückgezogen ... Eine Viertelstunde reichte mir.

Der 3. Oktober bedeutete keinen so tiefen Einschnitt, wie es zunächst scheinen könnte: An den Verhältnissen änderte sich nicht mehr viel.

Am nächsten Morgen, drei Tage vor meinem 41. Geburtstag, erwachte ich als Bürger der Bundesrepublik Deutschland. In der Presse hatte man uns, wenn ich mich nicht irre, zuvor noch beruhigt: Die Verwandlung sei völlig ungefährlich, würde nicht einmal unseren Schlaf stören, und wir würden sogar unsere alten DDR-Gesichter behalten. So war es auch. Nur ein leichter, ab und an mäßiger, jedoch lang anhaltender Seelenschmerz ist mir von der Prozedur geblieben: Ich war ja nicht nur ohne mein Zutun, sondern gegen meinen erklärten Willen zum Bundesbürger geworden. Drei Monate konnten wir die Räume im Haus der Parlamentarier – oder hieß es nun ehemaliges

Haus der Parlamentarier? – noch nutzen; ich saß hin und wieder in unserem bald leer geräumten Büro, um ungestört zu telefonieren. Der Abtransport der Akten aus Th.s Räumen verzögerte sich dagegen, und so landeten sie im Müll. Verantwortlich dafür war der Verwaltungsdirektor; im Vorstand der DDR-CDU war er Mitglied des Präsidiums und Sekretär für Agitation gewesen.

Der 3. Oktober bedeutete keinen so tiefen Einschnitt, wie es zunächst scheinen könnte: An den Verhältnissen änderte sich nicht mehr viel. Mit der Wirtschaft im Osten ging es allerdings steil bergab, und so kam es in den Jahren 1991 bis 1993 im Kampf gegen die Betriebsschließungen endlich zu massenhaftem Protest. Er wurde aber der herrschenden Ordnung zu keiner Zeit gefährlich, er richtete sich nicht einmal gegen sie. Wir hatten also mit unseren Warnungen vor den Einheitsfolgen recht behalten, konnten aber diese Entwicklung nicht nutzen und in die sozialen Auseinandersetzungen im vereinten Deutschland kaum mehr eingreifen.

Nicht zuletzt, weil die VL im Spätsommer 1990 schon begonnen hatte, sich aufzulösen. Ihre Gründung, ihre Anziehungskraft, ihren Elan verdankte sie mehr als allem

anderen der Hoffnung auf die Nähe eines Sozialismus, der unseren Bedürfnissen entsprach. Diese Hoffnung war, wie sich in der «Böhlener Plattform» zeigt, von Gewissheit weit entfernt, sie war kaum zu begründen, aber sie war doch da: Wir wollten einfach nicht glauben, dass in diesem Land wieder das Kapital herrschen könnte. Bald nachdem klar war, dass unsere Hoffnung sich nicht erfüllen würde, begann der Abstieg. Von denen, die anfangs mitgearbeitet hatten, waren bereits manche weggeblieben, Neue kamen kaum hinzu, und durch den Rückzug der Autonomen war auch das Spektrum innerhalb der VL schmaler geworden.³¹ Nun aber verloren die Gruppen erheb-

lich an Mitgliedern, trafen sich seltener oder verschwanden völlig, oft genug spurlos: Ein zentrales VL-Archiv, das ihre Nachlässe hätte übernehmen können, fehlte.

Als ich Ende 1990 aus dem Arbeitssekretariat ausschied, gab es die Gesamt-VL noch durch die Zusammenkünfte des Sprecherrats und die Gemeinsamkeiten der Grundgesinnung, doch der Volkskammer-Wahlkampf war ihr einziges Gesamtvorhaben geblieben. 1991 wurde in Halle ein neues Statut verabschiedet, die VL wirkte nun als Verein, ihre Strukturen wurden aber bald kaum mehr gebraucht:

1992 oder 1993 kam der LändersprecherInnenrat, wie er nun hieß, letztmals zusammen. Die Stelle im Arbeitssekretariat war wohl schon vorher nicht mehr besetzt worden. Die wenigen restlichen Gruppen wirkten jede

für sich vor sich hin: Wir in Berlin wurden zum Bildungszirkel und befassten uns mit der Geschichte der Arbeiterbewegung, die Hallenser engagierten sich beim örtlichen Freien Radio, die Leipziger Gruppe war eng mit der Hausbesetzerszene verbunden – oder mit der dortigen Friedensbewegung? Allmählich wurde auch der Zusammenhang zwischen diesen Gruppen lockerer.

An sich, um mit Hegel zu sprechen, bestand die VL also längere Zeit noch, aber nicht mehr für sich. Denn wo ein zentraler Apparat ebenso fehlt wie eine gemeinsame Praxis der Basis, muss diese wenigstens durch horizontale Verbindungsaufnahme den Binnenzusammenhang herstellen. Doch das wurde von uns kaum als Aufgabe begriffen, es war auch niemand dafür eigens zuständig. Nicht zuletzt deshalb wurde die VL als Gesamtorganisation bald zur Fiktion. Zwischen den Infoblättern *Vau Ell* (Berlin), *klinke* (Erfurt) und *vl Halle*, später *Subbotnik in L. A.* (Halle) fehlte der Austausch; vor allem gab es kein zentrales Blatt, das die Gruppen durch Informa-

tion und Diskussion hätte verbinden können; 1992/93 war es dafür wohl auch zu spät. Das Mailbox-System, das wir damals eingerichtet haben, war für Vernetzungen ungeeignet und wurde kaum genutzt, denn man konnte sich nicht vom eigenen PC aus in das System einloggen, sondern musste dafür ins VL-Büro. Privaten Internetzugang hatte bis weit in die 90er Jahre hinein fast niemand.

Ein Forum für breitere Kreise der alternativen Linken hätte die Zeitschrift werden können, die B. in den frühen 90ern hatte gründen wollen. Er brachte für solch ein Unternehmen wichtige Voraussetzungen mit, war ein Kommunikator und kannte die linke Szene ebenso wie die Geschichte der Arbeiterbewegung und des Sozialismus. Was fehlte, war zunächst das Startkapital. Als wir bei M. aus der

Mediengruppe der VL Berlin in der Prenzlauer Allee verabredet waren, um noch einmal über Titel, Grundanliegen und dergleichen zu sprechen, warteten wir vergebens auf B. Nach einer dreiviertel Stunde ging ich und traf ihn frierend auf dem großen, dunklen Hof. Er hatte vergessen, welcher Aufgang der richtige war, und gehofft, jemand würde kommen und ihn mitnehmen. Wir waren zuvor schon nicht so recht vorangekommen mit dem Vorhaben, nun gaben wir es auf. Es war auch fraglich, ob das Blatt Absatz gefunden hätte.

Mitte der 90er Jahre war von der Berliner VL kaum noch etwas zu hören. Es gab damals sogar einen Beschluss ihres Politischen Beirats, sich nicht mehr als VL an die Öffentlichkeit zu wenden. Vielleicht hat der Beirat – wer auch immer das gewesen sein mag – nicht einmal diesen Beschluss öffentlich gemacht, denn ich habe jetzt erst durch B. davon erfahren. 1996 erschien nach größerer Pause mit der Nr. 30 das letzte Heft unseres Infoblättchens *Vau Ell*, das schon seit Längerem fast nur Nachdrucke gebracht hatte. Im Jahr

Der Strategie des Aufbaus einer Gegenmacht von unten war der Boden entzogen.

darauf stellte die Gruppe, die zu einem Zirkel von kaum mehr als einem halben Dutzend Leuten geschrumpft war, die Arbeit vollends ein. In der Greifswalder Straße, ab 1999 neuer Standort des Hauses der Demokratie, haben wir unser Büro zwar bezogen, es aber faktisch nie genutzt. Dennoch war es für uns wichtig: Nur als Mieter hatten wir Sitz und Stimme in Kuratorium und Vorstand der Stiftung «Haus der Demokratie und Menschenrechte», wie es nun hieß, dem einzigen Bereich, in dem VL-Mitglieder als solche weiterhin tätig waren. Sie hatten auf das Geschehen dort beträchtlichen Einfluss, waren aber an eine politisch tätige VL-Gruppe nicht mehr angebunden. miteinander in Kontakt geblieben und weiterhin aktiv sind sie und die wenigen übrigen Mitglieder der VL Berlin jedoch fast alle. M. bin ich, nachdem wir uns lange nicht gesehen hatten, in einer der Flüchtlingsunterkünfte in Prenzlauer Berg wiederbegegnet, wo wir am 2. Weihnachtsfeiertag früh bei der Essenausgabe geholfen haben.

6.

Die ganze erste Zeit, bis hin zum Volkskongress-Aufruf vom 9. Dezember 1989, hatte die VL, wie erwähnt, den Aufbau einer Gegenmacht von unten zur Grundvoraussetzung sozialistischer Entwicklung erklärt, doch haben wir mit dazu passenden Vorhaben nur ganz selten Teile der Gesellschaft angesprochen und auch ansprechen können. Zwar wurde das Volk im Herbst 1989 und bis in den Winter 1990 hinein in hohem Maße spontan aktiv, nicht nur bei Demonstrationen, sondern auch bei Meetings in Betrieben und Einrichtungen, bei Einwohnerversammlungen, bei Blockaden und Besetzungen von Dienststellen des MfS. Doch zu jener territorialen Selbstorganisation, zu der unter anderem im Aufruf vom 9. Dezember ermutigt wurde, kam es nicht. Die VL war auch viel zu klein, um die Entwicklung flächendeckend beeinflussen zu können, und wurde zudem als sozialistische Gruppie-

rung von vielen bis hin zur Sozialdemokratie abgelehnt. Wichtigstes Ergebnis ihrer Bemühungen an der Basis war die Betriebsrätekonferenz vom 3. Februar 1990 im Werk für Fernseh elektronik in Schöneweide. Abgesandte von etwa 70 Belegschaften berieten dort, wie man in den Betrieben die Stellung der Räte und der Gewerkschaften stärken könnte. Die Konferenz blieb jedoch ohne Nachfolge; schon bald bestimmte die Betriebsverfassung der BRD die Debatten. Auch die VL Halle, die zumindest anfangs stark räteorientiert war, hat in dem Bereich nach außen wirken können. Er war unser einziges Tätigkeitsfeld, das später dokumentiert worden ist.³²

Eine Kernfrage unserer Geschichte ist nun, wie sich die VL im Dezember 1989, als sie dank wachsender Mitgliederzahl und durch den Aufbau von Strukturen allmählich arbeitsfähig wurde, verhalten hat und warum. In diesem Dezember zeichnete sich ja schon deutlich ab, dass sich die nach deutscher Einheit strebenden Kräfte in der DDR, trotz nicht unbeträchtlicher Gegenwehr von links, durchsetzen würden. Damit war der Strategie des Aufbaus einer Gegenmacht von unten, wie sie die VL noch im Volkskongress-Aufruf vom 9. Dezember verfolgt hatte, der Boden entzogen. Denn im Kampf um diese Gegenmacht sollte sich möglichst das ganze Volk vereinen, und das war keine Marotte: Eine Gesellschaft, die eine Alternative nicht nur zur bisherigen Ordnung im Osten, sondern auch zu der im Westen bieten sollte, war nur mit Unterstützung einer stark überwiegenden Mehrheit lebensfähig.

Es wäre nun, im Dezember 1989, vor allem die Aufgabe derer gewesen, die diese Strategie entwickelt hatten, uns, die wir neu hinzugekommen waren, zu signalisieren, dass hier etwas zu Ende ging. Doch das tat man allenfalls indirekt: Der Aufruf vom 9. Dezember blieb der letzte seiner Art, schon bald kam in der VL Berlin die Idee der Gegenmacht von unten nur noch in Herberts gelegentlichen Klagen zur

Sprache, bei der Volkskongress-Vorbereitung allein dazustehen. Wer erst seit Kurzem dabei war, verstand auch kaum, was es mit dieser Gegenmacht von unten auf sich hatte. Denn niemand kümmerte sich um Neulinge, informierte sie – eine Begrüßungskultur fehlte bei uns ebenso wie eine Kultur des Dankes.

Wenn sich vom Dezember 1989 an die bisherige Gegenmacht-Strategie der VL, die sie ohnehin kaum hatte praktizieren können, mehr und mehr als überholt erwies, so hätte eigentlich eine Debatte über die Möglichkeiten weiterer politischer Arbeit die Antwort sein müssen. Doch dem gingen wir, von vielerlei Anforderungen ohnehin überlastet, aus dem Wege. Denn diese Strategie aufgeben zu müssen hätte zugleich einen die Existenz der VL bedrohenden Perspektivverlust bedeutet: Da sie ihren Elan vor allem dem Einsatz für eine bessere DDR verdankte, konnte man sich nicht Ende 1989 schon eingestehen, dass es damit nichts werden würde; nur mit einer gewissen Realitätsverleugnung war die VL imstande, aus den Startlöchern zu kommen. Wer sich vielleicht seit zwei Jahrzehnten schon für eine andere DDR eingesetzt hatte, konnte im Moment des Sieges über die alten Gegner sowieso kaum auf die ursprünglichen Ziele verzichten: Einmal wenigstens musste man es versucht haben.

Für eine – unliebsame – Strategiedebatte hatte man allerdings auch gar keine Zeit, man hatte vollauf zu tun, die Volkskammerwahlen vorzubereiten und an den Runden Tischen mitzuwirken – und konnte so zugleich insbesondere neu hinzukommenden Kräften sinnvolle Einsatzmöglichkeiten bieten. Dabei waren aber beide, Wahl wie Runde Tische, auf ihre Art ebenfalls höchst problematisch. Un-

ter den gegebenen Bedingungen konnte die VL nur mit einem Programm für eine andere DDR, einen besseren Sozialismus antreten, obwohl das nicht im mindesten mehrheitsfähig war; auch hier musste man die Kohl-Bejubler ignorieren. Die Teilnahme an der Wahl war die letztmögliche Fortführung einer Orientierung, aus der sich eigentlich gar keine Tagesaufgaben mehr ableiten ließen. Gerechtfertigt war sie vielleicht dennoch, auch wenn sie viel Kraft band: Die sozialistische Idee war hierzulande nur durch die Ausrichtung auf einen freiheitlichen und demokratischen Sozialismus noch zu retten. Die PDS als Ganzes konnte diese Idee aber nicht glaubwürdig vertreten, ein Teil der Mitglieder wollte es sicherlich auch gar nicht, imstande war dazu allein die VL. Konkret und umfassend konnte sie das aber nur im Programm zu dieser Volkskammerwahl, es bot dafür die letzte Möglichkeit. Sie war, nachdem sie sich zur Teilnahme an der Wahl entschlossen hatte, auch gezwungen, dieses Programm zu schreiben, und sie konnte es in der Form auch nur tun, wenn sie de facto allein antrat. Denn ein gesondertes VL-Programm fehlte, es wäre, da es auf einen anderen Zeithorizont hätte berechnet sein müssen, auch gar nicht mehr zu formulieren gewesen.

Bei den Runden Tischen lagen die Probleme anders: In den frühen Papieren der VL war von ihnen nirgendwo die Rede. Eigentlich wollte sie nämlich – so hat es B. jedenfalls später dargestellt³³ – SED-Generalsekretär Krenz durch Druck von unten stürzen, um dann zusammen mit der übrigen Opposition und vielleicht auch mit Reformkräften aus dem Apparat die Macht zu übernehmen. Sich an den (Zentralen) Runden Tisch zu setzen, so B., hätte be-

An den Runden Tischen konnte man meinen, Einfluss zu haben auf den Gang der Dinge, was uns ein wenig entschädigte für die Wirkungslosigkeit unserer Ideen zur Selbstorganisation des Volkes.

deutet, eben darauf zu verzichten. Auf meine Frage an ihn und Th., die uns beide an jenem Tisch vertreten hatten, weshalb denn auch sie dort gesessen hätten, antworteten sie mir etwa gleichlautend, man wäre ansonsten in die Isolation geraten. Als am 7. Dezember der Runde Tisch erstmals tagte, war Krenz allerdings schon abgetreten. Wem es immer noch um Machtübernahme ging, der hätte Modrow stürzen müssen, was aber schwierig gewesen wäre, denn das Volk strebte gar keine Oppositionsregierung an. «Neues Forum zulassen!» hieß es auf der Berliner Demonstration vom 4. November häufig, nicht dagegen «Neues Forum an die Regierung!». Oder hätte das Volk schon mitgezogen, wenn die Bürgerbewegungen es gefordert hätten? B. hat sich mir gegenüber einmal so geäußert; vielleicht hatte er sogar recht. Doch hat das Scheitern der Volkskongress-Idee gerade damals gezeigt, dass sich die Volksmassen nicht beliebig in eine Richtung schieben lassen. Und warum sollten sie jemandem die Verantwortung übertragen, den sie kaum kannten, vielleicht gar für weltfremd und inkompetent hielten?

Die Orientierung auf Runde Tische und Wahlen konnte der VL aber noch in anderer Hinsicht einige Zeit weiterhelfen: Auch wenn wir unsere Aufgaben beim Aufbau einer Gegenmacht von unten nie genau bestimmt haben und diese Macht sich zudem unterschiedlich definieren ließ, als territoriales Organ im Sinne des Volkskongress-Aufrufes oder erheblich bescheidener: als Basisbewegung, daran mitzuwirken verlangte stets einiges an Volksverbundenheit und Sendungsbewusstsein oder wenigstens Selbstvertrauen, an Fähigkeit, andere anzusprechen, gemeinsam Vorhaben zu planen, sie zu verwirklichen und Konflikte auszutragen. Doch damit konnten in der VL Berlin – und ebenso vermutlich andernorts – nur wenige aufwarten. Vielen von uns fehlte dafür die Lebenserfahrung, andere waren zu introvertiert ... randständig ... intellektuell. Oder alles zusammen. Und da wir uns die Arbeitsbe-

reiche selbst aussuchen konnten, haben wir unser Tun in einer entscheidenden Frage ohne lange Debatten den Gegebenheiten sowie dem eigenen sozialen Charakter und den eigenen Fähigkeiten angepasst, sodass der Wahlkampf und die Runden Tische Hauptfelder unseres Handelns wurden.

Zwar wurde auch an diesen Tischen mitunter heftig gestritten, und im Wahlkampf anderen Zettel in die Hand zu drücken setzte, wie ich bei einem Einsatz am 1. Mai 1990 bald gemerkt habe, eine Keckheit voraus, die mir fremd war. Man war aber hier wie da meist unter seinesgleichen und hatte statt mit widerstrebenden Massen mit vertrauten Dingen zu tun. An den Runden Tischen konnte man auch meinen, Einfluss zu haben auf den Gang der Dinge, was uns ein wenig entschädigte für die Wirkungslosigkeit unserer Ideen zur Selbstorganisation des Volkes. Da nun der VL für die Politik im engeren Sinne die Kräfte fehlten, sie dabei auch an die Grenzen ihrer Grundsätze kam,³⁴ und zur Basisarbeit insgesamt gesehen die Fähigkeiten, die viele erst hätten erwerben müssen, da zudem die Runden Tische Episode blieben, konnte sie, strategielos, wie sie war, allenfalls durch ihr Organisationsmodell und ihr Sozialismus-Programm Bedeutung erlangen – und so war es auch tatsächlich. Aber damit allein, ohne eine wie auch immer gearbete Praxis, konnte eine politische Gruppierung im Sommer 1990 nicht mehr überleben.

7.

Im Dezember 1989 wäre eine Strategiedebatte also vielleicht nötig gewesen, sie war aber, wie es scheint, noch nicht möglich. Spätestens gegen Ende des Sommers 1990, als die Wahlen vorbei waren und man an den Runden Tischen die Stühle hochgestellt hatte, als die deutsche Einheit nahte und die Zeichen des Zerfalls der VL sich mehrten, wäre diese Debatte, wäre ein Neuansatz in unserer Arbeit unbedingt erforderlich gewesen. Und möglich vielleicht auch. Vor uns stand jetzt aber

nicht mehr der Kampf gegen ein System in der finalen Krise, bei dem wir zuletzt die Regeln zum Teil selbst bestimmen konnten, sondern der gegen eine fest gefügte bürgerliche Ordnung. Unsere aus der DDR-Erfahrung gewonnenen Leitbilder hätten wir nicht aufgeben, aber in neue Aufgaben umsetzen müssen. In meiner Stadtbezirksgruppe Prenzlauer Berg, die im Herbst 1990 erst auf die Beine gekommen war, saßen wir jedoch nur herum und rätselten, wie wir uns nützlich machen könnten. Bloß zum Quatschen treffen wollten wir uns nicht, so war schon im Frühsommer 1991 Schluss. Dabei hatten wir in den maroden Vierteln dort soziale Themen direkt vor der Nase: Stadtentwicklung, Wohnungsmodernisierung, Mieten. Mag sein, zu große für unsere Kleingruppe. Wir hätten berlinweit zusammenarbeiten, neue Arbeitsgruppen gründen, in sie Teile anderer, in Auflösung begriffener Stadtteilgruppen einbeziehen und den Kontakt zu Initiativen wie «Wir bleiben alle!» pflegen müssen, die unter anderem für den Verbleib der Altmieterschaft bei Wohnungsrekonstruktion kämpfte. Wahrscheinlich fühlten wir uns von alledem überfordert: Der Dampf war raus.

Doch wenn überhaupt, wäre die VL wohl nur als rotes Gegenstück zur Grünen Liga, als auch für Mitglieder anderer Gruppen offener oder mit ihnen kooperierender Projektverbund noch dazu gekommen, mehr ins politische oder überhaupt ins gesellschaftliche Leben einzugreifen. Voraussetzung dessen wäre es gewesen, dass es uns nach dem Verlust unserer ursprünglichen Hoffnungen gelungen wäre, uns für neue Aufgaben zu motivieren und die für die politische Arbeit nötigen Fähigkeiten auszubilden. Man durfte damit nicht erst vor Ort anfangen, musste sie gemeinsam lernen und üben. Denn wieder wäre Basisarbeit angesagt gewesen, anderer Art zwar, aber anspruchsvoll nach wie vor. Die Struktur der Arbeitsgruppen, sofern sie noch existierten, hätten wir ebenso wie den Aufbau der Gesamt-VL

durch Ausrichtung auf Schwerpunktthemen den neuen Vorhaben anpassen müssen. Für den Zusammenhalt der Gruppen wären gemeinsame Aktionen und ein zentrales Forum wichtig gewesen. Hier hätten wir Fragen diskutieren können, denen wir uns zuvor kaum gewidmet hatten: wie nämlich die Arbeit auf konkreten Feldern des gesellschaftlichen Lebens mit dem Kampf für eine sozialistische Entwicklung zu verbinden sei. Indem wir versucht hätten, nicht nur als Dienstleister zu wirken, sondern beizutragen zur Selbstorganisation anderer, hätten wir an Ziele unserer Frühzeit angeknüpft.

Nur auf praktischem Wege wäre es, wie mir scheint, auch möglich gewesen, jene alternativen Linken zusammenzuführen, die nun teils in der PDS, teils in den Bürgerbewegungen, teils nirgendwo zu Hause waren. Zudem hätte sich manches Vorhaben sicherlich nur als Gemeinschaftswerk dieser Linken verwirklichen lassen. Gerade wir waren ja dank unserer politischen Herkunft und Programmatik besonders befähigt, solche Zusammenarbeit zu fördern; sie blieb unser Ziel, als wir die Hoffnung, die große Vereinigte Linke zu werden, längst aufgegeben hatten. Treffen, Tagungen usw., der Bereich, wo wir tatsächlich tätig wurden, waren dafür weniger wichtig. Ob VL-Kandidaturen auf konkurrierenden Listen Zusammenarbeit förderten, ist sogar zweifelhaft.

Zu bereden gewesen wäre all das beim zweiten DDR-weiten Arbeitstreffen am 15. bis 17. Juni 1990 in Dresden. Es wurde von vielen als Ermutigung verstanden, Anregungen zur Umgestaltung unserer Arbeit bot es jedoch kaum. Ob ein Neuanfang wirklich möglich gewesen wäre, ob wir beim Bemühen um Handlungsfähigkeit, bei der Suche nach Strategien überhaupt etwas erreicht hätten, steht auf einem anderen Blatt. Dass wir es nicht einmal in Erwägung gezogen und uns stattdessen der Vorbereitung der Wahlen vom Oktober und Dezember gewidmet haben, war wohl unser größter politischer Fehler: Sie hat uns viel Zeit

und Kraft gekostet und uns zugleich von den meines Erachtens eigentlich anstehenden Aufgaben abgelenkt. Hier setzte sich etwas fort, was sich schon im Dezember 1989 und Januar 1990 hatte beobachten lassen: Der Wahlkampf musste jenes politische Handeln ersetzen, für das die Kräfte fehlten.

Andere Linke, die den Realsozialismus abgelehnt hatten, standen nicht besser da als wir. Unsere Untermieter im HdD, der Bund Revolutionärer Sozialisten, wie sich die DDR-Trotzkisten der Mandel-Richtung nannten, und die Alternative Linke, die aus der Westberliner Alternativen Liste kam, sind schon lange vor uns untergegangen; sie hinterließen uns viel Papier. Die Vereinigte Sozialistische Partei, unser wichtigster West-Partner, schrumpfte zusehends und musste 1993 den Status als Partei aufgeben, ihre *Sozialistische Zeitung* (SoZ) wurde vom Wochen- zum Monatsblatt. Einige Zeit verhandelte B. mit der Ökologischen Linken um Jutta Ditfurth – ohne Erfolg. Was hätte die Ökoli uns auch bringen können? »Nothing to nothing gets nothing«; es nützt nichts, wenn sich Verlierer*innen zusammuntun. Überlebt hat von den Neuen nur, wer drü-

Man könnte die VL, um sie geschichtlich einzuordnen und ihre Eigenart besser zu verstehen, noch unter dem Gesichtspunkt der Entwicklung linker Opposition und vor allem der Neuen Linken in Deutschland oder der Herausbildung alternativer DDR-Milieus betrachten; man könnte ihr Wirken auch in den Zusammenhang jener Gesamtkrise der europäischen Linken stellen, die eng mit dem Niedergang des 1917 an die Macht gekommenen Sozialismus verknüpft ist und ebenso seine sozialistischen Gegner ereilt hat. Verzichtet habe ich zudem auf eine Analyse der «Böhleiner Plattform» und des Programms zur Wahl vom März 1990 wie überhaupt des Denkens in der VL. Es hätte diese Arbeit überfrachtet.

8.

Hin und wieder komme ich auf der Alexanderstraße, gleich gegenüber vom Alex, am Bistro Cantino am einstigen «Haus der Elektroindustrie» vorbei. Jedes Mal denke ich dann daran, wie wir Anfang Oktober 2013 an einem kühlen, wolkenreichen Vormittag zu fünft oder sechst hier draußen gegessen haben: die Gruppe Berliner VLer*innen, die es übernom-

Nur auf praktischem Wege wäre es möglich gewesen, jene alternativen Linken zusammenzuführen, die nun teils in der PDS, teils in den Bürgerbewegungen, teils nirgendwo zu Hause waren.

ben stärkere Unterstützung fand: SDP, Grüne Partei und Bündnis 90. Uns ging es ähnlich wie dem Unabhängigen Frauenverband, dem wir auch politisch nahestanden: Da er in der Bundesrepublik weder Wirkungsräume noch gleichgesinnte Gruppierungen hatte finden können, hat er sich 1998 nach langem Abstieg aufgelöst. Als sozialistische Bürgerbewegung war unsere Gruppierung ohnehin ein Unikat, sie hatte auch jenseits von Oder und Erzgebirge nur wenige Verbündete – allenfalls ein paar politische Verwandte.

men hatte, die Auflösung der «Initiative für eine Vereinigte Linke» vorzubereiten. Es war ihr drittes und letztes Treffen; einen Verein zu beerdigen ist fast so schwierig, wie ihn aus der Taufe zu heben. Empfohlen hatte diese Auflösung schon vier Jahre zuvor, bei seiner letzten Zusammenkunft, das einzige noch arbeitsfähige Gremium der VL, der geschäftsführende Ausschuss, kurz GFA genannt. Selbst beschließen konnte der GFA so etwas nicht, er war nicht einmal berechtigt, die dafür erforderliche Mitgliederversammlung einzuberu-

fen. Das Gremium, das dazu befugt war, gab es aber längst nicht mehr. Zwar war 1998 bei einer Mitgliederversammlung in Neurhodan ein vereinfachtes Statut beschlossen worden, das sicherlich auch die Auflösung erleichtert hätte, aber die Anmeldung beim Amtsgericht Charlottenburg wurde verschlampt.

Egal, es ließ sich alles klären, und am Morgen des 19. Oktober 2013 steckte ich mir zum letzten Male mein VL-Abzeichen an. Ich hatte längere Zeit nach ihm suchen müssen, und es sah etwas anders aus, als ich es in Erinnerung hatte. Gegen zehn Uhr trafen sich dann im Berliner Haus der Demokratie und Menschenrechte (HdDM) an der Greifswalder Straße etwa zwei Dutzend Mitglieder, um die Auflösung der VL zu beschließen. Der damals anspruchsvollste Versuch, sozialistische Linke hierzulande neu zu organisieren, ging nun auch formell zu Ende. Noch einmal habe ich an jenem Tage das Gefühl der Zusammengehörigkeit, der Vertrautheit miteinander gespürt; gestritten wurde nur bei einem Punkt der Tagesordnung, über den wir uns schon in der Vorbereitungsgruppe nicht hatten einigen können: dem Umgang mit den Archivalien aus unserem Büro im HdDM. Ich hätte sie gern dem Archiv der Havemann-Gesellschaft überlassen, das solche Nachlässe sammelt und genauer erfasst. Allerdings waren wir mit ihrem Vorgehen bei bestimmten Gelegenheiten nicht einverstanden, also wurde mit viel Aufwand eine eigene Archivgruppe gegründet, doch bis heute lagern unsere Papiere unaufgearbeitet in Regalen im Untergeschoss des HdDM. Aber vielleicht ist das nicht so schlimm. Auch in unserem Fall lag der größte Glanz auf dem gemeinsamen Beginnen; vie-

les aus jener Zeit ist veröffentlicht. Nicht mehr auffindbar waren die Protokolle der ersten drei DDR-Delegiertenversammlungen, die das Statut, das Wahlprogramm und die Kandidaturen für den 18. März beschlossen hatten.

Es ist ja, dies zuletzt noch, gut möglich, dass die Schwierigkeiten, mit denen die VL zu kämpfen hatte, damit zu tun hatten, dass die Verhältnisse hier für einen neuen Sozialismus noch nicht reif waren. Aber wenn sie es damals nicht waren, wann sind sie es denn überhaupt? Soll man auf Katastrophen hoffen? Eindeutig auf Sozialistisches verweisen bürgerliche Verhältnisse wahrscheinlich nie. Wichtig wäre es auch zu wissen, ob Gruppen in der Art der VL bei sozialen Kämpfen noch immer von Nutzen sein können. Vielleicht zeigen es die Arbeitsergebnisse der Interventionistischen Linken, der uns wohl nächstverwandten heute aktiven Organisation. Auf alle Fälle scheint mir jene sozialistische Orientierung, für die sich die VL bei ihrer Gründung eingesetzt hat, auch unter den jetzigen Bedingungen sinnvoll zu sein, mehr noch: unbedingt erforderlich. Denn eine Ordnung, deren hauptsächliche Triebfeder die Konkurrenz ist, und zwar eine profitgetriebene Konkurrenz, kann keine wirklich menschliche Ordnung sein. Ich frage mich aber, wie man als Teil einer Gesellschaft, die ihre Mitglieder so zurichtet wie diese hier, überhaupt zu einer solchen Sicht kommen könnte.

Für vielfältige Unterstützung beim Schreiben dieser Arbeit danke ich Bernd Gehrke, Sebastian Gerhardt und Thomas Klein (alle drei ehemals VL Berlin), für die Wahlkampffotos 1990 Gerd Stadermann (Berlin).

1 Vorbild für Th. war Thomas Klein; zu seiner Person vgl. Müller-Enbergs, Helmut u. a.: Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon, 5., akt. und erw. Aufl., Berlin 2009, Bd. 1, S. 666. **2** Böhlemer Plattform, in: Die Aktion 60–63/1990, S. 936–942. **3** Vorbild für B. war Bernd Gehrke; zu seiner Person vgl. Müller-Enbergs u. a.: Wer war wer in der DDR? [wie Anm. 1], Bd. 1, S. 378. **4** Vgl. Gehrke, Bernd: Der Herbst '89 in der DDR. Gespräch, in: Internet-Soz 1/2020. **5** Böhlemer Plattform [wie Anm. 2], S. 939. **6** Ruge, Arnold: Anekdoten zur neuesten deutschen Philosophie und Publicistik, Erster Band, Zürich/Winterthur 1843, S. 103. **7** Bund Sozialistischer Arbeiter: Das Ende der DDR. Eine politische Autopsie, o. O. 1992. **8** Klein, Thomas: Erinnerungen an eine Revolution oder Geschichte einer Entfremdung, in: telegraph 135–136 2019/20, S. 59. **9** Dies bezieht sich auf eine anderslautende Äußerung Thomas Kleins in: ebd., S. 61. **10** Böhlemer Plattform [wie Anm. 2], S. 936. **11** Zu seiner Person vgl. Tod eines Berufsrevolutionärs, in: neues deutschland vom 19.1.2017. **12** Vgl. <http://blog.interventionistische-linke.org/linke-geschichte/die-erfahrung> (Juli 2019). **13** Fast alle VL-Mitglieder waren in Betrieben oder Einrichtungen fest angestellt und gaben diese Arbeit natürlich nicht für eine kurzzeitige Arbeit für die VL auf. **14** Für ein Mandat waren 0,25 Prozent der Wählerstimmen erforderlich. Nachdem auf dieser Basis die Mandate entsprechend der Stimmenzahl verteilt worden waren, blieb ein Sitz übrig, der an die nächstkleinere Gruppierung ging, und das war die VL. Zudem war eine christlich-fundamentalistische Gruppierung, die Christliche Liga, nur in drei der fünfzehn Bezirken angetreten – und hatte schon dort etwa 10.700 Stimmen bekommen. **15** Am 28. Januar 1990 war die zweite Regierung Modrow gebildet worden, in der neben anderen neuen Organisationen auch die VL mit einem Minister ohne Geschäftsbereich vertreten war. Am 1. Februar veröffentlichte Modrow seinen Plan «Deutschland einig Vaterland». Daraufhin verließ die VL am 2. Februar die neue Regierung, noch ehe sie die Arbeit aufgenommen hatte. Beschlossen hatte beides der Politische Beirat der VL Berlin, der dazu aber nicht berechtigt war. **16** Die Kirche 22/1989. **17** Wir brauchen einen Volkskongress!, in: Die Aktion 60–63/1990, S. 986–989. **18** Wir müssen unsere Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen, in: ebd., S. 945–947; der Aufruf stammt aber vermutlich nicht vom 5. Oktober, sondern vom 5. November 1989. **19** Erklärung von Teilnehmern am Böhlemer Treffen, in: ebd., S. 947–954. **20** Wir brauchen einen Volkskongress! [wie Anm. 17], S. 987. **21** Gesammelte Flugschriften DDR '90. Originaldokumente der DDR-Opposition, Ini-

tiative Vereinigte Linke, hrsg. vom AStA der TU Berlin (West), Berlin o. J. [ca. Februar 1990], S. 6. **22** Weinholz, Erhard: Das Unmögliche wagen – VL! Einige Überlegungen zu unserer Geschichte, in: Vau Ell Infoblatt 16/1991, S. 27–31. **23** Zimmerling, Zeno/Zimmerling, Sabine: Neue Chronik DDR, 3. Folge: 24. November–22. Dezember 1989, Berlin 1990, S. 99. Für eine souveräne DDR votierten 73 Prozent, nur 27 Prozent für die deutsche Einheit. **24** «Für Einheit und Klarheit»: in: VAU ELL Infoblatt 6/1990, S. 12–14, Zitat: S. 13. Herberts Name erscheint in dem Zusammenhang nicht, seine Urheberschaft war aber bekannt. **25** Vgl. Wetzel, Dietrich/Schnappertz, Jürgen: Bericht an die Bundestagsfraktion DIE GRÜNEN über Anforderungen an das in West-Berlin neu eingerichtete Unterstützungsbüro für DDR-Gruppen, Bonn 12.2.1990. Wetzel war damals Grünen-MdB, Schnappertz Fraktionsmitarbeiter. **26** Vorläufiges Programm der Vereinigten Linken zu den Volkskammerwahlen am 18. März 1990, in: ebd., S. 5; ein endgültiges Programm scheint es nicht gegeben zu haben. **27** Klein, Thomas: Rasch isoliert. Die linke Bürgerbewegung 1989, in: neues deutschland vom 3./4.11.2014. **28** H.S.: Bericht Landesdelegiertenkonferenz zur Wahlscheid, Berlin, 1.9.1990, in: Vau Ell Infoblatt 5/1990, unpag. **29** Klein, Thomas: Linke Opposition in der DDR und ihr Agieren in der Wende – kurze Bilanz einiger Irrtümer und kleiner Ausblick auf mögliche Lehren; in: Gegen die Verdrängung im eigenen Kopf. Ein heiteres Schlachten alter Tabus anlässlich des 5. Jahrestages der Großen Nichtsozialistischen Oktoberrevolution (Wende). Reader zur Oppositionskonferenz vom 5.11.94 im Haus der Demokratie, Berlin, hrsg. vom Matthias-Domaschk-Archiv in der Robert-Havemann-Gesellschaft e. V., Berlin 1994, S. 25. **30** Vgl. VAU ELL Infoblatt 6/1990, S. 2–4; die Rede hat er am 13. September 1990 gehalten. **31** Es gab in der VL Berlin die 11. und die 13. autonome Gruppe. Wer sich hinter diesen Namen verbarg, weiß ich nicht; verabschiedet haben werden sie sich wahrscheinlich im Frühjahr 1990, denn Erklärungen von ihnen sind nur bis Februar überliefert. Vermutlich war es ein stillschweigendes Verschwinden, denn bemerkt habe ich es nicht. **32** Gehrke, Bernd/Hürtgen, Renate (Hrsg.): Der betriebliche Aufbruch im Herbst 1989. Die unbekannteste Seite der DDR-Revolution. Diskussion – Analysen – Dokumente. 2., korr. Aufl., Berlin 2001, insbes. S. 106 ff. u. S. 513 ff. **33** Gehrke, Bernd: 1989 und keine Alternative?, in: ders./Rüddenklau, Wolfgang (Hrsg.): ... das war doch nicht unsere Alternative. DDR-Oppositionelle zehn Jahre nach der Wende, Münster 1999, S. 427 u. S. 440, Anm. 15. **34** Siehe oben, Anm. 15.



Christoph Kelz

BASISDEMOKRATISCHER FREIHEITLICHER SOZIALISMUS DDR 1989

INITIATIVE «VEREINIGTE LINKE» ROSTOCK

Im Spätherbst 1989 begegneten sich in Rostock fünf Menschen: eine Studentin, drei Studenten und ein nichtarbeitender Arbeiter. Alle noch recht jung, zwischen zwanzig und dreißig. Kennengelernt hatten sie sich über die Schwarzwohnerinitiative, jene basisdemokratische Initiative, in der sich Menschen zusammenfanden, die noch zu Vorwendezeiten aktiv geworden waren, um sich jenen Wohnraum zu verschaffen, den sie legal nicht bekommen konnten. Illegal bzw. halblegal bewohnten sie jetzt Räume in Häusern, die die Kommunale Wohnungsverwaltung (KWV) entweder wegen Verfall längst aufgegeben hatte oder wo ihre Bürokratie keinen Überblick mehr besaß. Sie trafen sich bald öfter, weil sie merkten, dass da noch weitere gemeinsame Interessen und Neigungen waren, Interessen vor allem politischer und gesellschaftlicher Natur. Einer von den Fünfen hatte Kontakte nach Leipzig, und aus dieser Metropole der beginnenden Massenbewegung gegen das regierende politische Establishment brachte er ein nicht wirklich legales bedrucktes Papier mit: den Appell «Für eine vereinigte Linke in der DDR», bekannt geworden als «Böhlener Plattform».¹

Die oben erwähnten fünf Menschen, die sich zu jener Zeit noch in Rostocker Privatwohnungen trafen, fanden das Dokument nach intensiver Lektüre und Debatte bzw. Rückkoppelung mit Leipziger*innen und Berliner*innen ansprechend und am ehesten zu ihren politischen Intentionen passend. Bei informellen politischen Treffen diskutierten sie auch die von Teilnehmer*innen am Böhlener Treffen verfasste Erklärung vom 12./13. Oktober 1989 mit den darin enthaltenen Forderungen nach

Rücktritt von Politbüro und Regierung sowie nach Bildung einer Reformregierung. Mit der Schreibmaschine vervielfältigten sie die beiden Texte und gaben sie weiter. Im Oktober 89 waren informelle politische Treffen, das Vervielfältigen und die Weitergabe illegaler politischer Schriften durchaus noch gefährlich und gesetzlich verboten.

Anfang Dezember 1989 veröffentlichten sie in der *Ostsee-Zeitung*, dem Rostocker Bezirksblatt, den «Aufruf der Rostocker Initiative Vereinigte Linke» mit den einführenden Worten: «Welche politische Kraft vertritt heute in unserem Land das Programm einer sozialistischen Revolution, d.h. einer wirklichen Macht der Werktätigen, der Hand- und Kopfarbeiter?» In Anlehnung an die «Böhlener Plattform» machten sie folgende gemeinsame Grundsätze publik:

1. Übergang von der staatsbürokratischen Verfügungsgewalt über die Hauptproduktionsmittel zum gemeinschaftlich verwalteten Eigentum der Werktätigen,
2. Bildung von Arbeiterräten und Räten aller Werktätigen als prinzipiell neue Machtorgane,
3. soziale Sicherheit und Gerechtigkeit für alle Gesellschaftsmitglieder,
4. politische Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, konsequente Verwirklichung der ungeteilten Menschenrechte und freie Entfaltung der Individualität jedes Gesellschaftsmitgliedes,
5. Umgestaltung der Ökonomie nach Gesichtspunkten der Ökologie und der Humanisierung der Arbeit,
6. konsequenter Internationalismus und Solidarität,

7. aktiver Antifaschismus und Antichauvinismus,
8. konsequente Abgrenzung von allen Wiedervereinigungsbestrebungen unter kapitalistischen Vorzeichen.²

Nur wenige Monate zuvor, von August 1989 an, waren Tausende ausreisewilliger Bürger*innen der DDR in die bundesdeutschen Botschaften in Prag und Warschau geströmt, im September hatte Ungarn die Grenzen zu Österreich geöffnet. Am 4. September versuchten erstmals sowohl Ausreisewillige als auch Oppositionelle, nach den Friedensgebeten in der Leipziger Nikolaikirche zu demonstrieren. Die Staatsoberen waren politisch auf der Hut: Man wollte am 7. Oktober den 40. Jahrestag der DDR feiern und dabei nicht gestört werden.

Am 21. September wurde die Zulassung des Neuen Forums mit der Begründung abgelehnt, es sei eine «staatsfeindliche Plattform», deren Ziele der Verfassung der DDR widersprächen.³ Diese Formulierungen verstanden alle Bürger*innen in der DDR: Sie bedeuteten Repression. Bis Mitte November 1989 blieb die Bildung politischer Organisationen außerhalb der in der DDR erlaubten Formen im Rahmen der Nationalen Front illegal bzw. halblegal. In Leipzig gelang es, nach unterbundenen Demoversuchen an den Montagen zuvor, am 26. September zwischen 5.000 und 8.000 Menschen, erstmals den halben Leipziger Innenstadtring entlang zu demonstrieren. Ein seit Anfang der 1980er Jahre von den Oppositionsgruppen in Leipzig verfolgtes Ziel war damit erreicht. Wie groß die politische Dynamik damals war, wird allein schon daraus ersichtlich, dass eine Woche später 20.000 demonstrierten und trotz des repressiven Vorgehens der Sicherheitskräfte in jenen Tagen⁴ am 9. Oktober 70.000 Menschen mit dem Slogan «Wir sind das Volk» auf die Straße gingen. Diese Zahl verdoppelte sich nochmals eine Woche darauf. Doch erst Ende Oktober konnte man sicherer sein, dass die Staatsorgane die

Formierung einer politischen Opposition tolerieren und sie keine gewaltsame «Lösung» mehr suchen würden, wie etwa die chinesischen Behörden im Juni 1989 auf dem Pekinger Tiananmen-Platz, als Militär mit Panzern gegen Demonstranten vorgegangen war.⁵

Für die opponierenden Teile der Bevölkerung war damals nicht klar, wie die Kräfte in Partei und Staat zwischen «Reformern» und «Orthodoxen» verteilt waren. Am 18. Oktober trat Honecker zurück und wurde als Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzender des Staatsrats durch Egon Krenz ersetzt, der noch Ende September in China politische Gespräche geführt hatte. Vertrauen auf politische Veränderung ließ dieser Wechsel an der Spitze von Partei und Staat nicht aufkommen. In dieser gesellschaftlichen Situation organisierte sich die «Initiative für eine Vereinigte Linke».

Entstanden in besetzten Wohnungen: die Rostocker VL

Rostock war mit damals rund 250.000 Einwohner*innen noch übersichtlich und hatte als größte Stadt im Norden der DDR eine wachsende subkulturelle Szene. Aus ihr und der mit ihr teilweise vernetzten Studentenschaft heraus entwickelte sich auch in Rostock – wie in anderen Städten – ab Mitte der 1980er Jahre eine kleine, von außen kaum bemerkbare Bewegung von jungen Menschen, die ein existenzielles Problem hatten: Ihnen fehlte Wohnraum. Ehemalige DDR-Bürger*innen kennen die unendliche Geschichte der damaligen zentralen Wohnungsvergabe, die ihnen je nach politischer Sichtweise als Notwendigkeit oder beklagenswerte Misswirtschaft gilt (dialektisch war wohl beides zutreffend): Wer in der DDR unverheiratet war oder/und kinderlos, bekam keine eigene Wohnung. Voraussetzung für eine solche waren soziale Bedürftigkeit und der gesellschaftliche Status (beides einzuschätzen oblag der Wohnungskommission). Außerdem musste man

polizeilich gemeldet sein oder eine Zuzugsgenehmigung haben. Trotz eines umfangreichen Neubauprogramms reichten die Wohnungen nicht aus, die Ressourcen der DDR waren zu knapp, um Neues zu bauen und zugleich die Altbauten umfassend zu sanieren. So waren die Altbauviertel aufgrund des Zustands der Wohnungen lange Zeit nicht sehr beliebt (kein Warmwasser, Toilette im Keller oder auf der halben Treppe nicht selten als Plumpsklo, Kohleheizung, eingeschränkte Stromversorgung, defekte Fenster und Dächer etc.). Oft wurden diese Wohnungen für Haftentlassene oder andere «sozial auffällige» Personen genutzt, sodass junge Familien dort lieber nicht hinziehen wollten. In Rostock galten zum Beispiel die Kröpeliner-Tor-Vorstadt (KTV) und große Teile der Altstadt als sogenannte Nachtjackenviertel, das heißt als wenig attraktive Gegenden, in denen sich das Nachtleben abspielte. In den Altstädten gab es immer mehr Wohnungsleerstand wegen Verfall; spätestens in den 80ern schaffte es die KVV in einigen Großstädten auch nicht mehr, ihren Gesamtbestand im Blick zu behalten.

Schwarz- bzw. Erhaltungs- wohner*innen haben ungenutzte Altbausubstanz real vergesellschaftet, die Bausubstanz erhalten.

In diese leer stehenden Wohnungen zogen unauffällig Wohngemeinschaften junger Leute. Sie sanierten die Wohnungen bescheiden, aber mit einigem Aufwand, versuchten, legal oder illegal einen Elektroanschluss zu bekommen und für den Winter Kohlen zu organisieren. In diesen Häusern wurde auf das sonst übliche Hausbuch⁶ und auf Hausversammlungen oder Ähnliches verzichtet. Anders als bei westlichen Hausbesetzer*innen hingen aber keine Transparente aus den Fenstern – es sollte ja gerade niemand etwas mit-

bekommen! In Rostock gab es 1989 ungefähr 300 sogenannte Schwarzwohner*innen. Die KVV wusste von ihnen, vermied aber eine Räumung, weil damit ein politisches Problem entstanden wäre: Da die meisten Wohnungen damals letztlich Staatseigentum waren, hätte es heißen können, dass die Schwarz- bzw. Erhaltungswohner*innen wertvolle ungenutzte Altbausubstanz real vergesellschaftet, die Bausubstanz erhalten und die KVV vor nicht zu verwirklichenden Wohnungswünschen bewahrt haben. Dann wäre offenbar geworden, dass die KVV trotz aller offiziellen Erfolgsmeldungen ihrem sozialpolitischen Auftrag nur ungenügend nachkam.

Junge Leute, die nicht mehr bei ihren Eltern wohnen wollten, fanden sich in diesen Häusern zusammen, Student*innen, die keinen Bock auf ein Studentenwohnheim hatten, Menschen, denen die Zuzugserlaubnis fehlte. Zwischen ihnen bestand ein relativ enger Kontakt, schon um neue Wohnungen für andere zu finden, etwas Geeigneteres für sich selbst oder Alternativen für den Fall, dass die KVV einen doch mal rausschmeißen würde. Von hier ergaben sich Kontakte zu anderen Milieus der Stadt, entsprechend kursierten in den Häusern auch Informationen und Schriften. Menschen kannten in anderen Städten Menschen, die ähnlich lebten. Man schrieb damals noch Briefe und besuchte oder traf sich bei großen Konzerten von Lieblingsbands, bei Bluesmessen und Liedermachern oder beim Tanz im Studentenkeller.

Alles Weitere vollzog sich im Zusammenhang der politischen Entwicklung, der politischen Aktionen im Herbst 1989. Am 16. Oktober fand in Waren/Müritz die erste Demo in Mecklenburg-Vorpommern statt, am 19. Oktober die erste in Rostock im Anschluss an eine Fürbitte-Andacht. Zu anderen oppositionellen Aktionen im öffentlichen Raum war es in Rostock zuvor, von besonderen Gebetsgottesdiensten und Andachten für politisch Inhaftierte in diversen Kirchen einmal abgesehen,

nicht gekommen. Die Partei- und Staatsmacht versuchte, durch sogenannte Dialogveranstaltungen die Meinungshoheit zu behalten, politisierte damit aber das Geschehen in der Stadt eher noch. Die gesellschaftlichen Debatten hatten nun zumindest zeitweise drei politische Orte: die Kirchen, die Dialogveranstaltungen und die Straßendemonstrationen. Von da aus griffen sie auf die Betriebe und Wohngebiete über.

Die Dialogveranstaltung der SED vom 25. Oktober, in der es unter anderem um die Versorgung mit Wohnraum ging, führte aufgrund ihrer Substanzlosigkeit und des Versuchs von Stadtrat Seibel (SED), für den Wohnungsmangel die «Schwarzwohner» verantwortlich zu machen, zur Entstehung und Entwicklung der «Schwarzwohnerinitiative», die später und zutreffender als «Erhaltungswohnerinitiative» firmierte. Im Rahmen dieses Prozesses haben sich, wie eingangs erwähnt, fünf Menschen getroffen, die in Rostock die VL begründeten. Einfach war das nicht: Private Telefone gab es wenige, und sie wurden abgehört, Briefe konnten kontrolliert werden, Schreibmaschinen, gar elektrische, fanden sich kaum in privater Hand und waren zum Teil staatlich registriert; es gab keinen Zugang zu den Massenmedien und so gut wie keine eigenen Druckmöglichkeiten. Computer fehlten, an digitale soziale Netzwerke und Smartphones war noch nicht zu denken. Auch private Autos waren in der studentischen und subkulturellen Szene kaum vorhanden, nur wenige hatten eine Fahrerlaubnis. Weit verbreitet war die Furcht vor der Staatssicherheit, deren Minister Mielke noch am 29. September 1989 im *Neuen Deutschland* erklärte: Die Absicht des Gegners ziele darauf ab, «im Zusammenwirken mit bestimmten Kräften im Innern eine antisozialistische Opposition zu etablieren, die politischen und ökonomischen Grundlagen unserer sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung zu untergraben. Mit der Entscheidung des Ministers des Innern zum

Antrag des sogenannten Neuen Forums, dass die von diesen Kräften verfolgten Ziele und Anliegen der Verfassung der DDR widersprechen und eine staatsfeindliche Plattform darstellen, wurde allen antisozialistischen Kräften eine deutliche Antwort gegeben.»⁷

Wie also organisierte sich unter diesen Umständen eine politische Gruppierung halblegal, deren spätere Mitglieder sich eher nicht in kirchlichen Zusammenhängen aufhielten? Menschen kannten einander, trafen sich bei kulturellen Ereignissen oder an der Universität, aber auch am Arbeitsplatz. Und dann lag zum Beispiel bei einigen, deren Positionen oder Funktionen sie zu Multiplikatoren hätten machen können, die besagte «Böhlener Plattform» im Briefkasten. Kirchliche Mitarbeiter waren natürlich darunter, Mitglieder von Jungen Gemeinden oder Studentengemeinden, aber auch Menschen, die sich mal was zu sagen getraut haben in «der Partei» (SED) oder in den anderen Parteien und Massenorganisationen, im Kulturbund etwa, insbesondere ihrer Gesellschaft für Natur und Umwelt. Auch an den Theatern fanden sich Menschen, die kritisch dachten.

Noch im Dezember 1989 kam es in Sachen VL Rostock zu einem ersten Treffen – Informations- und Gründungsversammlung zugleich. VL-Gruppen bildeten sich damals in den drei Nordbezirken Rostock, Schwerin und Neubrandenburg, dem späteren Land Mecklenburg-Vorpommern, außerdem in Güstrow, Stralsund, Neubrandenburg, Schwerin, Neustrelitz und Ludwigslust. Weitere existierten in Berlin, Leipzig, Dresden, Karl-Marx-Stadt, Freiberg, Halle, Cottbus, Potsdam und Erfurt. Einige davon sind im Gefolge des ersten zentralen Arbeitstreffens der Initiative für eine Vereinigte Linke entstanden, das am 25. und 26. November 1989 mit etwa 500 bis 600 Teilnehmer*innen in Berlin stattgefunden hatte. Dort war auch zu erfahren gewesen, wo es in der weiteren Umgebung Gruppen und Ansprechpartner*innen gab.

Für ein linkes Ding mit Hand und Fuß

Die VL hatte zu ihren besten Zeiten, zwischen Dezember 1989 und April 1990, in Rostock rund 70 Mitglieder, in Schwerin um die 30 und in Städten wie Güstrow, Stralsund, Neubrandenburg, Neustrelitz und Ludwigslust 10 bis 15. Hinzu kamen Einzelmitglieder vom platten Land; insgesamt waren das nicht mehr als 200 Personen, ein Viertel davon Frauen. Etwa ebenso viele Sympathisant*innen unterstützten die VL bei Vollversammlungen, Demos und in den Wahlkämpfen, verstanden sich aber nicht als VL-Mitglieder.

Politisch war die VL in Rostock bzw. in Mecklenburg-Vorpommern nicht ganz so ausdifferenziert wie zum Beispiel die VL in Berlin. In der VL Rostock waren alle neu in der oppositionellen Politik und hatten keine bzw. sehr wenige persönlich-politische «Altlasten» aus der illegalen Opposition der Vorwendezeit. Die meisten Mitglieder waren zwischen 16 und 30 Jahre alt und stammten aus eher subkulturellen und studentischen Milieus, kirchlich sozialisiert waren in der Rostocker VL nur wenige. Auch einige Arbeiter (DDR-deutsch: Werk tätige) organisierten sich in der VL. Die Jugendlichkeit vieler Mitglieder hatte etwas Angenehmes, Erfrischendes an sich und hat sicherlich dazu beigetragen, dass die VL Rostock politisch unorthodox und aktionsorientiert war.

Als neue politische Gruppierungen entstanden, waren Mitglieder und Sympathisant*innen der VL anfangs in der Vereinigten Bürgerinitiative für einen erneuerten Sozialismus, im Neuen Forum (NF), im Unabhängigen Frauenverband (UFV) und bei den Grünen organisiert. Sie arbeiteten dort auch dann weiter mit, wenn sie im Verlauf der damaligen politischen Geschehnisse ihre politische Wirkungsstätte hauptsächlich in der VL gefunden hatten, vertraten dort die zentralen Ideen der «Böhlener Plattform» und der daraus entstandenen Organisation.

Einige der Mitglieder kamen auch aus der SED bzw. PDS. Auf einen «Gesinnungs-TÜV» wurde verzichtet, wer da war, konnte sich einbringen und mitdiskutieren bzw. sich an Aktionen beteiligen. Es galt, zunächst wenigstens minimale Organisationsstrukturen aufzubauen und einen inhaltlichen politischen Rahmen zu erarbeiten – obwohl das Tempo der politischen Entwicklung dazu wenig Zeit ließ.

Auch die anderen neuen Parteien und sogenannten Bürgerbewegungen begannen sich ungefähr zeitgleich in Rostock zu formieren: die Sozialdemokratische Partei (SDP), der Demokratische Aufbruch, Demokratie Jetzt und die Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM). Die meisten Bürger*innen organisierten sich aber anfänglich wendepolitisch im – überdurchschnittlich aktiven – Neuen Forum. Der spätere Oberbürgermeister bzw. Präsident der Bürgerschaft Rostock, Christoph Kleemann, erklärte zu den Zielen des Neuen Forums am 21. November 1989: «Das NF will eine sozialistische Gesellschaft in Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, ohne Machtmonopol einer Partei.» Im überarbeiteten Diskussionspapier für die Basisgruppen sind Merkmale eines Sozialismus benannt, der von der Mehrheit des Volkes getragen wird: «öffentliche Wirtschaftsdaten, wirklich vergesellschaftete Produktionsmittel, Förderung von Eigeninitiative, gerechtes Leistungsprinzip, unabhängige Arbeitervertretung, Verantwortung des einzelnen und aller». Und im Programmentwurf des NF Rostock vom 23. November forderte man des Weiteren «die Kontrolle von Staatsführung und Sicherheitskräften, die Entmilitarisierung der DDR, die Aufarbeitung der Vergangenheit, den Schutz der Umwelt sowie Reformen im Kultur-, Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich».⁸

Das Neue Forum verhandelte mit dem Rat der Stadt, dem Oberbürgermeister, mit Vertretern des Rates des Kreises, des Bezirks und der Volkspolizei hinsichtlich der Sicherheit bei Demonstrationen, es verhandelte auch

Die VL wirkte, wenn auch nicht mit allen neuen politischen Vereinigungen, so doch mit den anderen Bürgerbewegungen zusammen.

mit der Kreis- und der Bezirksleitung der SED. Die SED, die Blockparteien und die Massenorganisationen versuchten damals, den neuen politischen Bewegungen den Zugang zur politischen Teilhabe, zu Geld, Räumen, Medien etc. zu verwehren. Die Neuen hatten nur die Straße, bis auf die im kirchlichen Kontext entstandenen Gruppen, die auf Räumlichkeiten, Telefone und – wenn auch in geringem Maße – Vervielfältigungsmöglichkeiten der Kirchengemeinden zurückgreifen konnten.

Die VL hatte zunächst nichts von alledem. Linksalternative Jugendliche, von denen einige sich der VL zugehörig fühlten, hatten aber im November/Dezember ein Ladenlokal in der Doberaner Straße 8 im Stadtzentrum von Rostock besetzt, das dann bis Ende Januar 1990 auch die VL mit nutzen konnte. Um die Besetzung und Nutzung zu legitimieren, hatte eine VL-Gruppe die Idee, dort ein Kommunikations- und Informationszentrum einzurichten; sie stellte dem Stadtteilbürgermeister der KTV, Herrn Zülow, brieflich das Projekt vor. Er reagierte nie darauf. Im Januar 1990 zog die VL zusammen mit anderen neuen politischen Bewegungen in das Haus der Demokratie in der Ernst-Barlach-Straße, wo sie über ein großes Büro verfügte, fast täglich einen kleineren Versammlungsraum nutzen konnte und einen größeren bei Bedarf. Endlich ein Telefon und eine elektrische Schreibmaschine. Später kam ein Pkw hinzu. Der Staat musste zu dieser Zeit allen neuen politischen Bewegungen eine beträchtliche Anschubfinanzierung zur Verfügung stellen, insbesondere um Chancengleichheit im Wahlkampf herzustellen für die auf den Mai angesetzte Volkskammerwahl, die im Januar auf den 18. März 1990 vorverlegt wurde.

Der VL gelang es anfangs, sich fast alle zwei Wochen zur Vollversammlung zu treffen und themenspezifische Arbeitsgruppen zu gründen. Weniger Erfolg hatten wir bei unseren

Bemühungen, mit den anderen VL-Gruppen der Region in Verbindung zu bleiben und in weiteren Orten den Aufbau solcher Gruppen gezielt zu initiieren. Aufwendig war es zudem, den Kontakt mit dem Arbeitssekretariat des DDR-Sprecherrats in Berlin zu halten.

VL im Spannungsfeld von Bürgerbewegung und SED/PDS

Die VL auch in Rostock war besonders daran interessiert, die *Räte-Idee* nachhaltig in die Wendediskussion einzubringen bzw. sich mit anderen Gruppen zu vernetzen, die diesem Ansatz ähnlich aufgeschlossen gegenüberstanden. In Rostock war dies vor allem die Vereinigte Bürgerinitiativen für einen neuen Sozialismus, die am 26. November ihren Gründungsauftritt veröffentlicht hatte.⁹ Anfang Dezember 89 bildete diese sogar einen kommunalen Bürgerrat, vom 7. Dezember an gab sie die Zeitung *Bürgerrat* heraus. Andererseits wirkte die VL wenn auch nicht mit allen neuen politischen Vereinigungen, so doch mit den anderen Bürgerbewegungen zusammen. Gemeinsam brachten sie ab dem 22. Dezember die Zeitung *plattFORM* heraus, die anfangs von fast allen neuen Bewegungen getragen wurde.

Gerade an den beiden Zeitungsprojekten zeigte sich, wie die VL in dieser Zeit arbeiten musste und gearbeitet hat: Bei beiden Zeitungen waren wir über Personen vertreten, als Organisation war es im Dezember 1989 für die VL Rostock schon schwieriger, an solchen Projekten teilzunehmen. Das hatte im Wesentlichen damit zu tun, dass wir an einem basisdemokratischen Sozialismuskonzept festhielten und einen differenzierteren Umgang als die

anderen Bürgerbewegungen mit den Mitgliedern der SED-PDS einforderten und politisch auch lebten.

Da die VL am Runden Tisch sowohl der Stadt als auch des Bezirks Rostock beteiligt war, haben die anderen politischen Gruppen und Parteien schon unsere eher linkssozialistischen Positionen wahrgenommen. Die wurden auch durch die am 19. Dezember 1989 veranstaltete Demonstration gegen die Vereinigung und für eine Vertragsgemeinschaft der beiden deutschen Staaten deutlich ebenso wie durch unseren Protest beim Besuch von Kanzler Kohl in Rostock am 9. März 1990.

Gleichzeitig waren wir uns mit den Bürgerbewegungen einig in der grundsätzlichen Kritik des «Sozialismus» der SED in der DDR, der allumfassenden Tätigkeit des MfS und des Versuchs der Modrow-Regierung, diesen Geheimdienst im November 1989 in ein Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) umzuwandeln und dafür die tatsächlich zunehmenden rechtsextremen Aktivitäten als Vorwand zu nutzen. Das MfS unter diesem Vorwand durch ein AfNS weiterzuführen war obendrein kontraproduktiv: Es wurde von breiten Kreisen der Bevölkerung als Täuschungsmanöver zum Machterhalt der SED interpretiert und verhinderte die Wahrnehmung des zunehmend offen auftretenden Rechtsradikalismus und Rechtsextremismus.

Andererseits waren die meisten VL-Mitglieder nicht ganz so entsetzt über das am 2. Dezember 1989 gefundene geheime Waffenlager der IMES Import Export GmbH des MfS-Bereichs «Kommerzielle Koordinierung» (KoKo) in Kavelstorf (Kreis Rostock Land), über das Waffen in sogenannte Krisengebiete wie Angola, Äthiopien, Afghanistan, Mosambik und Nicaragua geliefert worden sein sollen. Gerade im Hinblick auf Nicaragua und den Iran-Contra-Gate-Skandal Mitte der 1980er Jahre, den Bürgerkrieg in Angola Anfang des Jahrzehnts und den Befreiungskampf der SWAPO in Namibia fanden es nicht alle VL-Mitglieder anstößig,

dass die DDR zur militärischen Unterstützung des Befreiungskampfs Waffen nach Afrika geliefert hatte. Allerdings war auch der VL der gesamte KoKo-Komplex, der nun ans Tageslicht kam, aufgrund seines doppelbödigen politikkommerziellen und geheimdienstlichen Charakters politisch mehr als suspekt. Der wurde noch betont durch die bizarre «Flucht» des stellvertretenden Ministers für Außenhandel sowie Staatssekretärs, SED-ZK-Mitglieds und Leiters der KoKo, Oberst des MfS als Offizier im besonderen Einsatz (OibE) Alexander Schalck-Golodkowski, am 4. Dezember nach Westberlin (!).

Mit der Grenzöffnung am 9. November 1989 stand die eigentliche «Wende» meines Erachtens kurz vor dem Ende, der Weg in die «Einstaatlichkeit» von DDR und BRD schien vorgezeichnet. Es war nur noch eine Frage der Zeit, der Form und der Kanzlerschaft im dann vereinigten Deutschland. Spätestens Ende November 1989 war zu erkennen, dass sich auch die neuen Parteien und die Bürgerbewegungen, insbesondere das Neue Forum, allmählich der Perspektive einer deutschen Einheit zuwenden und die Ideen eines freiheitlichen, basisdemokratischen Sozialismus in der DDR rapide an Boden verloren. Insgesamt begannen sich die Positionen in der Gesellschaft und damit auch in allen politischen Bewegungen und Parteien der DDR deutlicher auszudifferenzieren. Den Anfang machte die SDP, die sich stärker an der SPD orientierte. Ähnliches vollzog sich bei den Grünen und noch massiver beim Demokratischen Aufbruch (DA).

Zwischen Ende Oktober und Dezember 1989, nach Honeckers Rücktritt und der Umbildung des Politbüros, hatte die Macht noch auf der Straße gelegen: Am 24. Oktober demonstrierten in Leipzig 300.000 und am 4. November in Berlin mindestens 500.000 Menschen für Veränderungen *in der DDR*.

Wenige Tage später traten der FDGB-Vorsitzende und die Vorsitzenden der Blockparteien CDU und NDPD zurück, die LDPD empfahl

dem gesamten Ministerrat zurückzutreten, was der auch alsbald tat ebenso wie tags darauf das Politbüro. Am 13. November bildete sich die Regierung Modrow. Doch die politischen Akteure der «Wende» haben die Macht nicht übernommen.

Schon frühzeitig hatten die Autor*innen der «Böhlener Plattform», die Initiator*innen der VL, erkannt, was zum damaligen Zeitpunkt notwendig schien. In ihrer Erklärung vom 12./13. Oktober 1989 konstatierten sie, dass das Politbüro der SED und die Regierung völlig das Vertrauen des Volkes verloren hätten, und forderten daher:

«Sofortmaßnahmen zur Vorbereitung des Landes für einen Weg der sozialistischen Demokratie und Freiheit:

1. Rücktritt des Politbüros der SED und der Regierung wegen der Hauptverantwortung für den katastrophalen Massenexodus der Jugend und wegen des völligen Verlustes von Vertrauen im Volk.
2. Bildung einer neuen politischen Führung und einer zeitlich befristeten Übergangsregierung aus reformwilligen Kräften zur Verwirklichung folgender Maßnahmen [...].
3. Bildung einer breiten Koalition der Vernunft und des Realismus zur Verwirklichung einer radikalen Verfassungs- und Gesellschaftsreform im Geiste sozialistischer Demokratie und Freiheit.»¹⁰

Es blieb bei Forderungen, eine Reformregierung zu schaffen. Sie zu etablieren oder eine Doppelherrschaft zu errichten gelang nicht. Auch die SED-geführte «Regierung Modrow», die am 13. November antrat, nahm die Forderung nach einer «Reformregierung» bei ihrer Konstituierung nicht auf. Daran änderten auch die Minister*innen ohne Geschäftsbereich aus den neuen politischen Bewegungen und Parteien nichts, die ab dem 5. Februar 1990 (!) in der «Regierung der nationalen Verantwortung» ihre Arbeit aufnahmen.

Statt den Versuch zu unternehmen, eine Reformregierung politisch zu erzwingen, setzten

sich die neuen Parteien und die Bürgerbewegungen, darunter auch die VL, mit den alten Parteien an den Runden Tisch (zentral erstmals am 7., in der Stadt Rostock am 9., im Bezirk Rostock am 21. und im Kreis Rostock am 22. Dezember 1989). Im Bezirk Rostock nahm die VL am Runden Tisch des Bezirks teil und in Rostock, Güstrow, Stralsund, Neubrandenburg und Schwerin an den kommunalen Runden Tischen.

Am 19. Dezember demonstrierten infolge eines Aufrufs der VL Rostock 7.000 bis 8.000 Menschen für den Erhalt der DDR, gegen deren Vereinnahmung durch die BRD und für konföderative Beziehungen zwischen beiden Staaten statt einer deutschen Einheit. Es war auch das erste Mal, dass VL-Gruppen gemeinsam an demselben Tag in unterschiedlichen Städten der DDR agierten.

Spätestens im Dezember wandelten sich die Bündnisbestrebungen der politischen Gruppierungen. Die neuen Führungen der DDR-Blockparteien begrüßten die Angebote der westdeutschen «Bruder- und Schwesterparteien». Es fanden sich CDU Ost und West, CSU und DSU sowie der Bund Freier Demokraten (LDPD, Deutsche Forumpartei, FDP Ost) und die FDP West. Im Vorfeld der vorgezogenen Volkskammerwahlen vom 18. März 1990 entstanden sogar Bündnisse zwischen gewendeten Blockparteien und einstigen Oppositionsgruppen, zum Beispiel die Allianz für Deutschland: Ost-CDU, Demokratischer Aufbruch (DA) und DSU (massiv unterstützt von der CDU/CSU West). Die beiden sozialdemokratischen Parteien in Ost und West arbeiteten im Wahlkampf ebenso eng zusammen wie die Ost- und die West-Grünen. Die verschiedenen Strömungen der West-Grünen verfolgten eine Zeitlang unterschiedliche Bündnisoptionen, die zum Teil auch ein Bündnis mit den DDR-Bürgerbewegungen einschlossen.

Die VL hingegen wurde von Westlinken oder linken Grünen vergleichsweise wenig bis gar nicht unterstützt. Wir hatten damals den Ein-

druck, dass weite Teile der Linken West 1989 sehr mit sich selbst beschäftigt waren bzw. die Konsequenzen der Entwicklungen in der DDR überhaupt nicht überblickten. Zudem konnten sie mit der Bandbreite der linken Positionen innerhalb der VL nicht wirklich «umgehen», wo doch in der BRD die Linke so deutsch-deutlich separiert war. Auch gingen wir in der VL anders menschlich miteinander um und mit politischen Gegnern (Nazis ausgenommen!) deutlich freundlicher. In der Vereinigten Linken war das Interesse am Austausch mit anderen linken Positionen größer als der abgrenzende Ausschluss. Umgekehrt hatten wir so manches «kulturelle» Problem mit «Westlinken» aufgrund ihrer unversöhnlichen, oftmals rein theoretisch begründeten «Feindseligkeiten» untereinander und ihres «Sektierertums». Ja, die Genoss*innen der GIM oder von Spartakist bzw. von der x-ten Gruppe der x-ten Internationale nervten uns¹¹ mit ihren Ideen eines lupenreinen Sozialismus und ihrem Wissen darüber, wie «fortschrittlich» die DDR bzw. der «Ostblock» sei. Wir waren trotzdem freundlich und aufgeschlossen (anfangs!) oder grenzten uns genauso freundlich und aufgeschlossen ab. Aber im Zweifelsfall wären wir solidarisch gewesen.

In der Vereinigten Linken war das Interesse am Austausch mit anderen linken Positionen größer als der abgrenzende Ausschluss.

Vorbehaltlos unterstützt, auch materiell, haben uns in Rostock die Genoss*innen vom Nautilus-Verlag, das Linke Forum Lübeck, Teile der GAL Hamburg bzw. Bremen und DDRweit die Vereinigte Sozialistische Partei (VSP); vom Bundesvorstand der Grünen erhielten wir zu Anfang einen Druckkostenzuschuss für den Reader zum 1. Arbeitstreffen 1989.



Wählen mit Kopf – revolutionieren mit Verstand; Wahlplakat des Aktionsbündnisses Vereinigte Linke (AVL), 1990.

VL-Positionen Mitbestimmen vor Abstimmen

Mitte bis Ende März 1990 beteiligte sich die VL in Rostock an der Besetzung des Rathauses und der Absetzung des damaligen Oberbürgermeisters Henning Schleiff. Ihm wurde vorgeworfen, dem Stadtschulrat Bendlin mittels einer verdeckten Kooperation des Rats der Stadt dabei geholfen zu haben, hinter dem Rücken des lokalen Runden Tisches ehemalige MfS-Mitarbeiter sowie SED- und FDJ-Funktionäre an Schulen unterzubringen. Außerdem wurden Schleiff die Fälschung der Kommunalwahl-Ergebnisse vom Mai 1989 und der Abschluss von Verträgen mit westlichen Firmen ohne Einbeziehung des Runden Tisches vorgeworfen. Nach verschiedenen Demonstrationen und Mahnwachen mit einigen Tausend Beteiligten traten Schleiff und Bendlin am 26. März zurück. Neuer Oberbürgermeister wurde Christoph Kleemann vom Neuen Forum, obwohl die Ergebnisse bei der ersten «freien» Volkskammerwahl am 18. März 1990 für die Bürgerbewegungen erheblich schlechter als erwartet ausgefallen waren: Bündnis 90 erhielt 2,91, Grüne/UFV bekamen 1,6 Prozent. Das Aktionsbündnis Vereinigte Linke/Nelken (AVL) kam mit 20.342 Stimmen auf 0,18 Prozent und damit

einen Abgeordneten: Thomas Klein aus der VL Berlin. In den drei Nordbezirken kam das Aktionsbündnis Vereinigte Linke in Schwerin auf 0,15 Prozent (627 Stimmen), in Rostock auf 0,17 Prozent (1079 Stimmen) und in Neubrandenburg auf 0,16 Prozent (693 Stimmen). Insgesamt hatten dem Bündnis AVL in den späteren Landesgrenzen von Mecklenburg-Vorpommern also 2.399 Menschen ihre Stimme gegeben.

Mit Blick auf diese schwachen Resultate für die Bürgerbewegungen und auf die für den 6. Mai angesetzten Kommunalwahlen fanden Teile der VL-Mitgliedschaft die Besetzung des OB-Postens inhaltlich und politisch nicht überzeugend; sie sahen darin vornehmlich einen Beitrag des Neuen Forums zum kommunalen Wahlkampf. Die Ernennung eines VL-Vertreters zum Senator ohne Geschäftsbereich brachte bis auf ein leichtes Plus an Informationen nichts, schadete aber auch politisch nicht. Kleemann nutzte geschickt die politische Zugkraft der Staatssicherheitsproblematik und versuchte, die anderen Gruppen mit formalen Zusagen und seinen Vorstellungen über die Verankerung von Bürgerbewegungen und Mitbestimmung in einer künftigen Kommunalverfassung einzubinden. So erklärte er Ende März 1990: «Es soll nie wieder dahin kommen, dass Bürger nichts zu sagen haben oder zentralistisch regiert werden.»¹² Ein praktisches Beispiel dafür war das Treffen mit Bürgerinitiativen, Bürgerräten und engagierten Bürger*innen am 4. April 1990, bei dem es um die Bürgermitbestimmung in Rostock und die Erarbeitung einer neuen Kommunalverfassung ging. Der Runde Tisch beschloss, bis zum Amtsantritt einer neu gewählten Stadtregierung weiterzuarbeiten.

Am 12. Mai 1990 gründeten in Rostock Vertreter*innen von Basisgruppen der VL aus den drei Nordbezirken den Landesverband Mecklenburg der VL und bildeten einen gemeinsamen Koordinierungsausschuss der Basisgruppen.

Bunte Republik vor Einheitsstaat

Bemerkenswert ist, was die VL trotz des Wahlergebnisses vom 18. März geleistet hat. Ein gelungenes Beispiel für linke politische Modernität und Vorausschau in der damaligen DDR ist das Programm der VL zur Rostocker Kommunalwahl am 6. Mai 1990.¹³

Den Einzug in die Bürgerschaft der Hansestadt Rostock schaffte die VL dennoch nicht, im Unterschied zum Neuen Forum und zur Liste Grüne/UFV. Zur Landtagswahl am 14. Oktober 1990 bemühte sich die VL Rostock intensiv, ein Scheitern der Bürgerbewegungen wie bei der Volkskammerwahl zu verhindern, was ihr allerdings nicht gelang. Nachdem das Neue Forum sich entschieden hatte, allein anzutreten, und auch die Grünen nicht zu einem Bündnis bereit waren, kam ein Bündnis 90 von VL, Demokratie Jetzt, UFV und IFM zustande. Alle drei Wahlgruppierungen scheiterten an der Fünfprozenthürde. Ein Zusammengehen hätte rein rechnerisch betrachtet dazu geführt, dass ein basisorientiertes Bündnis mit über 10 Prozent in den ersten Landtag von Mecklenburg-Vorpommern eingezogen wäre. Damit hätte die CDU keine Mehrheit gehabt und eine Landesregierung aus SPD und Bürgerbewegungen wäre in Mecklenburg-Vorpommern möglich gewesen. Bei der Bundestagswahl im Dezember 1990 kandidierten einzelne Vertreter der VL auf der Linken Liste der PDS und bei Bündnis 90/Grünen, die Organisation VL selbst trat nicht an.

Die Mitgliedschaft von VL-Mitgliedern in linken Parteien, die parlamentarisch arbeiten wollten, war im Statut geregelt und gewährleistet. Doch war bei der Teilnahme an Wahlen die Tendenz einzelner Mitglieder zu bemerken, die VL als «Interessenvertreterin» eines gesellschaftlichen Subjekts «Arbeiterklasse» zu sehen, dem man es übelnahm, wenn es nicht links gewählt hatte. Dazu schrieb anlässlich des 2. zentralen Arbeitstreffens der VL in Dresden im Juni 1990 ein Rostocker VL-Mitglied zutreffend kritisch: «Wenn eine Wahrheit nicht

vermittelbar ist, sollte man diese überprüfen und nicht die Zuhörer der Taubheit beschuldigen.»

Im Dezember 1990 und Januar 1991 versuchten Rostocker Mitglieder der VL, der Grünen und des UFV noch einmal, auf Stadtebene ein Bündnis zu bilden, die Grün-Alternative BürgerInnen-Liste (GABL), allerdings kam das Bündnis nicht zustande. Die einzelnen Parteien und Bewegungen orientierten sich zu stark an den Möglichkeiten des parlamentarischen Betriebs, gleichzeitig brach ihnen die personelle Basis weg. Dies hatte vor allem mit der zunehmenden Normalisierung der politischen Situation zu tun, die einherging mit einer wachsenden Unsicherheit bei der Neuorientierung in der inzwischen, seit dem 3. Oktober 1990, durch Anschluss der DDR über den Grundgesetz-Artikel 23 vergrößerten BRD.

Noch ein paar Schritte mit Blick nach vorn – Soziales vor Nationales

Schon im Dezember 1989 bzw. Januar 1990 war die VL fast die einzige politische Organisation, die die DDR als eigenständigen Staat erhalten und zu einem basisdemokratisch verfassten sozialistischen Gemeinwesen umformen wollte; sein Zentrum sollte eine umfassende betriebliche und kommunale Rätebewegung sein. Zu diesen Überlegungen gehörte auch die Organisierung eines DDR-weiten Volkskongresses. Wir waren sicherlich – ohne Avantgardeanspruch – auch zeitweise Impulsgeber, denn die VL, so umstritten sie damals war und heute noch ist, hatte als einzige der neuen politischen Bewegungen mit der «Böhlener Plattform» und der Erklärung vom 12./13. Oktober 1989 ein Programm für die Umgestaltung der DDR. Ihr fehlten aber auch in Rostock eine zahlenmäßig ausreichende personelle Verankerung in den Betrieben, eine gut funktionierende Massenorganisation, die Erfahrung im Umgang mit Apparaten und Verwaltungen hatte, sowie die Fähigkeit, trotz konsequenter Basis-

demokratie auf die gesellschaftliche Dynamik zeitnah und gestaltend einzuwirken. Das hing nicht zuletzt damit zusammen, dass die Mehrheit der DDR-Bevölkerung große Hoffnungen in das scheinbar so neue demokratische parlamentarische System der BRD und die damit verbundenen wirtschaftlichen Erfolge des westdeutschen Kapitalismus setzte. Viele hatten nach den Enttäuschungen mit dem «real existierenden DDR-Sozialismus» einfach keine existenzielle Lust mehr auf einen neuerlichen Versuch von Sozialismus und verbanden dies mit der Hoffnung, auf der vermeintlichen Sonnenseite einer «sozialen Marktwirtschaft» zu landen. So verfiel die CDU-Losung «Keine neuen Experimente» letztendlich gut.

Die linke Pluralität in der VL war sinnvoll im Hinblick auf den politischen Anspruch und Willen, eine vereinigte Linke in der DDR zu schaffen und sich damit auch in der alltäglichen politischen Praxis klar von der stalinistisch-politbürokratischen SED abzuheben. Aber diese Pluralität nötigte zwangsläufig zu zeitaufwendiger politischer Meinungsbildung, die dem Tempo der «Wende» nicht gewachsen war.

Parallel zu den gesamtgesellschaftlichen Wandlungen vollzog sich in der VL zweierlei: zum einen der Organisationsaufbau – zentral, auf der nie wirklich handlungsfäh gewordenen Landesebene Mecklenburg-Vorpommern, und lokal, in der Stadt Rostock. Zum anderen fand eine politische Sozialisation anhand linker Ideen statt, die in der ehemaligen DDR nur wenigen bekannt waren und die nun auch in unsere politischen Diskussionen, Auseinandersetzungen, Einschätzungen und Wertungen einzogen. Dabei war es immer wieder äußerst kompliziert zu unterscheiden zwischen aktuellen politischen Handlungen und Stellungnahmen (z. B. Positionierungen am Runden Tisch) anhand des politischen Grundkonsenses der VL – der ebenfalls im Zuge der Entwicklungen wiederholt diskutiert wurde (z. B. Teilnahme an Wahlen) – und den

erst mal nur theoretischen, perspektivischen Debatten. Es waren vielfältige, vielfach unbekannte, aber durchaus interessante Ideen und Sichtweisen, die in den Versammlungen eingebracht wurden: autonomes Denken, trotzkistische Ideen, ökosozialistische Vorstellungen, libertäre und anarchistische Gedanken, Selbstverwaltungsvorstellungen jugoslawischer und spanischer Herkunft oder linke Ansätze aus Lateinamerika. Neben aktualisiertem und alternativem marxistischen Denken von Ernest Mandel, Jakob Moneta, Rosa Luxemburg, Herbert Marcuse, Johannes Agnoli, Rudolf Bahro, Thomas Klein oder Bernd Gehrke fanden auch psychoanalytische, konstruktivistische und antipädagogische Ideen ihren Weg in die Köpfe von VL-Mitgliedern. Diese Aneignungsprozesse sind an und für sich normal in politischen Gruppierungen – nur spielte sich fast alles in einem überschaubaren Zeitraum von nur 12 bis 14 Monaten ab.

Auseinandersetzungen wurden nicht nur theoretisch geführt, sondern hatten selbstverständlich auch Einfluss auf die politischen Ansätze und die Praxis der VL. Als vergleichsweise kleine Gruppe wurde die VL gleichwohl als politischer Akteur wahrgenommen und verhielt sich mit ihrem Selbstverständnis und ihren Stellungnahmen auch so. Insofern gab es einen permanenten Diskussionsbedarf im Spannungsfeld der damals sich manchmal stündlich verändernden tagespolitischen Anforderungen, der Theoriedebatten und der Diskussionen zur Organisation und Struktur der VL. Die VL beteiligte sich aktiv an den Runden Tischen, an Demonstrationen sowie an Aktionen und darüber hinaus im März, im Mai und im Oktober 1990 an Wahlen, was auch Bündnisauseinandersetzungen und -verhandlungen einschloss.

Bereits nach der Volkskammerwahl im März 1990 zeigten sich in der VL Rostock – wie in

Als vergleichsweise kleine Gruppe wurde die VL gleichwohl als politischer Akteur wahrgenommen und verhielt sich mit ihrem Selbstverständnis und ihren Stellungnahmen auch so.

der VL insgesamt – erste Auflösungserscheinungen. Unsere politischen Aktivitäten richteten sich nun verstärkt darauf, ein auf Langfristigkeit angelegtes basisdemokratisches linkes Netzwerk von Menschen und eine entsprechende Infrastruktur zu schaffen. So wurden nach den anfänglichen Aktivitäten in der Erhaltungswohnerinitiative personell wie materiell vermehrt alternative Projekte unterstützt. Mitglieder und Sympathisant*innen der VL schoben durch grundsätzliche Anregungen und diverse Unterstützungsleistungen eine ganze Reihe von Vorhaben mit an. Dazu zählten im Bereich der alternativen Jugend- und Wohnkultur das Jugendalternativzentrum JAZ, die Alternative Wohnen in Rostock (AWIRO) und die etwas andere Wohnalternative Am Bagehl, aber auch der Infoladen Median, Radio Lohro, das soziokulturelle Kunst- und Medienzentrum Frida 23 sowie zwei Druckereien und zwei alternative Kneipen (in einigen Projekten ist das inzwischen dem Vergessen anheimgefallen).

Frühzeitig hatte sich die VL schon in den beiden «Wendezeitungen» *Bürgerrat* und *plattform* personell und inhaltlich engagiert. Beide Blätter sind, trotz Zusammenlegung Mitte Juli 1990, aufgrund fehlender politischer Perspektiven und damit sinkender Nachfrage noch im Oktober desselben Jahres eingestellt worden – auch eine Folge des allgemeinen politischen Niedergangs der Bürgerbewegungen im Zuge eines sich anpassenden Politikverständnisses seitens der Akteur*innen und eines Politikbetriebs, der in der Übernahme von bürgerlich-politischen Strukturen der BRD keine parlamentarisch verankerten Bürgerbewegungen vorsah.

Den letzten politischen Höhepunkt erlebte die VL Rostock als Hauptakteur bei den massiven Protesten und einer wochenlangen Mahnwache gegen den ersten Golfkrieg Anfang 1991. Obwohl personell geschrumpft, kamen noch einmal viele Menschen aus der «Wendezeit» und den Hochzeiten der VL, aber auch viele neue Gesichter in Rostock zusammen und engagierten sich. Über unser Büro in der Barlachstraße boten wir im Verbund mit anderen Akteuren eine Infrastruktur für die Proteste an (Druck- bzw. Kopiertechnik, Megafon etc.). In die Ostermarschbewegung 1992 ließen sich der Protest und der Personenzusammenhang der VL leider nicht mehr hinüberretten. Und zum Zeitpunkt des rassistischen Pogroms in Rostock-Lichtenhagen im August 1992 war die VL nicht mehr als politisch organisierter Zusammenhang handlungsfähig, wenn auch einzelne Akteure der VL sich persönlich mit großem Einsatz in den Kampf gegen Rassismus eingebracht haben.

Fazit 2019:
«Weil man Zukunft nicht wählen kann, sondern gestalten muss - für Bürgerdemokratie - Soziale Perspektive - Selbstverwaltung»

1992/93 hat sich die Rostocker VL-Gruppe wie die meisten anderen lokalen Gruppierungen in der ehemaligen DDR praktisch aufgelöst. Persönliche Erschöpfung und politische Ermüdung spielten dabei eine Rolle, die Umorientierung hin zu anderen Basisbewegungen wie dem Ökohaus, zu Amnesty International usw., zu sozialen «Ein-Punkt-Bewegungen», Aktivitäten im Bereich von Kultur und Medien oder sozialen Vereinen. Außerdem galt es, private Dinge auf die Reihe zu bekommen: Ausbildung, Beruf, Studium, Beziehungen und Kinder. Einige versuchten, mithilfe des in den Jahren zuvor geschaffenen Netzwerks ein Höchstmaß von Selbstständigkeit und Unabhängigkeit mit einem Broterwerb zu verbinden

und gleichzeitig den Intentionen der VL treu zu bleiben. Einige engagierten sich in anderen politischen Zusammenhängen. So heterogen wie die Mitgliedschaft der VL war, so breit verteilten sich ihre Mitglieder auf CDU, FDP, SPD, Bündnis 90/Grüne, PDS, SAV (Sozialistische Alternative Voran), DKP, Linksruck, Antifa-, Dritte-Welt- und Frauengruppen, Grüne Liga, Gewerkschaften usw. Wie vieles andere aus dem Osten wurde auch die VL abgewickelt, allerdings haben wir das selbst erledigt.

Im Oktober 2013 hat der Verein VL in Berlin die Auflösung beschlossen. Das war notwendig und politisch sinnvoll. Es brauchte keine weitere linke Politsekte mit umfassendem Anspruch. Insofern ist sich die VL in der Sache als Basisbewegung treu geblieben. Im Kontext der politischen Entwicklung in der DDR hat sie als neue Form politischer Bewegung mit ihrem basisdemokratischen linkssozialistischen Programm zu spät erst antreten können und ist ebenso wie die anderen Bürgerbewegungen vom bürgerlich-parlamentarischen Politikbetrieb überrollt worden. Sie konnte nicht genug Menschen dauerhaft binden und auch ihre politische Heterogenität nicht nutzen, weil sie sich anfänglich zu sehr auf die Teilnahme an Wahlen konzentrierte, statt ihren ureigenen Ansätzen zu folgen, den basisdemokratischen Räteideen von direkter Demokratie. Eine Vereinigte Linke hätte Fragen der Gegenwart und Zukunft theoretisch und grundsätzlich analysieren und debattieren müssen und dabei die Vergangenheit nicht links liegen lassen dürfen, um in einer Zeit, in der die Mehrheit der Bevölkerung andere Hoffnungen hatte als den Sozialismus, kampagnenfähig zu werden. Beim Austritt der meisten Linken aus den Grünen, Anfang der 1990er Jahre, hätte eine Organisation «Vereinigte Linke» vielleicht ein linkspolitisch «neutrales» organisatorisches Auffangbecken für Linke außerhalb der PDS sein können mit dem Ziel, eine radikale außerparlamentarische und interventionsfähige linke Organisation aufzubauen. Zu dem

Zeitpunkt aber war die VL schon nicht mehr so handlungsfähig, um von diesen grünen Linken als alternativer politischer Partner wahrgenommen zu werden.

Was bleibt? Eine Zusammenarbeit unterschiedlicher Linker auf breiter Front zu erreichen war den Versuch wert, schon weil es (historisch betrachtet) bisher selten geschehen ist. Es ist niemand aus der VL ausgeschlossen, niemand als Renegat oder Revisionist angeklagt, gebrandmarkt oder gar erschossen worden. Das finde ich beachtlich, wenn ich mir die Geschichte der linken und kommunistischen Bewegung vergegenwärtige. Viele, gerade jüngere VL-Mitglieder sind mit und in der VL politisch nachhaltig sozialisiert worden. Sie haben undogmatische heterogene linke Ansätze kennengelernt und zumindest teilweise konnte deren Tauglichkeit in der realen politischen Praxis ausprobiert werden. Es war eine Bewegung der Basis, die sich, bisweilen auch chaotisch, selbst organisiert hat. Dabei konnten Erfahrungen gesammelt werden, die man sonst nicht gemacht hätte. Neben dem auch dadurch entstandenen Selbstbewusstsein hat dieser partizipatorische und emanzipatorische Prozess viel Spaß gemacht. Auch das ist keine Selbstverständlichkeit.

Epilog: Vereinigte Linke - Solidarität vor Ellenbogengesellschaft

Dreißig Jahre später bleiben Fragen offen: Wieso ist es den Bürgerbewegungen im Herbst 1989 in der DDR nicht gelungen, spätestens nach der Grenzöffnung am 9. November offen die Machtfrage mittels Demonstrationen und Generalstreik zu stellen? Wieso habe alle neuen Bewegungen und Parteien – auch die VL im November 89 – die Regierung Modrow akzeptiert? Wieso haben sie sich auf «Dialogveranstaltungen» und einen Runden Tisch eingelassen und zu vorgezogenen Wahlen «übereinnern» lassen? Wodurch wurde aus der reformerischen Ba-

sisbewegung für einen freiheitlichen und demokratischen Sozialismus in der DDR, also einer politischen «Wende» innerhalb der DDR, ein bürgerliches Projekt der deutschen Einheit in Form eines Anschlusses nach Artikel 23 Grundgesetz der BRD? An welcher Stelle hätte die Initiative für eine Vereinigte Linke politisch anders agieren müssen und war sie dazu damals in der Lage?

In guter VL-Tradition sollten diese Fragen gestellt und Antworten diskutiert werden! Eine vereinigte Linke gibt es in Deutschland weiterhin nicht. Wieso nicht? Was hindert die außerparlamentarische «Restlinke» daran, einen basisdemokratischen pluralen Ansatz wie das Projekt der VL zu erarbeiten? Eine vereinigte Linke müsste sich selbst basisdemokratisch so organisieren, dass sie die politischen und soziokulturellen Interessen ihrer Einzelsubjekte und Organisationen in ihrer gesamten Pluralität vertritt. Sie müsste sich im Rahmen dieser politischen Ansätze und Interessen und den daraus resultierenden Kampf- und Aktionsformen gegenüber einer Mehrheit der Menschen weltweit solidarisch, kritisch und selbstkritisch verhalten.

Zur linken oder kommunistischen (im ursprünglichen Sinn) Bewegung wird sie, wenn ihre Mitglieder erkennen, dass die derzeitige kapitalistische Gesellschaft eine Klassengesellschaft ist, die auf dem antagonistischen Widerspruch von Kapital und Arbeit fußt, der im Kapitalismus nicht aufzuheben ist. Weil die Mehrheit der Menschen weltweit lediglich ihre Arbeitskraft als Ware anzubieten hat (und manchmal nicht einmal das), während eine Minderheit über die Hauptproduktionsmittel verfügt. Inbegriffen in diesen eben nicht nur ökonomischen Grundwiderspruch sind selbstverständlich auch die Widersprüche in der Gleichstellung aller Geschlechter, der Ökologie- und Klimagerechtigkeit, der Gerechtigkeit gegenüber allen Lebensformen und Ethnien und der digitalen Teilhabe aller Gesellschaftsmitglieder.

Wenn sich die menschlichen Subjekte in Lohn- und Transferabhängigkeit bzw. die völlig Mittellosen unübersehbar und aktiv entscheiden, diese Zustände grundsätzlich ökonomisch und politisch infrage zu stellen und zu verändern, um eine klassenlose Gesellschaft und dadurch ihr persönliches Glück im Kontext des persönlichen Glücks aller anderen Gesellschaftssubjekte in diesem Leben und auf dieser Erde zu erreichen, dann schlägt hoffentlich die Stunde einer in ihren Ansätzen, Theorien und Ideen vielfältig reflektierten undogmatischen, freiheitlichen und basisdemokratischen vereinigten Linken.

Es bleibt die Frage, wie sich bis dahin in einer arbeitsteiligen Industrie- und Klassengesellschaft ein soziokultureller politischer Zusammenhang einer vereinigten Linken bzw. der Linken überhaupt sowohl nachhaltig als auch interventionsfähig organisieren und gegebenenfalls revolutionär einbringen kann.

Bedanken möchte ich mich im Kontext der Erarbeitung dieses Textes und den daraus entstandenen Fragestellungen mit Respekt und Hochachtung:

bei Erhard Weinholz (ehemals VL Berlin) für seine fragende Geduld und kenntnisreiche einfühlende Textsensibilität, um aus meinem «Sprachschreibtext» einen hoffentlich lesbaren und interessanten Text zu machen, und für den politischen Diskurs über die historische Funktion der VL;

bei Peter Köppen (Pit) von der Vereinigten Bürgerinitiative für eine solidarische Gesellschaft für seine zeitgeschichtlichen und politischen Einordnungen, Ergänzungen und kritischen Hinweise und hilfreichen dialektischen Fragen; bei Hendrik Mayer für die Puzzlearbeit mit den VL-Materialien zur Produktion des Werkstatt-

berichts und für seine jugendliche Verwegenheit, den Archivalien aus unstrukturierten Zeiten eine nachvollziehbare Ordnung abzuringen (ich verspreche, bei der nächsten «Wende» wird alles mit Datum und Namen versehen und gespeichert!);

bei Stefan Nadolny aus Rostock von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern für sein Engagement, das dieses Projekt erst möglich gemacht hat – für seine Geduld mit uns als Autoren, die in andauernder kreativer Unzufriedenheit mit unseren Texten waren (sind?) und nie fertig wurden.

*Vielen Dank an alle vier für die solidarische Geduld mit dem von mir entworfenen Text, für ihre interessanten Fragen und konstruktiven Hinweise. Für Eure Lebenszeit, die Ihr damit nicht nur mir, sondern vor allem dem authentischen historischen Subjekt «Vereinigte Linke» Rostock und der ehemaligen DDR und damit allen Aktivist*innen von damals gewidmet habt.*

1 Böhleler Plattform, in: Die Aktion 60–63/1990, S. 936–942 **2** Aufruf der Rostocker Initiative Vereinigte Linke, in: Ostsee-Zeitung vom 1.12.1989, abgedruckt in: Die Aktion 60–63/1990, S. 947–955. **3** Vgl. Neues Deutschland vom 21.9.1989. **4** So beispielsweise am 4. Oktober in Dresden anlässlich der Durchfahrt von Zügen mit geflüchteten DDR-Bürger*innen aus der bundesdeutschen Prager Botschaft und am 7. Oktober in Ost-Berlin und anderen DDR-Städten bei den Protesten gegen die Staatsfeierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Gründung der DDR. **5** Siehe www.chronikderwende.de/lexikon/glossar/glossar_jsp?key=cglchinesische+%25f6sung.html. **6** In dem 1951 in der DDR eingeführten Hausbuch wurden die Namen, Geburtsdaten und Berufe der jeweiligen Mieter und Untermieter eines Hauses sowie die Lage der jeweiligen Wohnung verzeichnet; Besucher aus der DDR, die länger als drei Tage blieben, mussten sich beim Hausbuchbeauftragten zwecks Eintrags melden. Bei Besuchern aus dem Ausland – das galt auch für Westdeutsche («Bürger der BRD») und West-Berliner – lag die Meldepflicht bei 24 Stunden nach Ankunft (Quelle: Wikipedia). **7** Neues Deutschland vom 29.9.1989, S. 4. **8** Alle Zitate in: Schmidtbauer, Bernhard: Tage, die Bürger bewegten. Eine Chronik des Umbruchs in Rostock vom August 1989 bis zum Oktober 1990 (Dokumente des Rostocker Umbruchs) 2 Bde., Münster 1991, Bd. 1, S. 66f. **9** Aufruf zu vereinigten Bürgerinitiativen für einen neuen Sozialismus!, in: ebd., Bd. 2, S. 45–48. **10** Vereinigte Linke: Erklärung vom 12./13. Oktober 1989, in: Die Aktion 60–63/1990, S. 952f. **11** Siehe Berichte vom 1. Arbeitstreffen der VL in Berlin am 25./26.11.1989, in: Vereinigte Linke Berlin (Hrsg.): Konferenzreader, o. O. [Berlin] 1989, S. 57–62. **12** Interview von Christoph Klemann, in: Demokrat vom 29.3.1990. **13** Siehe unten, Dokumentenanhang, S. 82–89

**Unser Kopf ist rund, damit
das Denken die Richtung
wechseln
kann**



**FÜR EINE ZUKUNFT DER FREIHEIT UND DEMOKRATIE
GEGEN STALINISMUS UND KAPITALISMUS**

GIB UNSEREM MUTTERLAND EINE CHANCE! WÄHLT

VEREINIGTE LINKE

Kontaktadresse: Haus der Demokratie, Friedrichstr. 165, Berlin 1080.

Hendrik Mayer

«UNSER KOPF IST RUND, DAMIT DAS DENKEN DIE RICHTUNG ÄNDERN KANN»¹

WERKSTATTBERICHT ZUR AUFARBEITUNG VON MATERIALIEN DER VEREINIGTEN LINKEN ROSTOCK

Der nachfolgende Beitrag skizziert (Zwischen-) Ergebnisse der archivalischen Aufbereitung von Materialien der Vereinigten Linken (VL) in Rostock aus den Jahren 1989 bis 1991. Er gibt einen ersten Einblick in diese Überlieferung einer überwiegend sozialistisch orientierten Oppositionsgruppe, die in ihrem Bestreben, eine offene, öffentlich sichtbare Sammlungsbewegung zu werden, anfänglich immer wieder mit Repressionen des Regimes zu rechnen hatte. Wie bereits diese Entstehungsgeschichte vermuten lässt, liegt hier ein ausschnitthaftes, vielfältiges, in Teilen sogar disparates Korpus vor, das gleichwohl die Spannbreite des Agierens dieser heterogenen Oppositionsbewegung aufzeigt. Einzelne Dokumente vermitteln – trotz des überschaubaren Umfangs der Sammlung – weitere Kenntnisse unter anderem zu Diskussionsprozessen einer Bewegung im Zusammenhang sich rasch wandelnder Verhältnisse. Das Korpus lässt deutlich hervortreten, auf welche Weise und mit welchen Konzepten ein bestimmter Teil der sozialistischen Opposition im Herbst 1989 die Grenzen des Lokalen und Konspirativen über-

stark basisdemokratischem Einschlag einen anderen Personenkreis zu mobilisieren vermochte als jene Organisationen, die, im Zeichen der «Wiedervereinigung» tätig, heute zu meist stärkere Beachtung finden.

Vom Ordnen einer Zeit der Unordnung

Der Anspruch, Ordnung in Dokumente und damit Ansätze sowie Organisationsversuche der Monate zwischen September 1989 und Oktober 1990 zu bringen, einer Zeit, deren wesentliches Signum gerade der Verlust vermeintlicher ideologischer Gewissheiten darstellte, ist, wie noch zu zeigen sein wird, auf mehreren Ebenen mit zuweilen erheblichen Herausforderungen konfrontiert.² Insbesondere gilt dies für die Überlieferungen einer Organisation, die an den Prozessen gesellschaftlicher Pluralisierung teilnahm und zugleich die (rückblickend) oft behaupteten eindeutigen Grenzen zwischen reformwilliger Bürgerbewegung und verhärmten SED-Mitgliedern in gewisser Weise überbrückte, indem sie sich beispielsweise frühzeitig offen

zeigte für eine Integration von SED-Mitgliedern, die mit dem Regime gebrochen hatten. Die besondere Position der Vereinigten Linken (VL)³ konnte kaum deutlicher zum Ausdruck kommen als in der Präambel des Statuts, mit

Der Ablösung der SED-Politbürokratie war zwar unbestreitbar gelungen, die Errichtung eines basisdemokratischen Sozialismus in der DDR jedoch nicht verwirklicht worden.

schrift. So gewinnt das Wirken einer Gruppierung Kontur, die gerade wegen ihrer Kritik der Politbürokratie aus der Perspektive eines freiheitlichen, demokratischen Sozialismus mit

dem sich das Bündnis (nach dem Vollzug der Vereinigung 1990) als Verein auf Dauer zu stellen gedachte. In der überlieferten Entwurfsfassung formulierten die Autor*innen:

«Die ‹Initiative Vereinigte Linke› ist eine basisdemokratische Bewegung, entstanden als ein Aktionsbündnis linker Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen unterschiedlicher Anschauungen und Strömungen aus der ehemaligen DDR. In ihr haben sich Sozialisten zusammengefunden, die als Linke in entschiedener Opposition zum stalinistischen System in der DDR standen und im Herbst 1989 gemeinsam mit anderen Linken als Teil der Bürgerbewegung wirkten, um den Sturz des alten Regimes herbeizuführen. Sie ist offen für alle, die heute mit uns der Kapitulation vor neuer Ausbeutung und Sozialabbau begegnen wollen.»⁴

Gerade die stolze und ernüchterte Charakterisierung ihrer eigenen Zielstellung – «Sturz des alten Regimes», verstanden im Sinne einer radikalen Entstalinisierung – stellte die Ansprüche der VL und zugleich die Wahrnehmung eines zumindest temporären Scheiterns heraus: Der Ablösung der SED-Politbürokratie war zwar unbestreitbar gelungen, die Errichtung eines basisdemokratischen Sozialismus in der DDR jedoch nicht verwirklicht und stattdessen ein zügiger Übergang in die Bundesrepublik vollzogen worden.⁵ Insbesondere das Stichwort zur Gründung der VL verwies zudem auf die Herausforderungen, denen sich auch eine

Systematisierung erhalten gebliebener Unterlagen ausgesetzt sieht. Denn wengleich die entstehenden Strukturen in jenen Monaten des Herbstes 1989 zunehmend öffentliche Sphären für sich erschlossen, erinnerte spätestens die zumindest implizite Drohung des Regimes mit einer «chinesischen Lösung» (in Anlehnung an die militärische Intervention der chinesischen KP gegen Demonstrationen auf dem Tiananmen-Platz in Peking) engagierte Aktivist*innen an Maßgaben der Konspiration;⁶ stand ein baldiger Regime-

wechsel doch zumindest vor dem 9. November allenfalls größten Optimist*innen als reale Möglichkeit vor Augen.⁷ Die Verfasser*innen des Statuts beschrieben die VL hier als ein Bündnisprojekt in Gründung, dessen Offenheit und basisdemokratische Orientierung zumindest in den entscheidenden Monaten des Jahres 1989 eine nicht unerhebliche Fluktuation nach sich gezogen haben dürften – die Selbstbezeichnung als «Aktionsbündnis» hebt diesen temporären, behelfsmäßigen Charakter zumindest rückblickend zusätzlich hervor. Daher ist eine konkrete Autorenschaft nicht immer überliefert, blieb die Herkunft eines Dokuments in einigen Fällen uneindeutig; auch ließ das Fehlen von Datumsangaben die anvisierte chronologische Strukturierung letztlich nicht ohne Einschränkungen zu. Während die Repressionsdrohung im Spätherbst 1989 sukzessive an Bedeutung verlor, festigten sich parallel dazu die Strukturen der lokalen VL. Die Bündnisgeflechte im Vorfeld der 1990 anstehenden Wahlen zur Volkskammer der DDR, zu den Kommunalvertretungen, zum Landtag und zum Bundestag mündeten jedoch in erneuten Unschärfen innerhalb der

Die VL gehörte zu jenen Organisationen, die einer Vereinigung bis zuletzt ablehnend gegenüberstanden und nach alternativen Entwicklungspfaden suchten.

Überlieferungen. Zwar unterzeichneten die Urheber*innen nun auch vermehrt interne Rundschreiben; bei Manuskripten, die offenbar zunächst für eine Diskussion in Arbeitsgruppen und Versammlungen bestimmt waren, fehlten hingegen weiterhin eindeutige Datierungen und Hinweise auf Autor*innen.⁸ Zudem gelangten durch die Beteiligung der VL an der organisationsübergreifenden Liste Bündnis 90 externe Dokumente in die Überlieferung,⁹ was neuerlich nach einer stringenter Gliederung der Sammlung(en) fragen ließ.

Denn archivalische Aufbereitung bedeutet nicht bloße Ablage der Unterlagen, sondern ebenso das Strukturieren und Zugänglichmachen des Materials. Diese Unklarheiten mit Blick auf den Entstehungsmoment und bei der Autorenschaft sind für die Zusammenfassung der Dokumente zu Archivgut von nicht unerheblicher Bedeutung, da jeder Eingriff in die innere Ordnung von Überlieferungen die Gefahr birgt, mögliche Verbindungslinien und Diskussionsstränge zu kappen. Das begrenzte Korpus forderte gleichsam dazu auf, eine Zerfaserung desselben zu vermeiden und eine stringente Ordnung einzuziehen.¹⁰ Zu klären war dabei beispielsweise: Inwiefern sollten Protokolle und Manuskripte, die eindeutig den lokalen Strukturen zugeordnet werden können, von Produkten der Öffentlichkeitsarbeit oder Materialien aus dem Bündnis 90 oder aber von Leipziger, Berliner oder auch Hallenser Aktivgruppen der VL getrennt werden? War hier das sachliche Interesse, Diskussionsprozesse möglichst gebündelt verfolgen zu können, stärker zu gewichten als die Orientierung auf die vorrangig lokale Organisation der Bewegung, deren Gruppen sich allerdings durchaus wechselseitig wahrnahmen und miteinander kommunizierten? Letztlich erlaubten Inhalt und Umfang der Überlieferung eine Gruppierung entlang einer Mischung aus Urheberschaftsprinzip und Medienform (siehe Dok. 1).

Im Folgenden werden – neben Hinweisen zur Ordnung – einige Auszüge aus diesem Korpus näher betrachtet, die zugleich Schlaglichter auf die vielfältige Überlieferung zu werfen vermögen: Zunächst umfassen drei der vier gebildeten Aktengruppen, strikt anhand ihres Entstehungszusammenhangs zusammengeführt, lokale bzw. regionale Überlieferungen aus Rostock und anderen Basisgruppen in den drei Nordbezirken¹¹ (I), Dokumente von Regionalgruppen außerhalb des späteren Bundeslands Mecklenburg-Vorpommern sowie des DDR-weiten Zusammenschlusses

(II) und zuletzt einige Materialien assoziierter und anderer Organisationen (III).¹² Von diesem Korpus abgekoppelt wurden Presseerzeugnisse aus dem direkten Umfeld der VL (IV.2 bis IV.4)¹³ und eine ebenfalls überlieferte Ausschnittsammlung regionaler und überregionaler Zeitungsartikel (IV.1).

Die erhalten gebliebenen Unterlagen erlauben es, wie in den folgenden Abschnitten anhand dreier Stichproben zu ersehen ist, viel von jenen historischen Dynamiken zwischen dem Herbst 1989 und der Vereinigung im darauffolgenden Jahr zu erfassen, die sich der populären Erzählung einer «Wiedervereinigung» als Bestandteil der Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik auf regionaler Ebene nicht fügen. Hier werden ebenso Diskussionsprozesse innerhalb der Oppositionsbewegung sichtbar, die in jüngeren Betrachtungen zumeist eher verschüttet sind.¹⁴ Die VL gehörte zu jenen Organisationen, die einer Vereinigung bis zuletzt ablehnend gegenüberstanden und nach alternativen Entwicklungspfaden suchten, auf denen sich die internationale Dynamik des Jahres 1990 – Auflösung des sogenannten Ostblocks, Einführung der Marktwirtschaft, staatliche Vereinigung von DDR und Bundesrepublik – überholen ließ, die jedoch ebenso in zivilgesellschaftlichen Mobilisierungen der folgenden Jahre weitgehend in Vergessenheit gerieten.¹⁵

Ein Blick auf «die allgemein wenig bekannten Wurzeln und Erfahrungen»¹⁶

Bereits im Dezember 1989 hatte eine Gruppe von Aktivist*innen innerhalb der Berliner VL die historisch wie auch aktuell-politisch prekäre Position einer linken progressiven Opposition in der DDR wahrgenommen. Die Vormachtstellung der autoritären SED hatte ihre Traditionen verschüttet; ihre praktische Relevanz wurde ständig durch die dynamischen Ausdifferenzierungen der Bürgerbewegung während des politischen Frühlings im Herbst

1989 infrage gestellt.¹⁷ In dieser Situation entwickelten die VL-Basisgruppen vielfältige politische Ansätze und Konzepte, die zunächst vor allem darauf zielten, kommunalpolitische und basisdemokratische Kompetenzen zu erwerben und so die Teilhabe an Entscheidungsprozessen zu ermöglichen. Sie waren dabei – vielleicht auf den ersten Blick überraschend – wie auch die Bürgerbewegungen insgesamt zunächst stark von ökologischen Diskussionen bestimmt; nicht wenige Mitglieder auch der VL engagierten sich allerdings seit Längerem in diesem Politikfeld. So bezogen Entwürfe zur ökonomischen Entwicklung in erheblichem Maß Umweltfragen ein – die (angestrebte) ökonomische Umwälzung sollte zugleich ein ökologisch geprägter Prozess sein.¹⁸ Zugleich widersetzte sich die VL im Gegensatz zu anderen Teilen der Bürgerbewegung in der DDR konsequent dem lauter werdenden Ruf nach Vereinigung, ging es ihr doch nach wie vor darum, dieses Land im Sinne eines freiheitlich-demokratischen Sozialismus zu revolutionieren.¹⁹

Bevor das Regime gerade in jenem Moment ohne gewaltsamen Widerstand zusammenbrach, als auch seine Kader das Bröckeln seiner Hegemonie nicht mehr leugnen konnten,²⁰ hatte die SED ihren Führungsanspruch²¹ nicht zuletzt durch eine rigide Diskriminierung von Abweichter*innen aus den Reihen der linken Opposition stabilisiert. Insbesondere an den Universitäten in Ost-Berlin und Leipzig kristallisierten sich wiederholt informelle Gruppierungen heraus, die eine Reform des real existierenden Sozialismus anstrebten, ohne dabei die Pfade marxistischer Positionen zu verlassen – ein Engagement, das in mehreren Fällen Parteiausschlüsse und Entlassungen nach sich zog.²² Die sich im Frühherbst 1989 in der Hansestadt Rostock konstituierende Gruppierung der VL hatte ihren Schwerpunkt hingegen gerade nicht an der dortigen Wilhelm-Pieck-Universität,²³ sondern bildete sich in anderen eher informellen Zusammenhän-

gen auf Grundlage der «Böhlener Plattform» heraus.²⁴

Obgleich das Gründungsdatum der Rostocker Basisgruppe anhand der vorliegenden Überlieferung nicht exakt zu bestimmen ist, scheinen erste Schritte spätestens auf den Oktober bzw. Anfang November 1989 datiert werden zu können.²⁵ Am 1. Dezember jedenfalls hat die *Ostsee-Zeitung* zunächst einen förmlichen «Aufruf»²⁶ zur Partizipation abgedruckt (siehe Dok. 2) und wenig später mehrmals auf die Demonstration anlässlich des Besuchs von Helmut Kohl in Dresden im Dezember 1989 aufmerksam gemacht, und damit auf den wohl größten Mobilisierungserfolg der Rostocker Vereinigten Linken, auf den weiter unten noch genauer einzugehen sein wird.²⁷

Bereits der erste gedruckte «Aufruf», der sich zunächst auf wesentliche Elemente der «Böhlener Plattform» und der im November entstandenen Flugschrift «Was will die Vereinigte Linke?» bezog,²⁸ wies auf eine wesentliche Entwicklung der Bürgerbewegung gegen Ende des Jahres 1989 hin, als der Eisernen Vorhang zwar schon gefallen war, das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) jedoch, nun unter anderem Namen agierend, seine gefürchtete Tätigkeit noch keineswegs mit Sicherheit eingestellt hatte:²⁹ In der dritten Spalte der Druckfassung befanden sich gleich vier offenbar private Adressen, über die Kontakt aufgenommen und der Wille zur Teilnahme signalisiert werden konnte. Deutet dieser Schritt auf das auch in der Rostocker Bürgerbewegung inzwischen trotz Obrigkeitsstaat und «staatsautoritäre[r] Zwangsvergesellschaftung»³⁰ entstandene Selbstbewusstsein hin, so ermöglicht die Einbeziehung eines ebenfalls in die Gründungsphase fallenden Dokuments einen Einblick in die inhaltliche Schwerpunktsetzung der Rostocker Strukturen. Denn noch im Dezember 1989 machte sich die Organisation daran, eine eigene Fassung des Papiers «Was will die Vereinigte Linke?» zu erstellen (siehe Dok. 3), das in

mehreren Diskussionsfassungen im Korpus enthalten ist: Die vermutlich erste überlieferte Diskussionsgrundlage – als Durchschlag oder Abklatsch vervielfältigt erhalten geblieben – kann auf etwa Mitte bis Ende Dezember datiert werden, da sie als Kontakt das linke Kommunikationszentrum «Tante Trude» in der Doberaner Straße angibt, welches nach verzögerten Verhandlungen mit der Stadt schließlich Mitte Dezember 1989 besetzt wurde.³¹ Eine in grundlegenden Punkten abweichende Nadeldrucker-Fassung, die bereits einen Verweis auf die Basisgruppen in Güstrow und Erfurt enthielt,³² dürfte nur wenig später entstanden sein, bevor schließlich eine offenbar veröffentlichungswürdige Version am Jahresbeginn 1990 vorlag (siehe Dok. 4), auf der handschriftlich die Adresse des neu eingerichteten Büros der VL in der Ernst-Barlach-Straße 2 als Kontaktanschrift vermerkt worden ist.³³

Wie sich die Kontaktadressen änderten, so gab es offenbar auch Änderungen in den inhaltlichen Positionen. Auf zwei Ebenen gestatten es diese Dokumente, konkrete Diskussionen und regionale Spezifika der VL in Rostock sichtbar zu machen und so Verschiebungen ihrer politischen Schwerpunkte nachzuvollzie-

Nicht zuletzt in Anlehnung an Rosa Luxemburgs Kritik der Sowjetherrschaft wurde eine «Herrschaft der Volksmassen» anvisiert.

hen: Einerseits finden sich am Rand der Texte oder auf ihrer Rückseite verschiedentliche Notizen, welche – so scheint es – Kritik und Hinweise in Stichworten zusammenfassten, die vermutlich in weiteren Bearbeitungen berücksichtigt werden sollten. Ein Vergleich unterschiedlicher Fassungen zeigt andererseits, wie einzelne Textbausteine den Platz wechselten, sich das Vokabular beständig wandelte

und sich inhaltliche Schwerpunkte der Flugschrift veränderten. Besonders die wohl älteste überlieferte Version (siehe Dok. 3) wies dabei zuweilen stark schematisch erscheinende Argumentationslinien auf, die die eingeforderten Reformprozesse in wesentlich größerem Maße als in den folgenden Fassungen transparent aus einem spezifischen Verständnis des Sozialismus ableiteten. Nicht zuletzt in Anlehnung an Rosa Luxemburgs Kritik der Sowjetherrschaft wurde darin eine «Herrschaft der Volksmassen»³⁴ anvisiert, die sich deutlich von der Idee einer «aufgeklärten Bürokratie»³⁵, von der SED also und dem «autoritäre[n] Wohlfahrtsstaat»³⁶ der DDR abhob.

Dabei präsentierte die Politbürokratie der Partei den genauen Gegensatz dieser Vision, indem sie deren zentrales Versprechen nicht nur nicht einlöste, sondern sich – durch die Entwicklung «einer über das Volk gestellten besonderen Kaste»³⁷ – geradezu im Widerspruch zur Realisierung des Sozialismus befand.

Noch bevor der Text genauere Vorstellungen von sozialistischer Demokratie entfaltete, zeigte sich in diesen ersten Zeilen bereits eine Interpretation der erfolgreichen Protestbewegungen in der DDR, die auch reformwilligen Mitgliedern der SED Anknüpfungspunkte bot und zugleich aus der Kritik Berechtigung und Verantwortung der Bürgerbewegung ableitete.³⁸ Denn er forderte nicht allein direkt- und basisdemokratische Strukturen ein, sondern verband sie mit dem Agieren der DDR-Bürger*innen selbst: Der angestrebte Regimewechsel bedeute, «die eigenen Angelegenheiten nicht [mehr; H.M.] aus der Hand zu geben».³⁹ In weit stärkerem Maße als andere Teile dieser Bewegungen orientierte die VL dabei auf den Betrieb als zentralen Ort letztlich rätedemokratischer Aushandlungsstrukturen. Und zwar offenbar auch deshalb, weil sie auf diese Weise hoffen konnte, trotz parlamentarischer Einhegung Bewegungselemente auf Dauer zu stellen.⁴⁰ Im Vergleich zum breiteren Ansatz der «Böhlener Plattform» fällt hier

die Konzentration auf strukturelle Fragen gesellschaftlicher Verfasstheit auf,⁴¹ eine Verengung, die jedoch, wie auf der Rückseite des Dokuments festgehaltene inhaltliche Ergänzungspunkte zeigen, umgehend von anderen Diskutant*innen kritisiert wurde: «Internationalismus», «Kontakte m. Ausländern (Weltoffenheit)», «Behinderte», «(soziale [sic!] Schwache)», «Rätekommunikation (Basisdemokratisch)» und «Souveränität der DDR» seien einzubeziehen.⁴² Diese Aspekte fanden dann auch tatsächlich sukzessive Eingang in spätere Textversionen und Veröffentlichungen der VL.

Eine explizite Begründung des Aufbegehrens selbst wurde bereits gegen Ende des Jahres 1989 gestrichen, der Schwerpunkt in ersten Überarbeitungen vielmehr auf eine Verbreiterung des basisdemokratischen Elements verschoben, das nunmehr nicht nur in den Betrieben, sondern auch durch «Bürgerräte, Schulräte, wie sie in Rostock in den Schulen entstehen, Soldaten- und Gefangenenräte, Verbraucherinitiativen u. a.» zur Geltung kommen sollte.⁴³ Der «Aufruf», den die VL in der *Ostsee-Zeitung* platzieren konnte, enthielt darüber hinaus einen deutlichen Verweis auf die Politikfelder Antifaschismus und Ökologie – Themen, die in den Wahlkampfmaterialien des folgenden Jahres weiter ausdifferenziert wurden, aber im gleichnamigen Text des Berliner Sprecherrats noch keine Rolle spielten.⁴⁴ Zeitgleich rückte die Frage nach einer Vereinigung von Bundesrepublik und DDR – vor allem aufgrund der rasanten Entwicklungen – zunehmend ins Zentrum der Auseinandersetzungen und damit auch der Stellungnahmen der Rostocker VL. Dieser Sachverhalt war, wie nachfolgend zu zeigen sein wird, gerade für das explizit linke Spektrum der Bürgerbewegung in steigendem Maße unübersehbarer Ausdruck einer Krise jener Proteste und Bestrebungen, die in nicht wenigen Texten anderer Rostocker Gruppen bereits zur Revolution erklärt wurden.⁴⁵

Der Auftritt Helmut Kohls in Rostock - Kristallisationspunkt einer Krisenwahrnehmung

Jenseits des breiten thematischen Spektrums, das die VL in Konzeptpapieren, Flugblättern, in den Zeitungen *Bürgerrat* und *plattFORM* sowie im Kontext von Bündnis 90 entfaltete,⁴⁶ erscheint gerade der 9. März 1990 als ein Datum, das gleichermaßen einen inhaltlichen Kristallisationspunkt darstellte,⁴⁷ die Eigenart Rostocks herausstellte und die Vielgestaltigkeit der aufbereiteten Dokumente greifbar zu machen vermag. Bereits der Auftakt zu diesem Happening zeigte jene Verdichtung in der Abfolge der Ereignisse zwischen November 1989 und den unmittelbar bevorstehenden Volkskammerwahlen 1990, mit der offenbar auch die Druckerzeugnisse kaum Schritt hielten: Für den frühen Abend des 9. März hatte das Wahlbündnis Allianz für Deutschland – bestehend aus CDU/CSU, Demokratischem Aufbruch (DA) und der Deutschen Sozialen Union (DSU) – eine Veranstaltung mit Bundeskanzler Helmut Kohl an der Fischerbastion angekündigt.⁴⁸ Die Plakate nannten neben Kohl und den Spitzenkandidaten des Bündnisses Hans-Wilhelm Ebeling (DSU) und Lothar de Maizière (CDU) als weiteren Redner vor dem Hotel Warnow in der Rostocker Innenstadt auch Rechtsanwalt Wolfgang Schnur (DA),⁴⁹ den zeitweiligen Parteivorsitzenden des Demokratischen Aufbruchs, über dessen Aktivitäten für das MfS spätestens zu Beginn des Jahres 1990 vielfältige Gerüchte im Umlauf waren. Bestätigt wurden sie Anfang März durch einen Aktenfund des Unabhängigen Untersuchungsausschusses in Rostock.⁵⁰ Nachdem der Rostocker DA-Vorstand sowie Rainer Eppelmann vom Bundesvorstand am Vormittag in einer kurzfristig einberufenen Pressekonferenz zu den Enthüllungen Stellung bezogen hatten – zu diesem Zeitpunkt verlegte sich der DA noch darauf, alle Vorwürfe zurückzuweisen⁵¹ –, bekam auch die

Wahlveranstaltung eine Eigendynamik, die sie deutlich von vorangegangenen Auftritten der Allianz unterschied. Waren zuvor in Erfurt etwa 100.000 Personen und am 15. März in Leipzig gar bis zu 300.000 Interessierte zu den Veranstaltungen des Parteienbündnisses erschienen, blieb der Zuspruch in Rostock verhalten. ⁵² Das lag nicht allein an der deutlich geringeren Bevölkerungszahl, sondern wahrscheinlich ebenso am sprichwörtlich Charakter des «roten Nordens» ⁵³ sowie insbesondere an den Enthüllungen der erwähnten Aktivitäten Wolfgang Schnurs.

Noch heute verweist die Beschriftung einer Fotografie dieses Wahlkampfauftritts in der Bilddatenbank des Bundesarchivs auf eine scheinbar unverändert positive Wirkung Kohls auf die Anwesenden, die sich an der Fischerbastion angeblich um den Kanzler hatten scharen wollen: «Auf einer Wahlkampfkundgebung der «Allianz für Deutschland» wurde der Bundeskanzler der BRD, Helmut Kohl, von seinen Anhängern stürmisch begrüßt.» ⁵⁴ Ebendas versucht auch die beinahe ikonische Motivik der Aufnahme zu suggerieren. Betrachtet man sie genauer, zeigt sie jedoch ebenso Protest. Denn während sich dem Bundeskanzler im Vordergrund mehrere Hände entgegenstreckten, ist im Hintergrund ein Transparent zu erkennen,

Gerade für die Vereinigte Linke war das Drängen Kohls und der «Allianz» auf zügige Vereinigung stetiger Anstoß zur Mobilisierung.

auf dem Kohl lesen musste: «Einheit mit Kohl-Kopf». Rostocks engagierte Bürger*innen griffen die offenkundig weit von ihren Zählungen entfernte Angabe von mehr als 100.000 Teilnehmer*innen bereits wenig später ironisch auf, indem die *plattFORM* ihre Leser*innen aufforderte, den Blick vom stereotypen Massenbad des Kanzlers an den Rand der Ver-

anstaltung zu verschieben – «[s]chätzen Sie mal» ⁵⁵ (siehe Dok. 5).

Auch den Protagonisten der Kundgebung, Kohl, de Maizière, Ebeling und Eppelmann, dürfte nicht entgangen sein, was Bernhard Schmidtbauer in seiner Chronik rückblickend notierte: Es «regt sich ein massiver Protest von mehreren Tausend Einwohnern mit DDR-Fahnen, Sprechchören, Pfeifen, Schiffssirenen, Plakaten, Kohlköpfen u. a. Wurfgeschossen» ⁵⁶ Gerade für die Vereinigte Linke war das ab Dezember 1989 stärker werdende, bald auch mit praktischen Folgen verbundene Drängen Kohls und der Allianz auf zügige Vereinigung und Übertragung marktwirtschaftlicher Strukturen auf das Gebiet der DDR stetiger Anstoß zur Mobilisierung – wie auch das wohl DDR-weit geklebte Wahlkampfplakat «Lieber rote Rüben als Kohl von drüben!» ⁵⁷ nur zu deutlich unterstrich (siehe Dok. 6). Zwar belegt bislang keine der überlieferten Unterlagen, dass die Rostocker VL sich nach Bekanntwerden der Kohl-Kundgebung aktiv in die Protestvorbereitungen eingeschaltet hätte, doch zeigt ein inzwischen leicht vergilbtes Flugblatt der Hallenser Basisgruppe, dass solche Proteste innerhalb linksoppositioneller Strukturen der Bürgerbewegung schon eine gewisse Tradition besaßen, vor allem aber, dass sich

die VL-Basisgruppen beständig mit Gruppen in anderen Städten austauschten und zugleich weitgehend selbstständig agierten. Bereits für Mitte Dezember 1989 hatte Kohl einem der zentralen Orte jener

Mobilisierung von «unten» einen Besuch angekündigt – zunehmend von der These der inneren Destabilisierung des SED-Regimes überzeugt, die er lebhaft unterstützte. Ebenso deutlich hatte ihn dafür der von ihm so bezeichnete «Pöbel vor dem Schöneberger Rathaus» im November kritisiert. ⁵⁸ Während Kohl vor der Dresdner Frauenkirche erneut

von einer «substanziellen Einheit» der «Deutschen» sprach und offen ihre Vereinigung forderte,⁵⁹ mobilisierte in mehreren Städten insbesondere die linke Opposition gegen eine «KOHlonisierung» der DDR.⁶⁰

In beinahe literarischer Form kamen im Flugblatt aus Halle an der Saale bereits im ersten Satz jene Befürchtungen zusammen, die – nicht allein, aber eben auch – die basisdemokratische linke Opposition mit der Offensive des Bundeskanzlers seit Anfang November verbanden:

«Da kommt er also, ein Gönner der Sozialhilfeempfänger ostdeutscher Nation, umgeben von einer Aura von Coca-Cola-Büchsen und guter Laune, im Vorgefühl der zu erwartenden Huldigungen und als zukünftiger Reichskanzler gewillt, auch den mitteldeutschen Provinzen ein Gefühl nationaler Identität einzuhauchen.»⁶¹

In diesen Zeilen sind drei zentrale Motive zu erkennen, die sich in manchem mit Auffassungen einiger Strömungen der westdeutschen Linken wie auch verschiedener Teile der Bürgerbewegung decken, insgesamt aber wohl VL-spezifisch sind:⁶² (1.) ein deutlich antikapitalistischer Impuls, der sich in der Benennung erwarteter Folgen einer schnellen Angleichung an die wirtschaftliche Struktur der Bundesrepublik («Sozialhilfeempfänger») artikuliert und an das bekannte Emblem eines US-amerikanischen Lebensmittelkonzerns («Aura von Coca-Cola-Büchsen») heftete, und (2.) eine ebenso deutliche Kritik des um sich greifenden nationalen Taumels («ostdeutscher Nation», «Gefühl nationaler Identität»). Ebendiese Bedenken dürften von nicht wenigen anderen Organisationen der Bürgerbewegung – zuweilen als drohende Entwertung eigener Identität verstanden – durchaus geteilt

worden sein.⁶³ Gerade in der abschließenden Formulierung schimmert jedoch eine spezifische Deutung der Bestrebungen «nationaler Vereinigung» durch, die damals zwar in Teilen linksradikaler Strukturen Westdeutschlands eine Konjunktur erlebte,⁶⁴ innerhalb der entstehenden «ostdeutschen» Zivilgesellschaft allerdings kaum verbreitet war. Im «Schweriner Appell vom 18. Dezember 1989» – einem Aufruf teils parteiloser, teils der SDP oder dem Neuen Forum angehörender Aktivist*innen, welche bereits eine «Vereinigung» als politischen Horizont erkannten – war vor einem «Großdeutschland in Vorkriegsgrenzen»⁶⁵ gewarnt worden. Wesentlich stärker kam (3.) die Furcht vor einem revanchistischen Nationalismus allerdings in der Bezeichnung Helmut Kohls als «zukünftiger Reichskanzler»⁶⁶ zum Ausdruck, dessen Protagonist*innen ein «Viertes Reich» zu schaffen trachteten. Spätestens der Verlauf der Wahlkampfveranstaltung am 9. März sollte zeigen, dass sich diese Interpretation kaum als bloße Rhetorik beiseiteschieben ließ.

Nicht allein die Hallenser VL hatte im Vorfeld des Kohl-Besuchs im Dezember mobilisiert. Auch die *Ostsee-Zeitung*, damals noch amtliches Blatt der SED, druckte am 15. Dezember 1989 einen Aufruf der lokalen Basisgruppe, der allerdings weit weniger poetische Züge trug und vor allem eines Großteils der inhaltlichen Standpunkte des Flugblatts aus der Saalestadt entbehrte.⁶⁷ Statt der Warnung vor revanchistischen Bestrebungen und sozialer Deklassierung hatte das Motiv einer «KOHlonisierung» Vorrang; Identitätskonflikte und die antizipierten Folgen einer Umgestaltung nach marktwirtschaftlichen Maßstäben traten hier deutlich hinter dem Souveränitätsanspruch zurück:

«Wir sind für eine souveräne und eigenständige DDR als Alternative zu einer christlich-demokratischen Bevormundung à la Kohl.» (Vereinigte Linke Rostock, 15.12.1989)

«Auch wir in Rostock wollen uns daran [den DDR-weiten Demonstrationen der VL; H.M.] beteiligen und rufen alle friedliebenden, demokratischen Kräfte auf, sich an dieser Demo zu beteiligen. *Wir sind gegen eine Vereinnahmung durch die BRD, da zur Zeit viel zu große wirtschaftliche und soziale Unterschiede zwischen beiden deutschen Staaten bestehen. Wir sind für eine souveräne und eigenständige DDR als Alternative zu einer christlich-demokratischen Bevormundung à la Kohl.*»⁶⁸

Dass sich der Aufruf in Stil und Inhalt erheblich vom Flugblatt zur «Anti-KOHL-Demonstration»⁶⁹ unterschied, dürfte vor allem dem Medium geschuldet sein.⁷⁰ Zudem artikuliert sich an dieser Stelle ein Verlauf der Protestentwicklung, wie ihn bereits Kai Langer beschrieben hat: Zwar blieb der «rote Norden» keineswegs unbewegt, doch traten Slogans, die sich offen auf eine «(Wieder-)Vereinigung» bezogen, zumindest in den größeren Städten (zumal in Rostock) erst gegen Ende des Jahres 1989 verstärkt in Erscheinung – zu einem Zeitpunkt, als in den südlichen Bezirken der DDR jener Ruf nach «Einheit» in den Demonstrationen bereits fest etabliert war.⁷¹ Gleichzeitig nahm die VL innerhalb des sich ausdifferenzierenden und letztlich polarisierenden Spektrums der Zivilgesellschaft in der DDR, wie eingangs ausgeführt, eine spezifische Zwischenposition ein: Sie wandte sich gegen die SED-Politbürokratie, war aber durchaus bereit, umsturzwillige Mitglieder der SED in ihre Organisation einzubeziehen, sie entsprechend anzusprechen.⁷²

Am 18. Dezember hatte die *Ostsee-Zeitung* noch einmal zur Teilnahme aufgerufen,⁷³ am Folgetag entwickelte sich die Demonstration zum wohl größten Mobilisierungserfolg der VL in Rostock: Während in Berlin «mehrere tausend Bürger»⁷⁴ bzw. «mehr als 10.000 Menschen»⁷⁵ oder gar «rund 50.000 vorwiegend junge Menschen»⁷⁶, wie das *Neue Deutschland* schließlich schrieb, zwischen

dem Alexanderplatz und dem Platz der Akademie demonstrierten, beteiligten sich in Rostock – nach Angaben jenes Blattes, das bereits den Aufruf unterstützt hatte – etwa 8.000 Bürger*innen am Demonstrationzug,⁷⁷ der «den umgekehrten, ‹linken› Weg zu unseren üblichen Demos»⁷⁸ um die heutige Einkaufszone nahm. Zwar seien die Teilnehmenden am Ort ihrer Abschlusskundgebung schließlich auf «einige wenige Rostocker, die bei der Marienkirche ihrem Wunsch nach der Einheit beider deutschen Staaten Ausdruck verliehen»,⁷⁹ getroffen, die dominante Positionierung in Rostock schien der Zeitung allerdings zugleich eine ebenso deutliche Möglichkeit zur Aneignung zu bieten: Hatte die *Ostsee-Zeitung* zuvor der Vereinigten Linken ein Podium zur Mobilisierung geboten, vereinnahmte sie nun den Protest, interpretierte ihn als Machtdemonstration des wackelnden Regimes. Deutlich ließ die bereits abgedruckte Fotografie lediglich den Schriftzug «SED-PDS» – gleichsam über der Menge schwebend – auf einem Transparent erkennen, wohingegen andere Aufschriften überdeckt oder vom Blitzlicht geschluckt wurden. Und auch der Artikel selbst wies zwar auf wesentliche Anliegen der Veranstalter*innen hin, betonte allerdings, dass «sich auch zahlreiche Mitglieder der SED-PDS hinter das Anliegen der Vereinigten Linken gestellt hatten».⁸⁰ Inhaltlich resümierte die *Ostsee-Zeitung*, man stimme «dem Sprecher der Vereinigten Linken Rostock Christoph Kelz zu, der [auf der Demonstration] für eine erneuerte DDR, für eine Vertragsgemeinschaft mit der BRD eintrat, sich aber gegen Wiedervereinigung, gegen die Wiederbelebung kapitalistischer Ausbeutungsverhältnisse aussprach. Einmütig solidarisierten sich die Kundgebungsteilnehmer mit dem Volk Rumäniens, dem sie Gewaltfreiheit und Erfolg wünschten.»⁸¹ Dass der Veranstaltungsinhalt sich mit der Parteilinie der SED deckte, ließ sich wohl nur bei konsequenter Ausblendung des anvisier-

ten Weges hin zu einer «erneuerte[n] DDR»⁸² behaupten. Der VL-Sprecher aber begriff dieses grundlegende Umkrempeln politischer Entscheidungsfindung gerade nicht als Politikwechsel einer Avantgardepartei, sondern als umfassenden gesellschaftlichen Diskussionsprozess, wie das überlieferte Redemanuskript hervorhebt:

«Darunter verstehen wir: Kein absolutes Verbot des Gedankens einer Vereinigung beider deutschen Staaten, sondern [wir] erkennen die Offenheit und Gestaltbarkeit von Geschichte an. Das bedeutet, daß wir anerkennen, daß nicht jeder, der die Vereinigung anstrebt, Rechtsradikaler oder Neonazi ist, andererseits bedeutet die Offenheit der Zukunft, daß unser weiterer Weg immer ein Experiment sein wird. Darüber müssen wir jetzt und in Zukunft alle gemeinsam reden. Fahnen schwenken und Sprechchöre auf beiden Seiten helfen uns nicht weiter, sondern sind von links und rechts zur Eskalation von Gewalt mißbrauchbar. [...] Dabei muß für jeden nachvollziehbar sein, daß dieses Land uns gehört und nicht bürokratischen Verwaltungsbeamten [...] Der Begriff der Eigenständigkeit der DDR kann nur mit Leben erfüllt werden, wenn jetzt Interessenvertretungen, die jenseits von Wahlkampf und Parteiengerangel basisdemokratisch die Ziele und Wünsche der Menschen vertreten und realisiert werden. Räte, Kommissionen und Bürgerinitiativen auf kommunaler und betrieblicher Ebene erscheinen uns als die beste Alternative und Form von direkter Demokratie. Nehmen wir unser Schicksal endlich in die eigenen Hände!»⁸³

Die Auseinandersetzungen zwischen Befürworter*innen und Gegner*innen einer Vereinigung mit der Bundesrepublik spielten sich im Dezember 1989 auf einer rein verbalen Ebene ab, in einer im Rückblick kaum noch nachempfindbaren Diskussionsorientierung. Etwa sechs Wochen später hatte sich das Klima politischer Konfrontationen erheblich verändert.

Auch durch die Bürgerbewegung zogen sich inzwischen tiefe politische Gräben. Dennoch war es nur drei Tage vor der für den 9. März geplanten Wahlkampfveranstaltung der Allianz für Deutschland am Rande einer Redaktionssitzung der Zeitung *plattFORM* offenbar zu einer Szene gekommen, die den bisherigen Anspruch des politischen Umgangs geradezu versinnbildlichte und den die Zeitungsverantwortlichen auch umgehend ihren Leser*innen zur Orientierung als Bild anboten: «Können Sie sich vorstellen, daß [...] der Kollege vom Demokratischen Aufbruch der Kollegin von den Vereinigten Linken in den Mantel geholfen hat?»⁸⁴

Die Veranstaltung an der Fischerbastion mit Bundeskanzler Kohl war hingegen in vielerlei Hinsicht gerade von nichtverbalen Auseinandersetzungen geprägt, die im Folgenden etwas ausführlicher dargestellt werden, symbolisieren sie doch deutlich den Wandel der Hegemonie in den Positionen derer, die auf den Straßen stritten, und der Form ihrer Konfrontationen. Bernhard Schmidtbauer hat in seiner Chronik jener Zeit auf vielfältige Formen des Protests hingewiesen, die über das Visuelle und Verbale hinausgingen. So hob er in seinem Eintrag für den 9. März die Auseinandersetzungen zwischen Protestierenden und Skinheads «[a]m Rande und nach Beendigung der Veranstaltung»⁸⁵ hervor.

Insbesondere der linke Flügel der Engagierten in Rostock war spätestens ab Ende Dezember 1989, seit der Einrichtung der «Tante Trude» in der Doberaner Straße, in regelmäßigen Abständen mit Mobilisierungen und zunehmend auch mit gewalttätigen Übergriffen einer sich formierenden politischen Rechten konfrontiert.⁸⁶ Während der Wahlkampfveranstaltung war die Gewaltaffinität nicht allein rechter Skinheads, sondern vieler anderer Kundgebungsteilnehmer*innen kaum mehr verhohlen. Am Rande der Kundgebung hatten sich zunächst auch einige Mitglieder der VL positioniert und unter anderem mit ihrem

Transparent, «auf de[m] sich gerade Herr Kohl mit Messer und Gabel auf eine DDR-Torte zum Supersparpreis stürzen will, nach dem Motto: Ich hab euch zum Fressen gern».⁸⁷ Bezeichnete Kohl die Protestierenden einmal mehr als Pöbel, entstand wenig später ein Gerangel um das Transparent, das einige Jugendliche schließlich herunterrissen. Wichtiger erschienen der Autorin eines Rückblicks in der *plattFORM* allerdings das sich anschließende Wortgefecht und die folgenden Übergriffe, markierten sie doch einen Umschwung in der Protestbewegung und Protestkultur, die insbesondere linken Aktivist*innen deutlich in die Krise geraten zu sein schienen:

«[...] vor allem bei dem, was den [...] abziehenden Linken Rostocks nicht weniger hysterisch aus dem Munde «Erwachsender» an den Kopf geschmettert wurde, lief es mir eiskalt den Rücken runter. – Ihr roten Schweine, grabt schon mal euer Massengrab – Euch müßte man abschlachten – Deutschland den Deutschen – Ausländer und Rote raus – Scheiß Judenschweine [...] Die da so schrien, ließen sie sich nicht in ihrer eignen Feigheit vom alten Regime erniedrigen und erdrücken? Nun haben sie ihre Sprache wiedergefunden. [...] Und auch das: Immer wieder Skins und andere Rechtsextremisten, die die Leute mit Schlägen terrorisieren, versuchen DDR-Fahnen zu entreißen und zu zerstören. Vier «rechte deutsche» Jungs verprügeln ein Mädchen, das sich aus dem Block herausgelöst hatte. Einer zückte sein Messer; ein SMH-Wagen [Schnelle Medizinische Hilfe; H.M.] verließ mit Blaulicht den Wahlkampfport. Als etwa 60 junge Leute an dem linken Kommunikationszentrum «Trude» angekommen waren, sahen sie sich einer etwa 70 Mann starken und zornigen Nazibande gegenüber. Bei der folgenden einseitigen Steinschlacht gingen u. a. auch die Scheiben der MVZ [die *Mecklenburgische Volks-Zeitung* war gerade erst nebenan eingezogen; H.M.] zu Bruch. Auf der linken Seite ließ

sich niemand auf diese plumpe und urzeitliche Provokation ein. Da die Import-Reps [gemeint sind die Republikaner, H.M.], aber auch die hoffnungsvollen jungen DDR-Nazis die «Trude» stürmen wollten, rief man die Polizei zu Hilfe, die ausnahmsweise auch mal – und in überzeugender Ausrüstung und mit Hunden – erschien, worauf die Rechtsradikalen abzogen.»⁸⁸

SED und MfS hatten die Proteste des Herbstes 1989 wiederholt als Ausdruck reaktionärer, zuweilen neonazistischer Bestrebungen bezeichnet. Erkannten nicht wenige bewegte Bürger*innen hierin zunächst eine gezielte Diffamierung ihrer Anliegen durch das Regime, war vielen Engagierten ebenso wenig verborgen geblieben, dass rechte Gewalt insbesondere seit Dezember 1989 auch in Rostock zunehmend um sich griff. In der Darstellung des VL-Mitglieds aus Rostock äußerte sich jedoch eine deutliche Erschütterung, die weit ernster zu nehmen war als die häufig bloß rhetorischen Bezeichnungen durch Vertreter des wankenden Herrschaftsapparats und sich nicht zuletzt mit Zweifeln an den unmittelbaren Folgen des Aufbegehrens vom vorangegangenen Herbst verbanden: Schließlich gehörte so manche(r) «aus dem Antikohl- und Allianzblock [...] zu jenen, die ihre Haut hingehalten haben, als es noch den Kopf hätte kosten können – aber nicht für den Austausch des stalinistischen Betonkopfes gegen einen rechten Hohlkopf».⁸⁹ Nicht wenige, die sich frühzeitig für eine Öffnung, ja für radikale Reformen eingesetzt hatten, fürchteten nunmehr, dass den basisdemokratischen Strömungen die Auswirkungen des vielfältigen Engagements, der erarbeiteten Konzepte, der Diskussionen zunehmend entgleiten würden.

Zwar hatte Michael Mäde (VL Berlin) gegenüber dem *telegraph* unterstrichen,⁹⁰ dass die Teilnahme des Aktionsbündnisses Vereinigte Linke (AVL), so der Name des VL-Bündnisses mit den Nelken,⁹¹ an den Wahlen zur Volkammer vorrangig dazu diene, ihr basisdemo-

kratisches Programm breiter bekannt zu machen, dennoch bedeutete das Ergebnis des Urnengangs neun Tage nach Kohls Auftritt in Rostock nicht allein für die VL eine zweifache Niederlage: Die SED – die sich zuvor bereits in (SED)PDS umbenannt hatte – war zwar abgewählt worden, einzugestehen war allerdings, dass eine Auflösung der DDR kaum noch zu verhindern war und die Bürgerbewegungen selbst in diesem Prozess allenfalls die Rolle von Statist*innen spielen würden. Denn von den 400 Mandaten der künftigen Volkskammer fielen lediglich 21 an ihre Kandidat*innen, die vier Abgeordneten des Aufbruchs hatten sich bereits mit der Allianz dem Weg zur «Einheit» verschrieben.⁹² Deutlich hatte das Votum jenen Umschwung von einer Kritik des Regimes hin zur offenen Forderung nach Vereinigung innerhalb der wenigen Wochen zwischen Maueröffnung und Wahlsonntag dokumentiert.⁹³

«Tschüss!»

Die Bürgerbewegung trat kaum zwei Monate später zu den Kommunal- und bald darauf noch einmal zu Landtags- und Bundestagswahlen an, zuweilen in neuen Bündnissen; Rostocks neuer (Interims-)Oberbürgermeister Kleemann zeigte sich unmittelbar im Anschluss an die Kommunalwahlen zuversichtlich, «daß vor allem das Element der Bürgerbewegung auch in zehn Jahren noch im Rathaus Rostocks spürbar sein sollte»;⁹⁴ und noch einmal knapp eine Woche darauf verbanden sich die einzelnen VL-Basisgruppen in den drei Nordbezirken zu einem Landesverband, um die gemeinsame Arbeit auch formal zu konsolidieren⁹⁵ – und trotzdem: Praktisch hatte das Engagement den Zenit seines direkten gesellschaftlichen Einflusses bereits überschritten.⁹⁶ Das machte sich nicht zuletzt in den Überlieferungen der Vereinigten Linken bemerkbar, die sich für den Sommer vor dem 3. Oktober weitgehend auf die Zeitungen *Bürgerrat*, *plattFORM* bzw. auf

deren ab Juli gemeinsame Ausgabe *Bürgerrat/plattFORM* beschränkte und jenseits der Printpublikationen von Wahlkampf vorbereitungen geprägt blieb. Statt einer weiteren Fokussierung der Bildung rätedemokratischer Strukturen zwang die Dynamik der Ereignisse offenbar auch die VL letztlich in einen mehr oder weniger permanenten Wahlkampf. Gelegentlich finden sich in der Überlieferung noch Einladungen zu Versammlungen oder Vorbereitungstreffen, doch kaum Konzeptdiskussionen, die zu Beginn dominant waren.⁹⁷ War der *Bürgerrat* als Mitteilungsblatt der Vereinigten Bürgerinitiativen für einen neuen Sozialismus entstanden,⁹⁸ so wurde die *plattFORM* von einem deutlich breiteren Bündnis getragen,⁹⁹ das von der VL bis hin zum Demokratischen Aufbruch annähernd dem gesamten Spektrum der Bürgerbewegung in der Hansestadt ein Forum bot.¹⁰⁰ In den beiden Zeitungen selbst zeichnete sich die genannte Dynamik allerdings zunächst nur bedingt ab.

So dokumentierte die *plattFORM* im März 1990 unter anderem den Skandal um den Stadtschulrat Bendlin ausführlich, der versucht hatte, zahlreiche Mitarbeiter*innen des MfS am Runden Tisch vorbei in den Schuldienst zu überführen,¹⁰¹ und kritisierte ebenso den noch amtierenden Oberbürgermeister Schleiff, der wenig geeignet schien, den angestoßenen Demokratisierungsprozess weiterzuführen oder überhaupt anzunehmen – stand im Zentrum der Bürgerbewegung doch nicht zuletzt die Forderung: «die Trennung in Herrschende und Beherrschte»¹⁰² abzubauen. Am 2. April war in der *plattFORM* noch eine Karikatur zum Ansturm der Zivilgesellschaft auf das Rathaus zu sehen, nicht einmal zwei Monate später kommentierte Axel Peters vom Neuen Forum die Auflösung des Runden Tisches mit dem Versprechen weiterer Einmischung, sollte die nun frei gewählte Stadtvertretung sich als unfähig erweisen, jene Demokratisierung weiter voranzutreiben.¹⁰³ Im Selbstverständnis, ein wesentliches Medium dieser Pro-

Es war das resignierende Eingeständnis, dass die Dynamik der Ereignisse jene verbliebenen Mitstreiter*innen der Zeitung überholt und vom Zentrum an den Rand gedrängt hatte.

zesse zu sein, versammelte die Zeitung auch weiterhin ein breites Spektrum von Organisationsmeldungen, kulturpolitischen Berichten, Artikeln zu sexueller Selbstbestimmung, insbesondere von ökologischen und kommunalpolitischen Vorschlägen sowie diverse Diskussionsbeiträge.¹⁰⁴ Mitglieder der Rostocker VL-Basisgruppe steuerten – neben den vielen Karikaturen Walter Medlers und einigen Meldungen von Christoph Kelz zu den Zeitungen selbst – vor allem Artikel zur Kommunal- und Landespolitik,¹⁰⁵ zu Entwicklungen in der Bewegungs- und Parteienlandschaft,¹⁰⁶ zu Jugendclubs¹⁰⁷ und möglichen Positionen gegenüber den Dynamiken der «Wende»¹⁰⁸ sowie dem weiteren Wahlkampfgeschehen bei.¹⁰⁹ Das konkrete Verhältnis der fragmentierten Bürgerbewegung des Jahres 1990 gegenüber der näher rückenden Vereinigung von Bundesrepublik und Deutscher Demokratischer Republik blieb zwischen den Polen des Demokratischen Aufbruchs und des Neuen Forums einerseits und insbesondere der VL andererseits bis zuletzt von Ambivalenzen durchzogen: Während in der letzten Ausgabe der Zeitung *Bürgerrat/plattFORM* vom 5. Oktober 1990 eine Gesprächsrunde zu «Chancen für ein bürgerbewegtes Mecklenburg/Vorpommern» noch eine «Periode außerparlamentarischer Arbeit» prognostizierte,¹¹⁰ hob eine «Anzeige» auf dem Titelblatt der Zeitung auf den umstandslosen Übertritt in kapitalistische Verhältnisse ab – erinnert wurde dort an das Leid auf einem Großteil des Planeten, von dem sich die DDR-Gesellschaft nunmehr lediglich durch den Anschluss an die Seite der Ausbeutenden freigekauft habe (siehe Dok. 7). Es war das resignierende Eingeständnis, dass die Dynamik der Ereignisse jene verbliebenen Mitstreiter*innen der Zeitung überholt und

vom Zentrum an den Rand gedrängt hatte. Ebenso bissig wie die Karikatur der DDR-Gesellschaft als Narr, der sowohl den SED-Staat als auch die basisdemokratischen Strukturen der Bürgerbewegung fallen lässt, fiel die Kritik des begleitenden Textes aus: Beim Regimewechsel seien binnen eines guten Jahres all jene Hoffnungen auf demokratische Erneuerung von «unten», die die Engagierten zunächst beflügelt hatten, auf absehbare Zeit enttäuscht worden. Ein wenig ratlos fragte sich ein Autor auf Seite 8 schließlich:

«Der Sieg des Kapitalismus über den Sozialismus, der keiner war, ist zu glatt und perfekt. Das neue System der scheinbaren Freiheit ist tausendmal besser als das der gerade überwundenen menschenverachtenden Demagogen, aber ist es die Lösung für die Zukunft? Ist es nur mein persönliches Problem, unzufrieden zu sein, zu gerne würde ich wissen, was in gut 9 Jahren zur Jahrtausendwende über den 3. Oktober 1990 in den Geschichtsbüchern steht.»¹¹¹

Fazit

Im Gegensatz zu den noch im Oktober 1990 formulierten Hoffnungen resümierte das einzige deutlich später entstandene Dokument in den Überlieferungen der Vereinigten Linken Rostock – ein Bericht der *Jungen Welt* über die formale Auflösung der VL im Jahr 2013 –, die Dynamiken gesellschaftlicher Desintegration seien dafür verantwortlich gewesen, dass die meisten VL-Basisgruppen bereits gegen Ende des Jahres 1990 im Verschwinden begriffen waren.¹¹²

Obschon dieses Urteil stark vereinfachend und in seinem Blick zu einseitig erscheint, so traf es doch möglicherweise ungewollt einen zentralen Aspekt: Die VL war offenkun-

dig – wie viele andere Organisationen – nicht in der Lage, sich in dem komplexen Geflecht zunehmend konkurrierender Strömungen der Bürgerbewegung und der neu entstehenden Parteienlandschaft dauerhaft zu erhalten. Allerdings hatte nicht zuletzt Thomas Klein wiederholt darauf aufmerksam gemacht, dass die Marginalisierung der Vereinigten Linken nicht erst nach dem 3. Oktober 1990 eingesetzt habe, sondern bereits mit der Jahreswende 1989/90, mit dem Umschwung in den Forderungen der Massendemonstrationen und eines Teils der bewegten Bürger*innen.¹¹³ Das gilt, wenn auch zeitlich etwas verzögert, ebenso für den vermeintlich «roten Norden» und spiegelt sich in dem hier untersuchten Korpus überlieferter Dokumente.

Diese Überlieferungen der Vereinigten Linken in Rostock legen den Blick auf einen in den Betrachtungen zu 1989/90 nicht allein in

Mecklenburg-Vorpommern bislang deutlich unterrepräsentierten, auch historiographisch weitgehend marginalisierten Aspekt dieses Moments eines gesellschaftlichen Aufbruchs frei: den kurzen Frühling im Herbst 1989, der in den ersten Monaten ein Experimentierfeld unterschiedlichster Ansätze möglichst herrschaftsarmer gesellschaftlicher Strukturen war, zu denen das basisdemokratische Modell der VL zählte. Gerade die hier nur am Rande berücksichtigten Konzeptdiskussionen, in denen um Fragen nach einer Übersetzung komplizierter gesellschaftlicher Diagnosen und Perspektiven in eine kommunizierbare Form gerungen wurde, bieten dabei Einblicke in das durchaus heterogene Spektrum einer Kritik von links am real existierenden Sozialismus ostdeutscher Provenienz, die bis in die Gegenwart tatsächlich, wie die *Junge Welt* rückblickend formulierte, «weitgehend ungehört» blieb.

1 Das Bonmot wird dem umstrittenen französischen Künstler Francis Picabia zugeschrieben; vgl. Picabia, Francis: *Unser Kopf ist rund, damit das Denken die Richtung wechseln kann. Aphorismen*, Hamburg 1985, S. 17. **2** Einen Versuch mit Blick auf die entstehenden Strukturen in Rostock unternahm, auch mit Bezug auf die Vereinigte Linke: Schmidtbauer, Bernhard: *Tage, die Bürger bewegten. Eine Chronik des Umbruchs in Rostock vom August 1989 bis zum Oktober 1990* (Dokumente des Rostocker Umbruchs, Bd. 1), Rostock 1991. Wenig später in systematisierter Form auch als dessen Dissertation erschienen: Schmidtbauer, Bernhard: *Im Prinzip Hoffnung» – Die ostdeutsche Bürgerbewegung und ihr Beitrag zum Umbruch 1989/90*. Das Beispiel Rostock, Diss., Universität Rostock 1996. Als Standardwerk für die Entwicklungen in den drei Nordbezirken gilt Langer, Kai: «Ihr sollt wissen, daß der Norden nicht schläft ...». Zur Geschichte der «Wende» in den drei Nordbezirken der DDR (Quellen und Studien aus den Landesarchiven Mecklenburg-Vorpommerns), Bremen 1999. **3** Zunächst als «Initiative für eine Vereinigte Linke» gegründet, findet sich im Zuge struktureller Konsolidierung vielfach lediglich die Bezeichnung «Vereinigte Linke». Beide Bezeichnungen werden im Folgenden synonym behandelt. **4** Statut der Vereinigten Linken, in: Archiv der Vereinigten Linken Rostock [im Folgenden: ArchVL Rostock], DDR-weite Koordination II/1,1. **5** Die VL hatte zwar eine umfangreiche Neuverteilung gesellschaftlicher Herrschaft anvisiert, sich jedoch gegen ein Zusammengehen mit der Bundesrepublik stets verwahrt. Rückblickend reflektierte diese Entwicklung u. a. Klein, Thomas: *Linke in Deutschland. Versuch einer Bilanz nach 20 Jahren*, in: telegraph 120–121/2009, unter: <http://telegraph.cc/archiv/telegraph-120-121/linke-in-deutschland-versuch-einer-bilanz-nach-20-jahren/>. Mit Abstrichen auch: Bedszent, Gerd: *Weitgehend ungehört*, in: *Junge Welt* vom 22.10.2013. **6** Eine Durchsicht von Reaktionen in den Nordbezirken der DDR bietet Langer: *Ihr sollt wissen* (wie Anm. 2), S. 145–150. Noch am 10. Oktober hieß es in einem Artikel auf der Titelseite der *Ostsee-Zeitung* anlässlich des Besuchs einer chinesischen Delegation in Berlin: «Die Gesprächspartner stimmten darin überein, daß in der Gegenwart ein besonders aggressives antiozialistisches Auftreten des imperialistischen Klassengegners mit dem Ziel, die sozialistische Entwicklung umzukehren, zu beobachten sei.

In diesem Sinne bestehe eine grundsätzliche Lehre aus dem konterrevolutionären Aufruhr in Peking sowie der gegenwärtigen Hetzkampagne gegen die DDR und andere sozialistische Staaten darin, unbeirrt an den Grundwerten des Sozialismus festzuhalten und gleichzeitig die sozialistische Gesellschaft ständig weiter zu vervollkommen. Das könne aber nur mit der Durchsetzung der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei geschehen» (China steht fest an der Seite der SED und der DDR, in: *Ostsee-Zeitung* vom 10.10.1989, S. 1). **7** In durchaus autobiografischen Reflexionen beschrieben dies u. a. Poutrus, Patrice G.: *Noch eine Vergangenheit, die nicht vergeht. Mein schwieriger Weg vom Zeiteugen zum Zeithistoriker*, in: Heitzer, Enrico (Hrsg.): *Nach Auschwitz: Schwieriges Erbe der DDR. Plädoyer für einen Paradigmenwechsel in der DDR-Zeitgeschichtsforschung*, Frankfurt a.M. 2018, S. 276–291, hier S. 277 f.; Mau, Steffen: *Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft*, Frankfurt a.M. 2019, S. 1, 113–116. **8** Ein Beispiel für die zuweilen aufwendige Prozedur zur chronologischen Ordnung bietet die erste Stichprobe, zur Entstehung der Rostocker VL. **9** Wenngleich kein explizites Gründungsdokument des Wahlbündnisses in den bearbeiteten Unterlagen enthalten ist, findet sich dort doch eine Einladung des VL-Landesgeschäftsführers und Mitglieds im Sprecherrat, Harry Körber, zu einem Treffen am 25. August 1990, in der er die Entscheidung für das Zusammengehen folgendermaßen charakterisierte: «Da wir es so gewollt haben und es wohl auch für uns eine Chance ist, aus unserem Alltagstrott herauszukommen, werden wir nun mit den Grünen und dem Bündnis 90 (Demokratie Jetzt, UFV, IFM) als Mitglied letzteren Bündnisses zur Wahl antreten. Mit vollem Namen, was zum einen ein Gewinn ist gegen alle «Linksgegner» in den genannten Gruppierungen, was aber auch eine Gefahr ist, zu stark in eine Befürwortung des neu etablierten Systems hineinzugeraten bzw. sich in der Kritik auf eingefahrene ökologische Gleise zu bewegen» (Körber, Harry: *Rundschreiben*, in: ArchVL Rostock, VL-Basisgruppe Rostock I). **10** Die im Verlauf der Ordnungsarbeiten aufgetretenen Hinweise auf weitere Dokumentensammlungen in Güstrow und Schwerin werden dieses Korpus mittelfristig zwar unter Umständen erheblich erweitern, lassen sich jedoch vermutlich ebenfalls in den Bestand integrieren, ohne dabei eine fundamentale Veränderung an dessen Grundstrukturierung

vornehmen zu müssen. **11** Die Bezeichnung Mecklenburg-Vorpommern ist hier historisch etwas unscharf, da eine territoriale Gliederung in Bundesländer erst im Zuge der Vereinigung vorgenommen wurde. Zuvor existierte nicht ein Bundesland, sondern es gab die drei Nordbezirke Rostock, Schwerin und Neubrandenburg. Da die Überlieferungen sich teilweise dieser (zeitlichen) Einteilung entzogen, wird hier auf die spätere Bezeichnung zurückgegriffen; vgl. Mrotzek, Fred: *Bewegende Anfänge. Die Neugründung des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern – ein Sonderfall*, in: Creuzberger, Stefan u. a. (Hrsg.): *Land im Umbruch. Mecklenburg-Vorpommern nach dem Ende der DDR (Diktatur und Demokratie im 20. Jahrhundert)*, Berlin 2018, S. 11–22. Dass auch dieser Prozess keineswegs konfliktfrei verlief, betonte u. a. Langer: *Ihr sollt wissen* [wie Anm. 2], S. 246–248. **12** Da die letzte Dokumentengruppe über verhältnismäßig wenige Unterlagen verfügte, ist hier zunächst von einer weiteren Ausdifferenzierung abgesehen worden. **13** Vgl. zur Entstehung der Zeitungen die abschließende Stichprobe neben dem Beitrag von Christoph Kelz in diesem Band. **14** Zusammenfassend zu dieser Erzählung jüngst neben den instruktiven Darstellungen Jarauschs: Sabrow, Martin: «1989» als Erzählung, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 35–37/2019, S. 25–33; Jarausch, Konrad H.: *Beyond the national narrative*, in: *Historical Social Research* 24/2012, S. 327–346; Jarausch, Konrad H.: *Die Krise der nationalen Meistererzählungen*, in: *Historical Social Research* 24/2012, S. 273–291. **15** Zwar existieren Beiträge zur Vereinigten Linken in mehreren Werken zur Oppositionsbewegung in der DDR; gerade in einigen regionalen Arbeiten ist ihre Ausprägung hingegen auffällig. Während Schmidtbauer und Langer deren Engagement zum Teil umfassend dokumentierten, ist in einem rückblickenden Sammelband des universitätseigenen Verlages kein Beitrag zur VL zu finden und eine Fotoausstellung der Dokumentationsstelle in der ehemaligen Rostocker Untersuchungsanstalt des MfS kennt diese Organisation offenbar nicht. Archivar Bodo Keipke dagegen erwähnt die VL im Kontext der entstehenden Bürgerbewegung; vgl. Universität Rostock (Hrsg.): *Herbst 89 – Die Wende in Rostock. Zeitzeugen erinnern sich*, Rostock 1999; Müller, Werner u. a. (Hrsg.): *Bilder des Umbruchs. Katalog zur Fotoausstellung*, Schwerin 2000; Keipke, Bodo: *Die Wende und das Ende der DDR in Rostock. Oktober 1989 bis Juni 1990*, in: Schröder, Karsten (Hrsg.): *Rostocks Stadtgeschichte. Von den Anfängen bis in die Gegenwart*, Rostock 2013, S. 351–362, hier S. 355. **16** Bormann, Beate: Für ein «linkes Dokumentationszentrum», in: ArchVL Rostock, DDR-weite Koordination II/1,2, fol. 2, S. 1. **17** Ebd.; Bormann, Beate: *Liebe Freunde!*, in: ArchVL Rostock, DDR-weite Koordination II/1,2. Das Schreiben der Berliner*innen dürfte einem breiteren Publikum in Rostock vor allem infolge der Veröffentlichung in der Zeitung *plattFORM* bekannt geworden sein; Bormann, Beate: Für ein «linkes Dokumentationszentrum», in: *plattFORM* vom 20.3.1990, S. 8; auch abgedruckt in einer Sonderausgabe der Zeitschrift *Die Aktion* im Jahr 1990; vgl. Geschichtsgruppe der «Initiative für eine Vereinigte Linke»: *Zur Gründung eines Archivs vom 18. November 1989*, in: *Die Aktion* 60–63/1990, S. 961 f. Einen breiteren Blick auf die Geschichte(n) linker Oppositionen gegen die stalinistische DDR findet sich u. a. in den Veröffentlichungen Thomas Kleins und jüngst auch Bernd Gehrkes; vgl. Klein, Thomas: «Für die Einheit und Reinheit der Partei». Die innerparteilichen Kontrollorgane der SED in der Ära Ulbricht, Köln 2002, unter: https://zeitgeschichte-digital.de/doks/frontdoor/deliver/index/docId/1022/file/klein_einheit_reinheit_partei_2002_de.pdf. Vgl. auch Gehrke, Bernd u. a. (Hrsg.): «... Feindlich-negative Elemente ...». Regression gegen linke und emanzipatorische Bewegungen in der DDR, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Materialien 29, Berlin 2019, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Materialien/Materialien29_feindl-negative_Elemente.pdf. **18** Hierbei ist allerdings gleichsam nicht von einer bloß strategischen Übernahme populärer Inhalte auszugehen, vielmehr hatten die Mitglieder der VL selbst nicht selten einen politischen Hintergrund in Diskussionszusammenhängen verschiedenster ökologischer Strukturen. Neben dem Beitrag von Christoph Kelz in diesem Band widmete sich insbesondere Bernhard Schmidtbauer in seiner Dissertation einer ersten Sichtung der politischen Ausrichtung auch der VL in Rostock; Schmidtbauer: «Im Prinzip

Hoffnung» [wie Anm. 2], S. 165–176. **19** Zur Verwendung des Revolutionsbegriffs durch die VL siehe unten, Anm. 48. **20** Baudrillard glaubte in den Demokratiebestrebungen in Mittel- und Osteuropa gar eine gewisse Parallele zum Jahr 1968 in der westlichen Welt zu erkennen; vgl. Baudrillard, Jean: *The Illusion of the End*, Stanford, CA 1994, S. 38. **21** Fixiert war dieser «Führungsanspruch» seit 1968 in Artikel 1 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik. **22** So war auch das spätere VL-Mitglied Bernd Gehrke bereits Ende der 1970er Jahre im Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften in diesem Kontext aufgefallen und mit Repressionen überzogen worden; vgl. Wielgohs, Jan: *Die Vereinigte Linke. Zwischen Tradition und Experiment*, in: Müller-Enbergs, Helmut u. a. (Hrsg.): *Von der Illegalität ins Parlament. Werdegang und Konzepte der neuen Bürgerbewegung*. 2. Aufl., Berlin 1992, S. 283–306, hier S. 284. Thomas Klein, später zeitweiliges Mitglied der Volkskammer der DDR, wurde im Juni 1989 durch das MfS gar zum Kreis der wesentlichen «Initiatoren/Organisatoren» der Opposition im Land gezählt; zit. nach: Mitter, Armin/Wolle, Stefan (Hrsg.): »Ich liebe euch doch alle!« Befehle und Lageberichte des MfS. Januar–November 1989, Berlin 1990, S. 48. **23** Zwar stammten einige ihrer Mitglieder aus den Bereichen der Lateinamerikawissenschaften, der Germanistik und Mathematik, doch betont Schmidtbauer: «Im Gegensatz zu allen anderen Bürgerbewegungen ist bei der VL das Verhältnis zwischen Intelligenz u. a. Berufen ausgewogener, obwohl sich in Rostock die meisten Mitglieder noch in der Ausbildung befanden. Trotzdem ist der relativ hohe Anteil von Facharbeitern auffällig» (Schmidtbauer: «Im Prinzip Hoffnung» [wie Anm. 2], S. 168). An der Rostocker Universität hatten sich ganz unterschiedliche Gruppierungen herausgebildet, die auf zum Teil umfangreiche Veränderungen drangen. Es gab vielfältige Kontakte untereinander und auch zur VL, doch bildeten sie zu keinem Zeitpunkt einen Kern der hier betrachteten Organisation; vgl. u. a. die Aufrufe in der Rostocker Universitätszeitung vom 31.1.1990. **24** Auf die anhand der Überlieferungen schwer rekonstruierbare Gründungsgeschichte der VL-Rostock geht Christoph Kelz in diesem Band ein. **25** Auch die Flugschrift «Böhlerer Plattform», die als eine wesentliche Referenz früherer Texte der Rostocker Basisgruppe gedient haben dürfte, war im September des Jahres erschienen; in offiziellen Verlautbarungen der DDR-weiten Organisation ist die Gruppe aus Rostock bereits Anfang Dezember erwähnt worden. Das Korpus selbst enthält zudem Dokumente zur Gründung von Basisgruppen in Güstrow und Erfurt; sie wurden in einem ersten Zeitungsartikel ebenso wie in frühen Veröffentlichungen der DDR-weiten Struktur nicht erwähnt, aber zumindest der Güstrower Gruppierung war wohl auch die Existenz einer Gruppe in Rostock zunächst unbekannt bzw. wurde geflissentlich übergangen, gab diese doch als Kontakt ein Postfach an, das souverän «Mecklenburger «Vereinigte Linke» heißen sollte; vgl. Böhlerer Plattform. Mitteilung über ein Treffen von Vertretern verschiedener Tendenzen, in: *Die Aktion* 60–63/1990, S. 936–942; *Vereinigte Linke: Was will die Vereinigte Linke?*, in: ebd., S. 934–936; *Vereinigte Linke Mecklenburg/Güstrow: Aufruf der «Vereinigten Linke» Mecklenburg/Güstrow*, in: ArchVL, VL-Basisgruppen in «Mecklenburg-Vorpommern» II/2,3; *Initiativgruppe Erfurt «Für eine Vereinigte Linke»: Aufruf zur Bildung der Vereinigten Linken Erfurt*, in: ArchVL Rostock, Basisgruppen außerhalb «Mecklenburg-Vorpommerns» II/2,2. Schmidtbauer datierte den Aufruf (siehe Dok. 4) gar auf Oktober, gab allerdings an, dass dieser in der Zeitung *Der Demokrat* erschienen sei; in der *Ostsee-Zeitung* ist der Text am 1. Dezember 1989 veröffentlicht worden. Gleichzeitig bleibt festzuhalten, dass auch die VL sich in Rostock wohl in der Phase einer «Konstituierung» der Bürgerbewegung herausbildete; vgl. Schmidtbauer: «Im Prinzip Hoffnung» [wie Anm. 2], S. 71, 171; Schmidtbauer, Bernhard: *Dokumente des Rostocker Umbruchs. Ausgewählte Dokumente zur Chronik des Umbruchs in Rostock vom August 1989 bis zum Oktober 1990*. Rostock 1991 (Tage, die Bürger bewegten, Bd. 2), S. 15. Der Umstand, dass mehrere Aktivist*innen der VL den «Aufruf zur Vereinigten Bürgerinitiativen für einen neuen Sozialismus» Ende November nicht mit einer Organisationsbezeichnung unterzeichneten, dürfte zu vernachlässigen sein; vgl. ebd., S. 45–48; ebenfalls abgedruckt in der ersten Ausgabe der Rostocker Zeitung *Bürgerрат* vom 7.12.1989, S. 7. **26** Aufruf der Rostocker Initiative Vereinigte Linke,

in: Ostsee-Zeitung vom 1. 12. 1989, S. 8. Wortgleich hatte diesen Text auch die Güstrower VL-Basisgruppe als Aufruf veröffentlicht: Vereinigte Linke Mecklenburg/Güstrow [wie Anm. 25]. **27** Den Überlieferungen hierzu widmet sich insbesondere der nachfolgende Abschnitt. **28** Siehe oben, Anm. 25. **29** Zwar hatte die Volkskammer am 18. November 1989 einer Umbenennung in Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) zugestimmt, womit zugleich eine Beschränkung des Apparats verbunden war, und beendeten die Besetzungen der MfS-Zentralen in Erfurt, Rostock, Leipzig und Suhl dessen nicht zuletzt mit der Vernichtung von Unterlagen ausgefüllte Aktivitäten, allerdings war damit, wie auch die Bürgerbewegung betonte, die Maschinerie des MfS noch keineswegs endgültig zerschlagen – Versuche der Mordrow-Regierung, auch das neue Amt durch einen weiteren Namenswechsel zu sichern, waren deshalb von erneuten Protesten begleitet. Im Januar wurde schließlich die Fortführung der Arbeiten in der Berliner Normannenstraße qua Besetzung beendet. Die VL kritisierte eine Veröffentlichung der Volkspolizei in der *Ostsee-Zeitung*, in der sie noch am 17. Januar 1990 zur Denunziation politischer «Extremisten» aufrief; Kontakttelefon 03862470, in: Ostsee-Zeitung, vom 17. Januar 1990, S. 2. Die Reaktion der VL erfolgte umgehend: Kelz, Christoph: Links und Rechts zur Jagd freigegeben?, in: Ostsee-Zeitung vom 21. 1. 1990, S. 2. Zum Ende der Tätigkeiten des MfS in den drei Nordbezirken vgl. Höffer, Volker: «Der Gegner hat Kraft». MfS und SED im Bezirk Rostock (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen), Berlin 1997, S. 47–58, unter: www.nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0292-97839421306229; Frank, Rahel u. a.: Die Auflösung. Das Ende der Staatssicherheit in den drei Nordbezirken, Schwerin 2010. **30** Klein, Thomas: Thesen zur politischen Systemanalyse realsozialistischer Gesellschaften am Beispiel der ehemaligen DDR, in: ArchVL Rostock, DDR-weite Koordination II/1,2, fol. 3, S. 1. **31** Das zunehmend bekannte Kommunikationszentrum wurde, wie es in einer Art Nachruf hieß, am 16. Dezember 1989 besetzt; siehe unten, Anm. 89. Vgl. Vereinigte Linke Rostock: Was will die Vereinigte Linke? (1), in: ArchVL Rostock, VL-Basisgruppe Rostock I/2,1. **32** Vgl. Vereinigte Linke Rostock: Was will die Vereinigte Linke? (2), in: ebd. **33** Vgl. Vereinigte Linke Rostock: Was will die Vereinigte Linke? (3), in: ebd. Es ist allerdings nicht auszuschließen, dass bereits Mitte Dezember Vorformen dieser Version in Umlauf kamen. Schmidtbauer beispielsweise datiert diese Version auf «Dezember 1989»; Schmidtbauer: Tage, die Bürger bewegten (2) [wie Anm. 25], S. 91. In diese bald «Haus der Demokratie» genannte Adresse zogen ab dem 13. Januar 1990 mehrere Gruppen aus dem breiten Spektrum der Bürgerbewegungen. **34** Vereinigte Linke Rostock: Was will die Vereinigte Linke? (1) [wie Anm. 31], S. 1. **35** Klein: Thesen [wie Anm. 30], S. 2. **36** Ebd. **37** Vereinigte Linke Rostock: Was will die Vereinigte Linke? (1) [wie Anm. 31], S. 1. **38** Verhättern ist dies in der Einleitung des «Aufrufs» in der *Ostsee-Zeitung* formuliert. Die SED habe eine «Apparatcherrschaft praktiziert, die möglicherweise in einer bestimmten historischen Phase eine Berechtigung hatte, die aber nicht das Ziel einer sozialistischen Revolution sein kann» (Aufruf der Rostocker Initiative Vereinigte Linke [wie Anm. 25]). **39** Vereinigte Linke Rostock, Was will die Vereinigte Linke? (1) [wie Anm. 31]. **40** Ansätze einer Mobilisierung in diesem Bereich bot ein knapper Bericht über die Bildung von Selbstvertretungen der Arbeitnehmer*innen im VEB Bootsbau Eikboom, an denen auch ein Mitglied der VL-Rostock beteiligt war; vgl. Falk, Wolf: Für eine eigenständige Interessenvertretung der Werktätigen, in: ArchVL Rostock, VL-Basisgruppe Rostock I/2,2. – Auch in den Wahlkämpfen des folgenden Jahres entstanden mehrere lokale Flugblätter, die explizit auf derartige Entwicklungen orientierten, wohingegen sich die gemeinsame Wahlkampfezeitung anlässlich der Volkskammerwahlen vorrangig mit der Frage der Souveränität der DDR und den möglichen Folgen einer Vereinigung beschäftigte. Vereinigte Linke Rostock: Belegschaftsrechte vor Unternehmerprivilegien, in: ebd.; Vereinigte Linke/Die Nelken: Wahl aktuell, in: ArchVL Rostock, DDR-weite Koordination II/1,2. **41** Vgl. Böhler Plattform [wie Anm. 25], S. 939. **42** Vereinigte Linke Rostock: Was will die Vereinigte Linke? (1) [wie Anm. 31], S. 2. **43** Vereinigte Linke Rostock: Was will die Vereinigte Linke? (2) [wie Anm. 32]. Gleichzeitig dürfte sich diese Anpassung zumindest teilweise aus der politischen Praxis

der Gruppe ergeben haben. Denn gerade der geringe Altersdurchschnitt der Mitglieder lässt eine effektive Mobilisierung in den Betrieben als wenig aussichtsreiches Unterfangen erscheinen. In seiner Aufstellung zur sozialen Zusammensetzung der 53 von ihm erfassten Mitglieder betont Schmidtbauer, «dominierten eindeutig die Altersgruppen unter 18 Jahren» (Schmidtbauer: «Im Prinzip Hoffnung» [wie Anm. 2], S. 168). Den Hinweis zum Hintergrund dieser Erweiterung ihrer Praxis verdanke ich Christoph Kelz. **44** Insbesondere ein mit Zeichnungen Walter Medlers versehenes Programm für die Kommunalwahlen orientierte auf ein stark erweitertes politisches Feld; vgl. Vereinigte Linke Rostock: Kommunalpolitische Alternativen. Weil man Zukunft nicht wählen kann, sondern gestalten muß, in: ArchVL Rostock, VL-Basisgruppe Rostock I/2,2; Vereinigte Linke: Was will die Vereinigte Linke? (1) [wie Anm. 25]. **45** Die VL selbst hütete sich allerdings, diesen Terminus zu benutzen. Einerseits bestand ihre politische Programmatik – jenseits fundamentaler demokratischer Umgestaltungen – eher in tief greifenden Reformen als revolutionärer Verwe, andererseits vermochten ihre Akteur*innen im Engagement bewegter Bürger*innen kaum Revolutionäres zu entdecken. Für diesen Hinweis bin ich Christoph Kelz und Erhard Weinholz zu Dank verpflichtet. Andere Organisationen führten diese Begrifflichkeit frühzeitig im Munde. Während westdeutsche Intellektuelle etwa eine «nachholende Revolution» am politischen Horizont zu entdecken hofften, diskutierten auch verschiedene Bewegte in Rostock in den Blättern *Bürgerat* und *plattFORM* wiederholt über eine adäquate Deutung der Herbstereignisse. Stichwortgebend, wenn auch später publiziert: Habermas, Jürgen: Die nachholende Revolution. Frankfurt a. M. 1990. **46** Siehe hierzu den nachfolgenden Abschnitt. **47** In einer eher informellen Diskussionsrunde im Spätherbst 2019 nahmen mehrere Mitglieder der Rostocker VL den nationalistischen Umschwung als Bruch wahr, doch erscheint der 9. März ihnen lediglich als ein – wenn auch herausstechendes – Datum, an dem sich diese Erfahrung festmachte. **48** Hans-Peter Schwarz beschrieb dieses Bündnis in seiner umfangreichen Kohl-Biografie als Erfindung und Machwerk der (West-)CDU unter ihrem Kanzler in der Hoffnung, auf diese Weise und in aller Eile «mit den noch rudimentären, aber moralisch glaubwürdigen neuen Parteien [sic!] aus der Bürgerbewegung [...] so etwas wie den moralischen Schwung der friedlichen Revolution vom Herbst 1989 auf[zufangen]» und mit dem politischen Gewicht seiner Person zu verbinden (Schwarz, Hans-Peter: Helmut Kohl. Eine politische Biographie. 2. Aufl., München 2012, S. 544). Wenigleich die Allianz das offensive betrieb, auch andere Parteien schickten Westprominente (z. B. Willy Brandt) in den Volkskammer-Wahlkampf; vgl. Wunnicke, Christoph: Harald Ringstorff – von der Werft in die Staatskanzlei. Ministerpräsident in Mecklenburg-Vorpommern, Bonn 2018, S. 38; Soldwisch, Ines: Parteien im Umbruch. Zur Geschichte der Liberalen und Christdemokraten 1989/90, in: Kreuzberger u. a. (Hrsg.): Land im Umbruch [wie Anm. 11], S. 70–87, hier S. 79f. **49** Abgedruckt findet sich dieses Plakat in: Langer: Ihr sollt wissen [wie Anm. 2], S. 260. **50** Der Autor einer jüngeren Betrachtung inzwischen erschlossener Akten zu dieser Tätigkeit Schnur sieht in den seit Januar 1990 intensiver werdenden Gerüchten und dem Fund eine gezielte Aktivität des MfS gegen ihren ehemaligen «Spitzenspitzel»; vgl. Kobylnski, Alexander: Der verrätene Verräter. Wolfgang Schnur: Bürgerrechtsanwalt und Spitzenspitzel, Halle an der Saale 2015, S. 353–361. Arvid Schnauer betont in seinem Rückblick zwar, dass der Untersuchungsausschuss notwendig auf unterschiedlichen Ebenen mit Mitarbeiter*innen des MfS Kontakt hatte, auf ein gezieltes Durchstechen von Informationen im Fall Schnur findet sich dort allerdings kein Hinweis; vgl. Schnauer, Arvid: DDR-Unrecht wiedergutmachen – neues Unrecht aufdecken, Berlin 2019, S. 118–125. **51** Vgl. Schmidtbauer: Tage, die Bürger bewegten (1) [wie Anm. 2], S. 124; Kobylnski, Der verrätene Verräter [wie Anm. 50], S. 358f. Schnur selbst hielt sich zu diesem Zeitpunkt bereits infolge eines Kreislaufzusammenbruchs im Krankenhaus auf. Hatte Volker Rühle im Januar, als erste Briefe an den Berliner Runden Tisch verschickt wurden, die Schnur belasteten, noch vom Stile einer «schäbig[e]n alte[n] Stasi-Methode des Ehrabschneidens» gesprochen, taten sich seine Parteikolleg*innen angesichts des Dilemmas zwischen Wahlkampf – Schnur galt bis dahin als aussichtsreicher Kandidat auf

den Posten des Ministerpräsidenten – und dem Aktenfund schwer, die Konsequenzen unmittelbar zu formulieren, hätten Schnur allerdings umgehend angeraten, seine Kandidatur niederzulegen; vgl. «Das war 'ne Top-Quelle!», in: Der Spiegel 11/1990, S. 18–22. Zum Rückzug Schnurs erwähnt Schwarz vor allem die Initiative Rühes, der den diskreditierten Anwalt Schnur «mit Brachialgewalt zum Rücktritt» genötigt habe (Schwarz: Helmut Kohl [wie Anm. 48], S. 554). **52** Der durchaus wohlwollende Kohl-Biograf Schwarz nannte diese Zahlen aus Erfurt und Leipzig, der Auftritt in Rostock fand keine Erwähnung; vgl. Schwarz: Helmut Kohl [wie Anm. 48], S. 554. **53** Keipke spricht vorsichtiger vom «kühlen Norden» (Keipke: Die Wende und das Ende der DDR in Rostock [wie Anm. 15], S. 354). Bei Langer heißt es: «Legende vom 'roten Norden'» (Langer: Ihr sollt wissen [wie Anm. 2], S. 268. **54** Sindermann, Jürgen: Wahlkampf, Fotografie vom 9. März 1990, in: Bundesarchiv, Bilddatenbank, Bild 183-1990-0309-024. **55** Schätzten Sie mal, in: plattFORM vom 20.3.1990, S. 2. **56** Schmidtbauer: Tage, die Bürger bewegten (1) [wie Anm. 2], S. 124. **57** Der Farb- sowie monochrome Druck deutet auf eine relativ weite Verbreitung des Plakats hin, allerdings bin ich Christoph Kelz für den Hinweis dankbar, dass es wohl vor allem in den Städten plakatiert wurde, da es im ländlichen Raum unter Umständen missverständlich erscheinen musste: Während Kohl als durchaus schmackhaftes Gemüse gilt, verband sich mit Rüben eher die Assoziation zu Tierfutter. **58** Bei einem kurzfristig anberaumten öffentlichen Auftritt vor dem Schöneberger Rathaus einen Tag nach der Grenzöffnung war Kohl heftiger Protest entgegengeschlagen; vgl. Bericht der Bundesregierung zur Lage der Nation im geteilten Deutschland, abgegeben von Bundeskanzler Helmut Kohl vor dem Deutschen Bundestag, 8.11.1989, in: Europa Archiv 24/1989, S. D705–D715. Ausführlich auch: Schwarz: Helmut Kohl [wie Anm. 48], S. 530. **59** Der Text der Rede ist abgedruckt in: Rede des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Kohl, in Dresden am 19.12.1989, in: Europa Archiv 4/1990, S. D88–D90. **60** So das Motto der Demonstration: «Wir lassen uns nicht KOHLonisieren!»; vgl. Morgen zur Demonstration, in: Ostsee-Zeitung vom 18.12.1989, S. 8. **61** Initiative für eine Vereinigte Linke Halle: Anti-KOHL-Demonstration am 19. Dezember 1989, in: ArchVL Rostock, Basisgruppen außerhalb «Mecklenburg-Vorpommerns» II/2, 2. Auch an dieser Stelle ist der Name des Autors aus datenschutzrechtlichen Erwägungen gekürzt worden. **62** Wenngleich sich Gerber vorrangig der westdeutschen Linken widmete; vgl. Gerber, Jan: Nie wieder Deutschland? Die Linke im Zusammenbruch des «realen Sozialismus», Freiburg i.Br. 2010, S. 89–108. Zur Verortung der VL in der Bürgerbewegung in der DDR vgl. Wielgohs: Die Vereinigte Linke [wie Anm. 22]. Dass sich zumindest Teile der westdeutschen Linken für das Projekt VL interessierten, legt neben dem Zeitungsbericht über eine Versammlung in Berlin insbesondere eine Diskussionsveranstaltung in Hamburg am 6. April 1990 nahe, im Rahmen derer Vertreter*innen der VL aus Rostock und Schwerin angekündigt waren; vgl. DDR – Adé? Wie weiter mit der Linken in DDR und BRD, in: ArchVL Rostock, Assoziierte und andere Organisationen III; Rediske, Michael: Links ja, aber noch nicht vereinigt, in: die tageszeitung vom 28.11.1989, S. 6; Wiedervereiniger von Links, in: die tageszeitung vom 27.11.1989, S. 17. **63** Die weit überwiegende Mehrheit ihrer Mitglieder forderte ebenfalls deutliche und zweifeltil greifende ökonomische Reformen und die forcierte Idee einer «Vereinigung» unter weitgehender Übernahme sozioökonomischer Strukturen der Bundesrepublik traf offenkundig selbst in den Reihen des Demokratischen Aufbruchs zunächst auf Unverständnis. So erklärte Lothar de Maizière nach einem Treffen mit Volker Rühe (CDU) gegenüber Journalist*innen, ein solcher Prozess sei schwerlich mit den eigenen Reformvisionen vereinbar; vgl. Schwarz: Helmut Kohl [wie Anm. 48], S. 540f. Zu inhaltlichen Überschneidungen der Programmatik von VL mit dem Neuen Forum und Demokratie Jetzt vgl. Wielgohs: Die Vereinigte Linke [wie Anm. 22], S. 290–292. Zusammenfassend mit Blick auf Rostock auch Schmidtbauer: «Im Prinzip Hoffnung» [wie Anm. 2]. **64** Vgl. Gerber: Nie wieder Deutschland? [wie Anm. 62], S. 89–108. **65** Zitiert nach: Langer: Ihr sollt wissen [wie Anm. 2], S. 218. **66** Initiative für eine Vereinigte Linke Halle: Anti-KOHL-Demonstration [wie Anm. 61]. **67** Vgl. Vereinigte Linke

Rostock: Demonstrieren gegen eine Vereinnahmung, in: Ostsee-Zeitung vom 15.12.1989. **68** Ebd., Hervorh. im Original. **69** Initiative für eine Vereinigte Linke Halle: Anti-KOHL-Demonstration [wie Anm. 64]. **70** So hatte beispielsweise die Berliner VL im Februar 1990 noch einmal via Flugblatt unterstrichen, worin für sie die zentralen Gefahren der kritisierten «Kohlonisierung» bestanden. Jenseits der auch durch den Druck von außen vorverlegten Volkskammerwahlen orientierte das Flugblatt vor allem auf die Form der angestrebten «Wiedervereinigung»: «Und er [Kohl] hat es fertigebracht, einen Deutschlandplan vorzulegen, in dem für die wunderbare Deutsche Einigkeit soziale Sicherheit und Mitbestimmung der Werktätigen unter den Tisch rutschen sollen. Perspektive für uns kurz zusammengefasst: Vom Regen in die Jauche» (Vereinigte Linke Berlin: Helmut Kohls große Angst, Berlin, Februar 1990, in: SAPMO-BArch, SGY 20/38, Zusammenschluß linker Organisationen und Personen in der Vereinigten Linken, Bl. 133). **71** Vgl. Langer: Ihr sollt wissen [wie Anm. 2], S. 220f. Obwohl die Staatssicherheit bestrebt war, die Proteste als revoanchistisch zu diffamieren, meldete sie bis Ende November keine Losungen aus Rostock nach Berlin, die sich explizit auf eine Vereinigung bezogen. Allerdings sind von einer Demonstration in Rostock am 30. November sowohl rassistische Parolen als auch erste Einheitsforderungen dokumentiert; vgl. Ammer, Thomas/Memmler, Hans-Joachim: Staatssicherheit in Rostock. Zielgruppen, Methoden, Auflösung, Köln 1991, S. 40f.; Schmidtbauer: Tage, die Bürger bewegten (1) [wie Anm. 2], S. 71f. **72** Ein prominentes Beispiel war der zeitweilige Kandidat für die Volkskammerwahlen Michael Mäde, der kurz vor der Wahl im Interview mit der Berliner Zeitschrift *telegraph* allerdings auch von Spannungen innerhalb der VL mit Blick auf die Funktion von (ehemaligen) Mitgliedern der SED-PDS sprach: So habe sein Beitritt zur Vereinigten Linken trotz paralleler Mitgliedschaft in den Reihen Modrows zunächst keine Irritationen hervorgerufen, von der Kandidatur habe Mäde allerdings Abstand genommen, da innerhalb der VL Gerüchte darüber kursiert hätten, dass sein späterer Austritt aus der SED-PDS lediglich zugunsten der Kandidatur vollzogen worden sei – Mäde selbst begründete ihn hingegen mit dem Agieren der Partei, insbesondere dem des Ministerpräsidenten Modrow; vgl. Im Interview: Die Vereinigte Linke. Gespräch mit Michael Mäde am 2.3.1990, in: *telegraph* 5/1990, unter: <http://telegraph.cc/archiv/telegraph-5-1990-15/im-interview-vereinigte-linke/>. **73** Morgen zur Demonstration [wie Anm. 60]. Offenbar versuchte auch die FDJ zur Demonstration zu mobilisieren, allerdings aus anderen Gründen. So heißt es auf einem erhalten gebliebenen Anschlag: «Wir unterstützen den Aufruf der Vereinigten Linken zur Demo am 19.12.1989 um 20.00 Uhr vom Haus der Armee gegen «Kohl-lonialisierung! Wir wollen keine arbeitslosen, drogensüchtigen, auf den Strich gehenden Jugendlichen! Keine Neonazis auf unseren Straßen! Darum kommt mit zur DEMO!» (FDJ-Kreisleitung Rostock-Stadt: Gegen Wiedervereinigung unter kapitalistischen Vorzeichen, in: ArchVL Linken Rostock, Assoziierte und andere Organisationen III). **74** Berliner demonstrieren für souveräne DDR, in: Ostsee-Zeitung vom 20.12.1989, S. 1. **75** Berliner Großdemonstration zum Kohl-Besuch, in: *telegraph* 10/1989, unter: <http://telegraph.cc/archiv/telegraph-10-1989-10/berliner-gegen-demonstration-zum-kohl-besuch/>. **76** Zehntausende Berliner für Souveränität der DDR, in: Neues Deutschland vom 20.12.1989, S. 1. **77** Diese Zahlenangabe findet sich sowohl in der Presseberichterstattung als auch in Schmidtbauers Zusammenstellung: Rostocks Linke gegen Wiedervereinigung, in: Ostsee-Zeitung vom 20.12.1989, S. 1; Schmidtbauer: Tage, die Bürger bewegten (1) [wie Anm. 2], S. 91f.; Langer nennt eine Zahl von 30.000 Personen; vgl. Langer: Ihr sollt wissen [wie Anm. 2], S. 295. **78** Vereinigte Linke Rostock: Demonstrieren gegen eine Vereinnahmung [wie Anm. 69]. **79** Rostocks Linke gegen Wiedervereinigung [wie Anm. 77]. **80** Ebd. **81** Ebd. **82** Ebd. **83** Kelz, Christoph: Rede 19.12.1989 (vor der Demo), in: ArchVL Rostock, VL-Basisgruppe Rostock I/1,2 Materialien der Öffentlichkeitsarbeit, fol. 2. Auch abgedruckt in: Schmidtbauer: Tage, die Bürger bewegten (2) [wie Anm. 25], S. 87f. **84** Demokratie pur!, in: plattFORM vom 13.3.1990, S. 8. **85** Schmidtbauer: Tage, die Bürger bewegten (1) [wie Anm. 2], S. 124. **86** Bereits für den 9. Dezember 1989 hatte die Antifa Rostock zu einer Demonstration gegen eine zunehmende Präsenz rechter Po-

sitionen auf den Veranstaltungen der Bürgerbewegung aufgerufen, nachdem zuvor unter anderem ein Transparent mit der Losung «Polen ja – aber in Polen» zunächst auf der Demonstration am 30. November geduldet worden war. Dem Aufruf folgten laut Schmidtbauer mehrere Tausend Bürger*innen der Hansestadt; vgl. ebd., S. 72, 86; Antifa Rostock: Antifa-Demo, in: Bürgerrat vom 7.12.1989, S. 6; Protest gegen Neofaschismus, in: Ostsee-Zeitung vom 11.12.1989, S. 1. Noch im Januar betonte die VL, dass die Entfernung eines Plakats, das für eine «Wiedervereinigung» votierte, im Rahmen der Demonstration im Vormonat als eine nicht tolerierte Einzeltat verurteilt worden wäre. Mit «Tante Trude» gab es Ende Dezember einen der ersten zentralen Treffpunkte der radikalen Linken in Rostock; das besetzte Haus in der Doberaner Straße wurde allerdings wiederholt zum Ziel von Angriffen der politischen Rechten. Nachdem die *Ostsee-Zeitung* beispielsweise am 28. Dezember 1989 über das Projekt berichtet hatte, wurden des Nachts dort die Scheiben eingeschlagen und auch in der Silvester-nacht kam es zu Angriffen; vgl. Anett: Tante Trude: Rot und radikal, in: Ostsee-Zeitung vom 28.12.1989; Unbekannte schlugen Scheiben ein, in: Norddeutsche Neueste Nachrichten vom 3.1.1990; Dürr, Peter Paul: Grüße aus der Mecklenburger Fascho-Szene, in: die tageszeitung vom 20.1.1990, S. 3. Über weitere Angriffe berichteten auch die Zeitungen der Bürgerbewegung: W., G.: ... und die Polizei sah wieder zu, in: plattFORM vom 2.5.1990, S. 7; Steinke, Constanze: Herr Roloff und die Tante Trude, in: plattFORM vom 12.5.1990, S. 7; dies.: Polizei steht im Dunkeln, in: plattFORM vom 12.5.1990, S. 7. Schließlich mussten die Besetzer*innen im August 1990 aufgeben; vgl. Rostocker Autonome und die Ex-Besetzer: Todesanzeige Tante Trude, in: Bürgerrat/plattFORM vom 30.8.1990, S. 3. **87** Steinke, Constanze: Später, aber notwendiger Nachtrag zum Kohlbesuch, in: plattFORM vom 20.3.1990, S. 3. **88** Ebd. **89** Ebd. **90** Vgl. Gespräch mit Michael Mäde am 2.3.1990 [wie Anm. 72]. **91** Die Nelken waren eine stark marxistisch geprägte Gruppierung, mit der die VL für die bevorstehenden Volkskammerwahlen eine gemeinsame Liste aufstellte. In Rostock waren die Nelken allerdings kaum verankert. So widmete ihnen beispielsweise Bernhard Schmidtbauer in seiner Übersicht zur Rostocker Bürgerbewegung keine Aufmerksamkeit. Zu ihrer Programmatik siehe Die Nelken: Die Nelken – Gründungsgruppe für eine marxistische Partei, in: Die Aktion 60–63/1990, S. 990–993. Eine kleine Sammlung von Wahlkampfmaterialien des Bündnisses im Bundesarchiv zeigt dabei deutlich, dass hier die Programmpunkte der Vereinigten Linken zumeist dominierten; siehe: SAPMO-Arch, SGY 20/39, Aktionsbündnis Vereinigte Linke (Vereinigte Linke und Die Nelken), unter: <https://invenio.bundesarchiv.de/invenio/direktlink/3619b368-af2e-41c0-a40b-bb6bac52065a>. **92** Amtliches Endergebnis der Wahlen zur Volkskammer am 18. März 1990, in: Neues Deutschland vom 20.3.1990, S. 5; Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1990, S. 449. **93** Jener Missmut artikuliert sich auch in einigen Texten der regionalen VL bereits deutlich vor der Wahl: Vereinigte Linke Rostock: Nachsätze zur deutschen Einheit, in: ArchVL Rostock, VL-Basisgruppe Rostock I/1,1; Vereinigte Linke Güstrow: An das deutsche Volk, in: ArchVL Rostock, VL-Basisgruppen in »Mecklenburg-Vorpommern« /I/2,2. **94** Zit. nach: Schmidtbauer: Tage, die Bürger bewegten (1) [wie Anm. 2], S. 139. **95** Vgl. Vereinigte Linke gründete Landesverband Mecklenburg/Vorpommern, in: plattFORM vom 22.5.1990, S. 8; Schmidtbauer: Tage, die Bürger bewegten (1) [wie Anm. 2], S. 141. **96** Bezeichnenderweise endete auch Kai Langers umfangreiche Betrachtung der «Wende» mit den Wahlen zur Volkskammer am 18. März 1989; vgl. Langer: Ihr sollt wissen [wie Anm. 2], S. 261–265. **97** Die überlieferten Programmentwürfe, Einladungen zu Versammlungen, Aktionen und Festen können aus Platzgründen hier nicht umfassend dargestellt werden. Mit Blick auf die Zersplitterung der linken Opposition vgl. Klein, Thomas: Geteilte Linke im vereinigten Deutschland?, in: ders. u. a. (Hrsg.): Keine Opposition. Nirgends? Linke in Deutschland nach dem Sturz des Realsozialismus, Berlin 1991, S. 76–95. **98** Vereinigte Bürgerinitiativen für einen neuen Sozialismus: Aufruf [wie Anm. 25]. **99** Die Breite dieses Spektrums vermerkte regelmäßig auch das Impressum des Blatts. **100** Zwar hatten sich in Rostock zunächst beide Zeitungen im heterogenen Feld der entstehenden Zivilgesellschaft herausgebildet, allerdings fusio-

nierten diese im Juli 1990 – ein Schritt, den der Chefredakteur der *plattFORM*, Christoph Kelz, folgendermaßen kommentierte: «Es ist von vielen Menschen in unserer Stadt nie ganz verstanden worden», schrieb er in der letzten Ausgabe der Zeitung, «warum es zwei Zeitungen dieser Art gibt. Nicht, daß damit die Existenz an sich angezweifelt war, sondern vielmehr unsere quasi Doppelexistenz. Zwei Zeitungen mit fast identischer Intention, wäre da nicht eine gemeinsame besser gewesen? Aber so ist das nun mal in bewegten Zeiten, es geschieht dies und das und ab und an wird halt das sogenannte «Fahrrad» zweimal erfunden.» Allerdings sollte das Zusammengehen nicht in einer einfachen Übernahme vollzogen werden, sondern es sollte vielmehr eine «erste gemeinsame Redaktionssitzung» geben, «um alle Detailmodalitäten partnerschaftlich auszuhandeln und um die erste gemeinsame Nummer für SIE zu machen» (Kelz, Christoph: Plattform und Bürgerrat fusionieren, in: plattFORM vom 3.7.1990, S. 8). Zu erwähnen ist, dass die *plattFORM* bereits im Mai um technische und finanzielle Hilfe gebeten hatte; vgl. Steinke, Constanze: plattFORM sucht Hilfe, in: die tageszeitung vom 10.5.1990, S. 22. Von einer statistischen Darstellung der spezifischen Inhalte ist aufgrund von Überlieferungslücken hier abgesehen worden. **101** Vgl. Ständige Kommission des Runden Tisches (Rostock-Stadt): Erklärung der Ständigen Kommission des Runden Tisches, in: plattFORM vom 20.3.1990, S. 5; Keßler, Ulla: Stasi-Lehrer für unsere Kinder – das geht uns alle an!, in: plattFORM vom 27.3.1990, S. 1; Keipke, Die Wende und das Ende der DDR in Rostock [wie Anm. 15], S. 360f. **102** Peters, Axel: Bilanz, in: plattFORM vom 29. Mai 1990, S. 3. **103** Vgl. Ebd. **104** Zwar nahmen in den Diskussionen und Wahlkampfmaterialien ökologische Fragen und Konzepte kommunalpolitischer Willensbildung größeren Raum ein, doch fanden sich in den überlieferten Zeitungen keine Beiträge von lokalen VL-Mitgliedern zu umweltpolitischen Themen; vgl. hierzu u. a.: Vereinigte Linke Rostock: Kommunalpolitische Alternativen [wie Anm. 44]. **105** Während beispielsweise ein Beitrag von Ingo Körber die Frage nach basisdemokratischen Elementen einer zukünftigen Rostocker Kommunalverfassung stellte, kommentierte ein weiterer Beitrag den Streit zwischen Rostock und Schwerin, welche Kommune als zukünftige Landeshauptstadt gewählt werden sollte. **106** Neben Kommentaren zu den größeren Parteien und dem Bindungsvermögen des PDS-Spitzenkandidaten Gregor Gysi thematisierten weitere Artikel unter anderem die neu gegründete Deutsche Biertrinkerunion (DBU), besprachen die Entstehung der Grünen in Rostock und berichteten von auftritten engagierter Bürger*innen aus anderen Regionen der DDR an der Küste. **107** In diesem Bereich stand offenkundig gerade die Frage nach einer Kommerzialisierung kultureller Angebote für Jugendliche zur Disposition, welche die Autor*innen vehement ablehnten. **108** Jenseits von Stellungnahmen der VL formulierten zumindest zeitweilige Mitglieder der Organisation Texte zum Agieren des DSU-Innenministers, aber auch zur Aktualität des Jahres 1968 sowie zu möglichen Zukunftsvisionen. **109** Insbesondere VL-Mitglieder und Sympathisant*innen diskutierten in den bürgerbewegten Blättern Rostocks Entwicklungen der PDS. Daneben fanden sich vereinzelte Stellungnahmen zum Wahlkampf selbst und zur Rolle von engagierten Bürger*innen aus der Feder der VL und ihres direkten Umfeldes. **110** Kelz: Wahlkampf [wie Anm. 109]; Auf den zentralen Seiten vier und fünf der Ausgabe von 5. Oktober stellten Vertreter*innen der lokalen Organisationen zwar mit Bedauern fest, dass der bereits kritisierte Alleingang des Neuen Forums hätte vermieden werden sollen, allerdings eine dominante Position in den Parlamenten (nunmehr) schwerlich zu erwarten sei – vielmehr die Frage nach Foren der Aushandlung innerhalb der Bürgerbewegung zu stellen sei; vgl. Hänzschel, Thomas/Mahlburg, Stefan: Chancen für ein bürgerbewegtes Mecklenburg/Vorpommern? Gesprächsrunde in der Redaktion «Bürgerrat – plattFORM», in: Bürgerrat/plattFORM vom 5.10.1990, S. 4f. **111** K., R.: Ich beklage einen Verlust, in: Bürgerrat/plattFORM vom 5.10.1990, S. 8. **112** Vgl. Bedszert: Weitgehend ungehört [wie Anm. 5]. **113** Vgl. Klein: Linke in Deutschland [wie Anm. 5]; ders.: Außer Reden nicht gewesen? Der Runde Tisch zwischen Volkskammer und Modrow-Regierung, in: Gehrke, Bernd/Rüdenklau, Wolfgang (Hrsg.): «... das war doch nicht unsere Alternative». DDR-Oppositionelle zehn Jahre nach der Wende, Münster 1999, S. 222–243.

5. Oktober 1990 / Nr. 38
50 Pf

Bürgerrat

plattFORM

für Bürgerbewegungen und Basisdemokratie

Anzeige

Auf dieser Erde stirbt alle 2 Sekunden ein Kind an Unterernährung oder Krankheit, damit ein Fünftel der Menschen über seine Verhältnisse leben kann. Ab jetzt gehören auch wir zu diesem Fünftel.

Herzlichen Glückwunsch!



TSCHÜSS !

QUELLEN UND LITERATUR

I Quellen

- Konferenzreader 1. DDR-weites Arbeitstreffen der Initiative Vereinigte Linke 25./26. November 1989, Berlin, Dezember 1989.
- Die Aktion, Heft 60–63: Die DDR als sozialistische Alternative – Dokumente der Initiative «Vereinigte Linke», Hamburg, Januar 1990.
- Gesammelte Flugschriften DDR '90. Originaldokumente der DDR-Opposition Initiative Vereinigte Linke, hrsg. vom AStA der TU Berlin (West), Berlin o. J. [ca. Februar 1990].
- Vorläufiges Programm der Vereinigten Linken zu den Volkskammerwahlen am 18. März 1990, Berlin o. J. [1990].
- Reader in Vorbereitung des 2. Arbeitstreffens der VL in Dresden vom 15. bis 17. Juni 1990, o. O. und o. J. [Berlin, ca. Juni 1990].
- Konferenz-Reader, Arbeitstreffen der Vereinigten Linken 2./3. März 1991 in Leipzig, o. O. und o. J.
- Webseite: www.ddr89.de

II Literatur zur VL

Wielgohs, Jan: Die Vereinigte Linke; in: Müller-Enbergs, Helmut/Schulz, Marianne/Wielgohs, Jan (Hrsg.): Von der Illegalität ins Parlament. Werdegang und Konzepte der neuen Bürgerbewegungen, Berlin 1991, S. 283–306.

Musch, Reinfried: Vereinigte Linke – zwischen Experiment und Organisation, in: Vau Ell Infoblatt 11/1991, S. 7–17.

Weinholz, Erhard: Das Unmögliche wagen – VL! Einige Überlegungen zu unserer Geschichte, in: Vau Ell Infoblatt 16/1991, S. 27–31.

Klein, Thomas: Linke Opposition in der DDR und ihr Agieren in der Wende – kurze Bilanz einiger Irrtümer und kleiner Ausblick auf mögliche Lehren, in: Gegen die Verdrängung im eigenen Kopf. Ein heiteres Schlachten alter Tabus anlässlich des 5. Jahrestages der Großen Nichtsozialistischen Oktoberrevolution (Wende), Reader zur Oppositionskonferenz

vom 5.11.94 im Haus der Demokratie, Berlin, hrsg. vom Matthias-Domaschk-Archiv in der Robert-Havemann-Gesellschaft e. V., Berlin 1994, S. 21–25.

Gehrke, Bernd: Dogmen der Undogmatischen, in: telegraph 11–12/1995, S. 53–60.

Gehrke, Bernd: 1989 und keine Alternative?, in: ders./Rüddenklau, Wolfgang (Hrsg.): ... das war doch nicht unsere Alternative. DDR-Oppositionelle zehn Jahre nach der Wende, Münster 1999, S. 417–440.

Gehrke, Bernd/Hürtgen, Renate (Hrsg.): Der betriebliche Aufbruch im Herbst 1989. Die unbekannte Seite der DDR-Revolution. Diskussion – Analysen – Dokumente, 2., korr. Aufl., Berlin 2001, S. 106–115.

Gerhardt, Sebastian: Die DDR und ihre rebellischen Kinder. Linke Opposition in der Ära Honecker, in: Bois, Marcel/Hüttner, Bernd (Hrsg.): Beiträge zur Geschichte einer pluralen Linken. Theorien und Bewegungen nach 1968 – Heft 2, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Papers 04/2010, Berlin 2010, S. 33–36.

Gerhardt, Sebastian: Vom Kampf gegen die Politbürokratie zur Verteidigung der DDR. Unabhängige Linke im Kurzen Herbst der Utopie 1989/90, in: Bois, Marcel/Hüttner, Bernd (Hrsg.): Beiträge zur Geschichte einer pluralen Linken. Theorien und Bewegungen nach 1968 – Heft 2, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Papers 04/2010, Berlin 2010, S. 37–40.

Klein, Thomas: Rasch isoliert. Die linke Bürgerbewegung 1989, in: Neues Deutschland vom 3./4.11.2014.

Weinholz, Erhard: Mutprobe. Die VL und der 18. März 1990, in: Das Blättchen 5/2015 (Internetausgabe).

Klein, Thomas: Erinnerungen an eine Revolution oder Geschichte einer Entfremdung, in: telegraph 135–136 2019/20.

Klein, Thomas: Wie der Dritte Weg so kurz geriet, in: Der Freitag vom 7.11.2019.

Gehrke, Bernd: Der Herbst '89 in der DDR. Gespräch, in: SoZ 1/2020 (Internetausgabe).

Klein, Thomas: «Freiheit und Sozialismus». Die «Initiative für eine Vereinigte Linke» in der demokratischen Herbstrevolution 1989 in der DDR, in: Forum Wissenschaft 2/2020, S. 29–31.

Weinholz, Erhard: Späte Kämpfe. Zu einem Rückblick auf die VL und die 89er DDR-Revolution, in: SoZ 3/2020 (Internetausgabe).

Weinholz, Erhard/Gerhardt, Sebastian: In der Hoffnung auf ein besseres Land. Gespräch über die Initiative für eine vereinigte

Linke (VL), in: SoZ 7/2020, unter: www.sozonline.de/2020/07/in-der-hoffnung-auf-ein-besseres-land/.

III Literatur zu den Bürgerbewegungen im Norden der DDR (einschließlich VL)

Schmidtbauer, Bernhard: «Im Prinzip Hoffnung». Die ostdeutschen Bürgerbewegungen und ihr Beitrag zum Umbruch 1989/90. Das Beispiel Rostock, Berlin 1996.

Langer, Kai: «Ihr sollt wissen, daß der Norden nicht schläft ...»: Zur Geschichte der «Wende» in den drei Nordbezirken der DDR. Bremen 1999.

DOKUMENTENANHANG

Wie manch andere im Herbst des Jahres 1989 entstandene Organisation spielt die Initiative für eine Vereinigte Linke in der Mehrzahl der Betrachtungen zum Umbruch in der DDR und zur tief greifenden Transformation in den Folgejahren kaum eine Rolle. Ihre Materialien sind dementsprechend meist nur auf Umwegen und auf weniger bekannten Plattformen einzusehen.

Zu den umfangreicheren Sammlungen zählt hierbei fraglos die Webseite *ddr89.de*, die neben Gründungsdokumenten auch zahlreiche Veröffentlichungen vor allem der Berliner VL-Gruppe(n) digital zur Verfügung stellt. Auch in den Beständen der *Robert-Havemann-Gesellschaft* stößt man in Sammlungen und Nachlässen verschiedentlich auf Unterlagen der Vereinigten Linken – teilweise sind sie online einsehbar. Schließlich verfügt die zum Bundesarchiv Berlin gehörige *Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO)* über einige versprengte Überlieferungen, die die VL betreffen. Zudem sind in manchen Publikationen Dokumente abgedruckt worden, die einen ersten Einblick in die Geschichte der VL bieten. Allerdings betreffen sie vor allem die Berliner Basisgruppe(n) und insbesondere die DDR-weite Koordination. Zu weiteren Basisgruppen – zumal zu jenen im Norden der Republik und speziell zur Rostocker VL – ist jedoch wenig zu finden.

Die nachfolgend abgedruckte kleine Sammlung beansprucht keineswegs, diese Lücke zu füllen. Zwar finden sich hier zentrale Veröffentlichungen und Diskussionspapiere der Rostocker VL-Basisgruppe, doch lassen sich auf zwei Dutzend Seiten die vielfältigen Diskussionen, die in wir unserer Publikation thematisiert haben, allenfalls antippen. Von Gruppen in anderen Städten des späteren Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern

erfährt man zumeist wenig mehr als den Namen.

So begrenzt diese erstmalige Wiedergabe von Unterlagen der Vereinigten Linken im Norden auch bleibt, sie ermöglicht nicht allein ein erstes Kennenlernen dieser weitgehend vergessenen basisdemokratischen Struktur zwischen Bewegung und Partei, sie regt, so unsere Hoffnung, womöglich auch zu einer weiteren Beschäftigung mit dem Wirken sowohl der lokalen Gruppen als auch der Gesamtorganisation an.

Der Dokumentenanhang versammelt aus vier thematisch gegliederten Bereichen einige Beispiele, die Einsichten in das lokale Agieren der Vereinigten Linken in Rostock bieten.

1. Gründung und Konzeptdiskussionen: Die erste Dokumentengruppe beinhaltet Überlieferungen zur Gründung der lokalen VL sowie zur Diskussion und Entwicklung zentraler Positionen im Norden. Hierzu zählen neben der «Böhlener Plattform» (Dok. 1) vor allem der «Aufruf der Rostocker Initiative Vereinigte Linke» aus dem Dezember 1989 (Dok. 2) und zwei erhalten gebliebene Varianten des Textes «Was will die Vereinigte Linke?» (Dok. 3 und 4), in denen die frühen Diskussionen um inhaltliche und kommunikative Schwerpunkte zum Ausdruck kommen.

2. Einzelne Schwerpunkte: Es gab inhaltliche Schwerpunkte der politischen Arbeit, die setzte die VL selbst, andere wurden ihr durch die Ereignisse des Winters 1989 vorgegeben. Zu Letzteren zählte insbesondere das Thema (Wieder-)Vereinigung von DDR und Bundesrepublik. Die Vereinigte Linke hat in dieser Frage eindeutig Position bezogen: Sie trat für radikale sozialistische Veränderungen des stalinistischen Regimes ein und damit für den Erhalt der staatlichen Eigenständigkeit. Das Vorgehen des Bundeskanzlers Helmut Kohl kritisierte sie als die befürchtete freundliche Übernahme

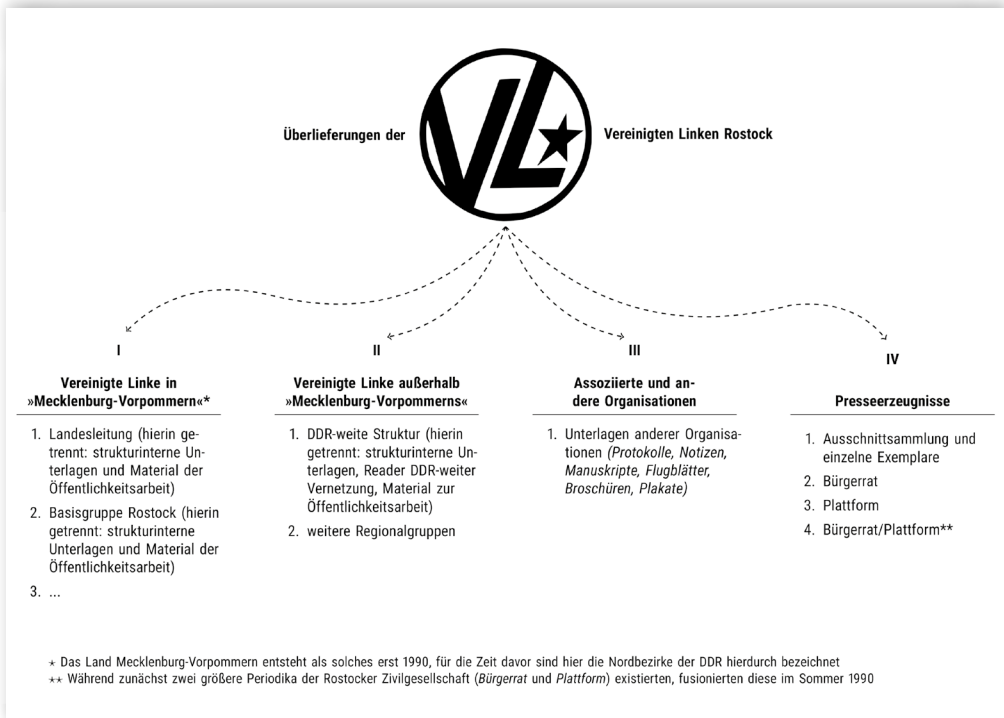
me durch den Kapitalismus (Dok. 5 bis 7). Zu den eigenständigen Schwerpunktsetzungen der Rostocker Initiative für eine Vereinigte Linke zählten kommunale Wohnungspolitik, Wirtschaftsdemokratie, Umweltschutz und internationale Solidarität (Dok. 8 bis 11). Das sind nur einige wenige Beispiele für die vielfältigen politischen Aktivitäten der VL Rostock.

3. Wahlkämpfe 1990: In den Wahlkämpfen des Jahres 1990 war die VL bestrebt, mit anderen Teilen der Bürgerbewegung gemeinsame Standpunkte zu finden und sie anschließend zusammenhängend und vor allem allgemein verständlich zu präsentieren. Für die Volkskammerwahlen im März 1990 dominierten noch Materialien der Gesamt-VL, für die Kommunalwahlen zwei Monate später veröffentlichte die Rostocker Basisgruppe dann bereits ein umfangreiches Programm

(Dok. 12). Zugleich schuf sie zu ihren thematischen Schwerpunkten eine Reihe zum Teil humorvoller, provozierender, aber auch feinsinniger Plakate (Dok. 13) – die meist nicht aufwendig gedruckt, sondern kopiert unter das Volk gebracht wurden.

4. Jenseits von Rostock: Drei Beispiele zum Schluss zeigen, dass sich die Aktivitäten der Vereinigten Linken auch im Küstenbezirk Rostock nicht allein auf die Bezirkshauptstadt konzentrierten: Ein Rundschreiben des neu gegründeten Landesverbandes (Dok. 14) dokumentiert den Versuch, über das Kommunale hinauszutreten; der Text der Güstrower Basisgruppe (Dok. 15) sowie der Aufruf aus Stralsund (Dok. 16) machen deutlich, dass sich auch in anderen Teilen des Bezirks eine explizit linke Struktur innerhalb der Bürgerbewegung konstituierte.

Ordnungsschema des Archivs der Vereinigten Linken Rostock



13.10.1989

Erklärung von Teilnehmern an Böhlemer Treffen

Die Ereignisse der letzten Wochen haben die Situation in unserem Land verändert. Viele Menschen fragen sich, ob wirklich schon ein Umbruch begonnen hat und was nun zu tun sei. Was ist geschehen?

Während die Fluchtwelle ihres Höhepunkt zustrebte, fuhr die politische Führung fort, die Bürger unseres Landes wie Menschenabfall zu behandeln: Zehntausende aus dem Land flüchtende Bürger wurden als von westlichen Medien und kalten Kriegern manipulierte Abtrünnige verurteilt, denen man keine Träne nachzuweinen hätte. Nachdenklichere Stimmen gingen in diesem Trosselfeser unter. Andererseits wurden zentrale Interessen der Bevölkerung weiter ignoriert, Forderungen nach Demokratisierung diffamiert und Teilnehmer an öffentlichen Manifestationen anfangs pauschal als antisozialistische Randalierer und Provokateure abgestempelt. Die Glaubwürdigkeit ritualisierter Ergebenheitsadressen an die Sicherheitsorgane und die SED-Führung oder Horrorstories in Bildzeitungsmannier haben nach dem 7. Oktober einen neuen Tiefpunkt erreicht. Die einzigen "Argumente" der Herrschenden im Dialog mit dem Volk blieben die stumpfe Waffe der Fäulnis oder die Überzeugungskraft des Knäpels.

Doch die Flut von Protesten auch aus den Reihen der Gewerkschaft, der Parteigruppen und von immer mehr Berufsverbänden ließ sich immer weniger totschweigen, wenn gleichzeitig Zehntausende gewaltlos demonstrieren und Diffamierung oder Einschüchterung immer weniger greifen. Schließlich wurde auch sachlicherer Umgang mit unseren Problemen und Konflikten auf verschiedenen Ebenen sichtbar, aber noch wird das Bild durch die alten Muster geprägt. Hoffnungsvolle Zeichen weniger staatlicher Verantwortlicher oder einzelner Funktionäre verschiedener Parteien und Massenorganisationen, wenigstens die Dialogbereitschaft zu signalisieren, liefen weiter Gefahr, durch die massive Pressekampagne gegen Ruhestörer und gekaufte Konterrevolutionäre ausgelöscht zu werden. Immer weniger kann die Regierung darauf beharren, den Wegzug zehntausender Menschen hauptsächlich subversiven Aktivitäten kalter Krieger des Westens zuzuschreiben. Ihm mehr und mehr erwies es sich als untauglich, fortgesetzt innere Ursachen mit wachsendem Realitätsverlust zu leugnen und die ungeheuren Verluste an Menschen und Hoffnungen mit Zynismus zu quittieren. Die Verachtung, mit der bis jetzt die Bedürfnisse der Mehrheit von zum Bleiben entschlossener Bürger vorgeischt wurden, richtet nun auch für die Regierenden sichtbar immer größeren Schaden an. Eine wachsende Zahl von Mitgliedern und Funktionären der SED sieht dies so, wie öffentliche Behauptungen für einen Dialog beweisen. Die Lüge, auf Reformen dringende Menschen unseres Landes seien darauf aus, den Sozialismus in der DDR zu vernichten, gerät in immer schreienderen Kontrast zu den Forderungen der Menschen, die Reformen fordern, gerade weil sie den Sozialismus in der DDR endlich aufbauen wollen! Mit der Unterstellung, einer von Westen gesteuerten Opposition gehe es angeblich um die Wiederherstellung des Kapitalismus, maßlos die Herrschenden sich an, einen Sozialismus zu verteidigen, der weder diesen Namen verdient, noch in seiner heutigen Gestalt von der Bevölkerung getragen wird. Er muss erst einmal erkämpft werden! Nicht irgendwann, sondern heute gilt es, den Sozialismus überhaupt zu ermöglichen, indem wir unsere Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen und der bisherigen verhängnisvollen politischen Stagnation ein Ende setzen! Mit der Aufforderung des Politbüros der SED vom 11. Oktober, einen gesellschaftlichen Dialog über alle Probleme des Landes zu beginnen, hat die Führung der SED den bisher geleugneten Handlungsbedarf eingestanden und indirekt die Tauglichkeit der bisherigen Politik in Frage gestellt. Machen wir nicht die Haltung der für die gegnerische Situation verantwortliche Parteiführung zum Dialog, sondern unsere eigene Bereitschaft zu einem radikalen Wandel in ihnen des Sozialismus und der Demokratie zum Maßstab unseres Handelns! Man sind alle Bürger, auch die SED-Mitglieder, nicht nur verstärkt gefordert, sondern auch in der Lage, sich selbst für einen solchen Weg zu engagieren.

Wir können jetzt nicht mehr die Verantwortungslosigkeit der Mächtigen dieses Landes zum Maßstab unseres Tuns und Lassens machen. Nicht das Dialogangebot in der Erklärung des Politbüros vom 11. Oktober, sondern der Druck, welcher von den entstandenen scharfen Widersprüchen ausgeht und die Herausforderung an alle Menschen unseres Landes, endlich selbst etwas zu ändern, ist die Grundlage unseres Handelns. Über die entstandene Situation und die Schuldigen dafür dürfen wir uns keine Illusionen machen: Nicht nur die sozialistische Perspektive der DDR steht auf dem Spiel; auch die Bewahrung und Entwicklung so wichtiger sozialer Errungenschaften wie die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, die kostenlose medizinische Betreuung aller Bürger, die soziale Sicherheit oder die gleichen Bildungschancen für Arbeiterkinder sind gefährdet, wenn der Stagnation nicht bald ein Ende gesetzt wird. Wir müssen befürchten, daß immer mehr Menschen in ihrer Entscheidung sich nicht nur von der Regierung und der SED, sondern von Weg des Sozialismus überhaupt distanzieren. Schon 100.000 Menschen haben in diesem Jahr die DDR verlassen und der Strom reißt nicht ab. Die "besührte" Methode, die Verbleibenden noch nachdrücklicher einzumauern und die ihnen Protest und ihren Willen zu bleiben öffentlich behandelnden Menschen durch die Sicherheitsorgane noch zusätzlich einzumauern, hat die Wut

Aufruf der Rostocker Initiative Vereinigte Linke

Welche politische Kraft vertritt heute in unserem Land das Programm einer sozialistischen Revolution, d. h. einer wirklichen Macht der Werktätigen, der Hand- und Kopfarbeiter? Die Politbürokratie der herrschenden Parteien hat vierzig Jahre lang eine Apparatherrschaft praktiziert, die möglicherweise in einer bestimmten historischen Phase eine Berechtigung hatte, die aber nicht das Ziel einer sozialistischen Revolution sein kann. Die Apparatherrschaft wurde demagogisch als „Macht der Arbeiterklasse“ bezeichnet. Jetzt ist sie ins Wanken geraten — weil die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen tatsächliche Macht gezeigt haben. Wir dürfen uns diese Macht nicht wieder aus der Hand nehmen lassen! Es darf nicht sein, daß wir von der alten Bürokratie mit neuem Anstrich wieder entmündigt werden! Es darf nicht sein, daß die Herrschaft der Politbürokraten ersetzt wird durch die Herrschaft von Messerschmitt-Bölkow-Blohm und Deutscher Bank!

Wir sind beunruhigt über Tendenzen zur

Restauration einer „freien Marktwirtschaft“, sprich: Kapitalismus

Wiederbelebung bürokratischer Herrschaftsstrukturen

Vereinnahmung unseres Landes durch westdeutsche Monopole und den BRD-Staat

Aktivierung rechtsradikalen, faschistoiden und rassistischen „Gedankengutes“

allgemeinen Inflation und Konfusion des Begriffes „Sozialismus“

Aus diesen Gründen haben wir uns als Rostocker Initiative Vereinigte Linke organisiert. In Anlehnung an die „Böhlener Plattform“ haben wir uns auf folgende Grundsätze geeinigt:

(1) Übergang von der staatsbürokratischen Verfügungsgewalt über die Hauptproduktionsmittel zum gemeinschaftlich verwalteten Eigentum der Werktätigen

(2) Bildung von Arbeiterräten und Räten aller Werktätigen als prinzipiell neue Machtorgane

(3) Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit für alle Gesellschaftsmitglieder

(4) Politische Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, konsequente Verwirklichung der ungeteilten Menschen-

rechte und freie Entfaltung der Individualität jedes Gesellschaftsmitgliedes

5) Umgestaltung der Ökonomie nach Gesichtspunkten der Ökologie und der Humanisierung der Arbeit

6) Konsequenter Internationalismus und Solidarität

7) Aktiver Antifaschismus, Antimilitarismus und Antichauvinismus

8) Konsequente Abgrenzung von allen Wiedervereinigungsbestrebungen unter kapitalistischem Vorzeichen

Auf dieser Basis rufen wir alle Sympathisanten zur Mitarbeit auf. Kontaktadressen:

Christoph Kelz, bei Fabian, Budapeststraße 72

Joern Boewe, W.-Pieck-Ring 13/15, B II, 904

Anje Treptow, W.-Pieck-Ring 13/15, B II, 907

Thomas Schmidt, W.-Pieck-Ring 13/15, B II, 803

Ingo Zimmermann, Niklotstraße 7

★

Wie uns mitgeteilt wurde, bestehen auch in Berlin, Leipzig, Dresden, Schwerin, Cottbus, Karl-Marx-Stadt, Halle und Freiberg bereits Gebietsorganisationen der Vereinigten Linken.

WAS WILL DIE VEREINIGTE LINKE ?

VL

Die VEREINIGTE LINKE (VL) ist ein linkes Aktionsbündnis für Parteien, Gruppen und Einzelpersonen, die für einen freiheitlichen und demokratischen Sozialismus eintreten. Dabei bedeutet Sozialismus nach dem Verständnis der VL äußere Demokratie - wo diese nicht vorhanden ist, wie etwa im sogenannten "real existierenden Sozialismus" der Vergangenheit - KANN ES AUCH KEINEN SOZIALISMUS GEBEN, DENN DIESER BEDEUTET HERRSCHAFT DER VOLKSMASSEN SELBST, NICHT HERRSCHAFT EINER ÜBER DAS VOLK GESTELLTEN BESONDEREN KASTE (BÜROKRATIE).

Die VL will mit allen mit allen Kräften des Landes zusammenarbeiten, die auf direkte Demokratie, basisdemokratische Formen der Volkssouveränität und Volkskontrolle vor allem in den Betrieben orientieren. Sozialistische Demokratie bedeutet nach dem Verständnis der VL mehr als parteizentrierter Parlamentarismus, in dem die Bürger ihren Willen nur mit Wahlzetteln manifestieren können. SIE BEDEUTET VIELMEHR, DIE EIGENEN ANGELEGENHEITEN NICHT AUS DER HAND ZU GEBEN.

Garantie für die politische Umkehrbarkeit des Aufbruchs unseres Landes kann, so meint die VL, die breite Volksbewegung nur selbst schaffen. In den Betrieben wird nicht nur die Entscheidung über die Zukunft der Arbeiter, sondern über die Chancen des Sozialismus in der DDR überhaupt fallen. Die VL vertritt den Standpunkt, daß nur auf der Grundlage demokratischer Kontrolle VON UNTEN die internationale Wirtschaftskooperation, auch mit westlichem Kapital, einer souveränen Entwicklung in unserem Lande dienen kann. Betriebsräte als Instrumente der Selbstverwaltung sollten weit über die Wahrung der gewerkschaftlichen Rechte hinausgehen: IN DEN BETRIEBEN DARF KEINE ENTSCHEIDUNG MEHR OHNE DIE ZUSTIMMUNG DER ARBEITER FALLEN.

Die VL ist durchaus nicht gegen Wahlen oder gegen Wirtschaftskooperation mit dem westlichen Kapital. ABER SIE TRITT ENTSCHEIDEN GEGEN BLINDES VERTRAUEN IN PARLAMENTARISCHE MECHANISMEN UND GEGEN MANIPULATION MIT VOLKSVERMÖGEN DURCH MANAGERWILLKÜR AUF. DESHALB SETZT SIE SICH DAFÜR EIN, DASS NOCH VOR DEN WÄHLER BEAUFTRAGTE DER VOLKSSTROLCHLAUSSCHÜSSE, ARBEITERKOMMISSIONEN UND BETRIEBSRÄTEINITIATIVEN ZU EINEM LANDESWEITEN VOLKSKONGRESS ZUSAMMENTRETEN BERATEN UND IHRE FORDERUNGEN STELLEN. AN DIESEN KÖNNTEN SICH DANN PARTeien UND GESELLSCHAFTLICHE ORGANISATIONEN ORIENTIEREN. NACH DEN WÄHLER KÖNNTE DIESER VOLKSKONGRESS (ALS NATIONALER KONGRESS DER ARBEITER-, SOLDATEN- UND SONSTIGEN RÄTE) ALS ZWEITE PARLAMENTSKAMMER FUNKTIONIEREN, OHNE DESSEN ZUSTIMMUNG KEIN KABINETZ UN KEINE REGIERUNGSENTSCHEIDUNG IN KRAFT TRETEN KANN.

WÄHLER IN EUREN ARBEITSKOLLEKTIVEN EURE BEAUFTRAGTEN FÜR DEN VOLKSKONGRESS FUNKTIONIEREN SIE FORDERUNGEN UND VORSCHELÄGE BILDET RÄTE!

VL ostock
Kontaktadresse bis auf Weiteres: INFOLDEN "TANTE TROUE".
Dobraner Str., Rostock 210

Was will die VEREINIGTE LINKE ?

Die VEREINIGTE LINKE (VL) ist ein linkes Aktionsbündnis für Parteien, Gruppen und Einzelpersonen, die für einen freiheitlichen, demokratischen Sozialismus eintreten. Sie will mit allen Kräften des Landes zusammenarbeiten, die auf direkte Demokratie, basisdemokratische Formen der Volkssouveränität und Volkskontrolle vor allem in den Betrieben orientieren. Sozialistische Demokratie bedeutet nach dem Verständnis der VL mehr als parteizentrierter Parlamentarismus, in dem die Mehrheit der Bürger ihren Willen nur mit Wahlzetteln manifestieren können. Sie bedeutet vielmehr, die eigenen Angelegenheiten nicht aus der Hand zu geben. Garantien für die politische Unumkehrbarkeit des Aufbruchs unseres Landes kann, so meint die VL, die breite Volksbewegung nur selbst schaffen. In den Betrieben würde die Entscheidung über die Zukunft nicht nur der Werktätigen, sondern auch über die Chancen eines freiheitlichen demokratischen Sozialismus in der DDR fallen. Die VL vertritt den Standpunkt, daß nur auf Grundlage basisdemokratischer Formen der Volkssouveränität und Volkskontrolle die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit, auch mit westlichem Kapital, einer souveränen Entwicklung im Lande dienen kann. Betriebsräte als Instrumente der Selbstverwaltung sollten weit über die Wiedererlangung gewerkschaftlicher Rechte hinausgehen. Die VL ist weder gegen Wahlen noch gegen Wirtschaftskooperation auch mit dem Westen. Aber sie tritt entschieden gegen blindes Vertrauen in parlamentarische Mechanismen und gegen Manipulation mit Volksvermögen durch Managerwillkür auf. Deshalb setzt sie sich dafür ein, daß noch vor den Wahlen Beauftragte der Volkskontrollausschüsse, Arbeiterkommissionen und Betriebsräteinitiativen zu einem landesweiten Volkskongreß zusammentreten, beraten und ihre Forderungen stellen. An diesen könnten sich dann Parteien und gesellschaftliche Organisationen orientieren.

Alle Parteien, Gruppen und Einzelpersonen in der VEREINIGTEN LINKEN haben sich auf folgenden Minimalkonsens der Zusammenarbeit geeinigt:

- das gesellschaftliche Eigentum an Produktionsmitteln als die vorherrschende und perspektivische Grundlage sozialistischer Vergesellschaftung
- der Ausbau der Selbstbestimmung der Produzenten in Verwirklichung realer Vergesellschaftung der gesamten ökonomischen Tätigkeit
- die konsequente Verwirklichung des Prinzips der sozialen Sicherheit und Gerechtigkeit für alle Gesellschaftsmitglieder
- der politischen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, konsequente Verwirklichung der ungeteilten Menschenrechte und freien Entfaltung der Individualität jedes Gesellschaftsmitgliedes
- dem ökologischen Umbau der Industriegesellschaft
- diese fünf Punkte gelten im weltweiten Kontext

Basisgruppen der VL bestehen in : Leipzig, Dresden, Karl-Marx-Stadt, Freiberg, Halle, Cottbus, Berlin, Potsdam, Schwerin, Rostock, Güstrow und Erfurt

Die Rostocker VL ist an den "Runden Tischen" auf Stadtebene und am Bezirk beteiligt. Auch am zentralen "Runden Tisch" in Ostberlin ist die VEREINIGTE LINKE vertreten .

*ab 27. 1. 90 Büro der VL - Rostock
 Barckrodt 2 Endgüßerstraße unter links
 Pannow 2 Tel: 377 21/Ann. 71*



Dok. 5: DDR-weites Plakat «Lieber rote Rüben, als Kohl von drüben» aus dem Volkskammer-Wahlkampf 1990.



Dok. 6: Ironischer Kommentar zu den zuweilen übertriebenen Teilnehmerzahlen von Wahlveranstaltungen der Allianz für Deutschland; plattFORM Nr. 11 vom 20. März 1990, S. 2.

POSITIONSPAPIER DER VEREINIGTEN LINKEN ROSTOCK

Die Vereinigte Linke Rostock begruesst die nun endlich endgueltige Aufloesung des MfS, AfNS und die Uebernahme der Positionen der Opposition zur Neubildung der Dienste erst nach den Wahlen am 6. Mai durch Regierung und Volkskammer. Die unzureichende Informationspolitik der Regierung zu dem Sachverhalt - Aufloesung der beiden Aemter - sehen wir als mitverantwortlich an der Eskalation der Gewalt. Gleichzeitig kritisieren wir auch die derzeitige Konzeption der Regierung Modrow, insbesondere die durch Ministerin Luft verfolgte Wirtschaftspolitik. Es scheint so, dass die politische Phantasie der Regierung nur zur Uebernahme eines in der BRD existierenden Wirtschafts- und Staatsmodells reicht, ohne die Kritik in der BRD an diesem Modell sowie unsere eigenen wirtschaftlichen und historischen Voraussetzungen zu beruecksichtigen. Dieser "Umbau" wird hinter dem Ruecken des Volkes vorgenommen, wie die Veraenderungen des Artikels 12 der Verfassung zeigen. Die Entwicklungen in Ungarn und Polen zeigen deutlich an, dass diese Art von Wirtschaftskonzeption einer sozialen Marktwirtschaft nur noch tiefer in die wirtschaftliche und damit politische Krise fuehrt. Mit der jetzt von der Regierung Modrow durchgefuehrten Wirtschaftsreforma kommen wir zwangslaueufig in einseitige unumkehrbare Abhaengigkeiten vom BRD-Kapital. Verstaerkt wird diese Diskrepanz zwischen den Regierungsaktivitaeten auf rein wirtschaftlichem Gebiet und der demokratischen Erneuerung in den Betrieben.

Wir stellen fest, dass der FDGB nicht in der Lage ist, die Interessen der Werktaetigen authentisch zu vertreten. In einer zukuenftigen ausdifferenzierten Wirtschaft muessen starke Betriebsraete und Gewerkschaften Hand in Hand gehen. Die Polemik gegen den Betriebsraetegeredanken ist unzeitgemaess und politisch schaedlich. Deshalb fordern wir die sofortige Schaffung eines Betriebsraetegesetzes, in dem die demokratische Wahl von Betriebsraeten durch die Belegschaft garantiert ist und deren Rechte und Pflichten festgelegt sind.

Gleichzeitig fordern wir ein Gesetz, das die Existenz von Buergerraeeten und -komitees auch ueber den 6. Mai hinaus garantiert. Diese basisdemokratischen Formen der Volksvertretung koennen als Korrektiv zu einseitigen Parteiinteressen und zunehmend kommerziellen Interessen wirken und geben den Buergern die Moeglichkeit direkter Interessenvertretung. Darum ist es wichtig, dass noch vor den Wahlen ein Volkskongress der Betriebsraeteinitiativen, Buergerraeete bzw. -komitees, Studenten- und Soldatenraete und Buergerbewegungen zusammentritt. Wir bitten alle Einzelpersonen, Parteien, Buergerbewegungen und Buergerkomitees, die basisdemokratische Formen direkter Demokratie unterstuetzen, die Vorbereitung und Realisierung eines solchen Volkskongresses ueber alle politischen Unterschiede hinweg mitzutragen und sich an der Vorbereitung zu beteiligen. Zu den Wahlen am 6. Mai erwarten wir, dass politische Buergerbewegungen zugelassen werden. Ausserdem verlangen wir die Nichtzulassung von Parteien und Gruppen mit rechtsradikalem, rechtsextremistischem oder faschistischem Gedankengut.

Wir verurteilen die immer noch schleppende Entstalinisierung und Saeeberung der SED-PDS. Die derzeitige Politik der SED-PDS bzw. ihres Apparats hinkt immer noch hinter den Erfordernissen einer Partei des demokratischen Sozialismus hinterher. Wir fordern die SED-PDS auf, ihre Mandatstraeger im Partei- und Staatsapparat in Hinsicht auf Amtsmissbrauch, Stalinismus und Korruption zu ueberpruefen und wenn noetig, sie zurueckzuziehen und durch den Ideen des demokratischen Sozialismus verpflichtete Genossen zu ersetzen. Im Augenblick sehen wir in der SED-PDS einen innenpolitischen Krisenfaktor, der die gesamte Linke der DDR diskreditiert.

Von den ehemaligen Blockparteien LDPD, CDU, DBD, NDPD und von der SED-PDS erwarten wir eine Offenlegung der Parteifinanzen und ein deutliches Schuldbekenntnis bzw. Selbstkritik betreffs ihrer Mitschuld an der jetzigen Krisensituation.

Unser Standpunkt ist: Um erneute Mitverantwortung zu tragen, reicht es nicht aus, neue Ziele zu formulieren und den politischen Schwarzen Peter allein der ehemaligen SED zuzuspielen. Die Blockparteien rehabilitieren sich auch nicht, indem sie jetzt schleunigst Positionen der Opposition uebernehmen bzw. Buendnismoeglichkeiten anbieten. Wir erwarten von diesen Parteien eine eindeutige Position zur jetzigen Koalitionsregierung auf allen Ebenen.

Wir bitten die im Wahlbuendnis 90 verbuendeten Parteien und Buergerbewegungen, bei aller, auch von der Vereinigten Linken Rostock getragenen Kritik an der derzeitigen offiziellen Politik der Regierung und der SED-PDS, diese noetige politische Auseinandersetzung sachlich zu fuehren. Die Anzeichen von Progra- und Kreuzzugstimmungen bei von ihnen organisierten Demonstrationen und Kundgebungen nehmen immer schaeferere Formen an. Diese Stimmung, so meinen wir, stabilisiert lediglich die konservativen, stalinistischen Kraefte im Staats- und Sicherheitsapparat sowie im Parteiapparat. Ausserdem etablieren sich auf diesem undifferenzierten Hintergrund zunehmend rechtsextremistische Kraefte.

Die Vereinigte Linke Rostock appelliert an alle linken, nichtstalinistischen, basisdemokratischen und oekologisch orientierten Kraefte im ganzen Land, sich zusammenzuschliessen, um eine gerechte Gesellschaft in unserem Land zu errichten.

Rostock, 17.1.1990

Vereinigte Linke Rostock

NACHKURS DER DEUTSCHEN EINHEIT

Gute Vorsätze haben inzwischen ja nun fast alle gefaßt - die Wahlschlüssigkeiten am 18.3. unterscheiden sich nur noch durch die versprochenen Fristen bis zur wirtschaftlichen Einheit. Das ist noch nicht die politische, doch darüber dann noch zu diskutieren ist zwecklos. Und so gelangen wir zu den neuen "freien" Wahlen: Man redet - wie seit 40 Jahren - nur noch vom Lebensziel Wohlstand, man diskutiert - wie seit 40 Jahren - nur noch ein Konzept und verbietet sich jegliche Experimente, man übergibt die Politik - wie seit 40 Jahren - an eine Reihe gepflegter Herren, die die Jugend und deren alternatives Denken nur als Wahlhilfe benötigen, man entscheidet - wie seit 40 Jahren - nur von oben. DAS war die Revolution, DAS war der Aufbruch! Aus der Entladung? Während wir noch im Oktober gegen die Entwertung der Persönlichkeit auf die Straße gingen, gehen andere nun gegen die Entwertung ihrer Sparkonten auf die Straße. Kreativität, Selbstbestimmung, Entscheidungen - Privilegien zukünftiger Privatunternehmer?! Und das soll nun alles gewesen sein? Mitdenken, Mitentscheiden, mitaufbauen wird wieder bewußt verhindert? Und dafür dieser Aufwand?

Eines sollten wir wissen: Vor der Utopie der sozialen und ökologischen Marktwirtschaft kommt erst einmal deren Praxis, - und die wird für uns weder sozial noch ökologisch sein, geschweige denn weltwirtschaftlich gerecht. Davor schützt uns auch keine deutsche Einheit. Sie wird uns eher von unseren letzten Eigenarten befreien: unserem Wunsch nach der Berücksichtigung unserer Interessen, unsere Freiheit, die es auf der Straße einzufordern, unsere Hoffnung, daß die Politik von den Betroffenen entschieden wird. Wer zugunsten der deutschen Einheit dar auf verzichten will, vielleicht weil er

hofft, nicht zu den Betroffenen zu gehören, dem noch ein Tip: Zur deutschen Einheit gehören immer noch zwei, wer von ihnen die Krisenlasten tragen wird und wer die Gewinne - das ist wohl nicht mehr fraglich...



VEREINIGTE LINKE ROSTOCK

Platz vom Januar

ERHALTUNGSWOHNER INS SOZIALE ARBEITS GEDRÄNGT ?

Stadtrat Seibel, zuständig für Wohnungswirtschaft/Wohnungspolitik, versuchte innerhalb der letzten Wochen den Unmut der Bevölkerung über die Misere bei der Wohnungsversorgung von seinem Amt weg auf die Erhaltungswohner (Schwarzwohner) als alleinige Ursache abzuwälzen und sie aus ihren Wohnungen zu drängen, wobei ca. 200-300 Wohnungen von Erhaltungswohnern 12518 Wohnungsenträge gegenüber - stehen, wovon 3500 absolut dringlich sind. Für viele Erhaltungswohner war der Zustand vor ihrem Einzug in ihre jetzige Wohnung nicht mehr zu ertragen und als letzten Ausweg belegten sie leerstehenden Wohnraum, den sie aus eigener Kraft und mit eigenen Mitteln renovierten und z. t. auch rekonstruierten.

Durch die Politik des Rates der Stadt werden die Erhaltungswohner zunehmend verunsichert und sehen sich selber mit dem Rücken an der Wand, da sich in dieser Stadt niemand für ihre Probleme verantwortlich fühlt, und ihre Situation durch die Amnestie noch verschärft wird. Im Interesse von Ordnung und Sicherheit in unserer Stadt brachte die VEREINIGTE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung und beim Runden Tisch der Stadt den Vorschlag ein, eine unabhängige Kommission bzw. ein Aktiv in der ständigen Kommission beim Amt für Wohnungswirtschaft/Wohnungspolitik zu bilden, mit dem Vertrauen aller Beteiligten. Beide Male fand dieser Vorschlag keine Mehrheit. Mittlererweile haben die Erhaltungswohner eine Bürgerinitiative ins Leben gerufen, da sie nicht bereit sind ungerechte Maßnahmen bzw. Maßnahmen, die ihren Lebensraum zerstören hinzunehmen. Die Vereinigte Linke fordert weiterhin eine solche Kommission, der auch Vertreter der Erhaltungswohner angehören, um diesen Bürgern eine gerechte Überprüfung ihrer Situation zuzusichern und damit endlich die Gefahr einer Entwicklung in Richtung Hefenstraße zubeseitigen. Es darf nicht sein, daß Bürger unserer Stadt aufgrund ihrer Eigeninitiative bei der Lösung ihrer Wohnungsprobleme weiterhin ausgegrenzt werden!

VEREINIGTE LINKE

Für ein linkes Ding mit Hand und Fuß weil

- wir nicht wollen, daß weiterhin nur die einen befehlen und die anderen ausführen
- die zu erwartenden Wirtschaftsprobleme nicht auf Kosten der Schwächsten gelöst werden dürfen
- gemeinsame Verantwortung nur durch gemeinsame Entscheidungen entstehen kann

Belegschaftsrechte vor Unternehmerprivilegien

DESHALB: DEMOKRATISIERUNG DER WIRTSCHAFT

- Anerkennung des Eigentümerrechts der Belegschaft durch die Schaffung von Betriebsräten mit dem Recht, in allen sozialen, personalen und wirtschaftspolitischen Fragen mitzubestimmen und notfalls durch ein Vetorecht zu entscheiden
- starke Gewerkschaften mit Streikrecht, Aussperrungsverbot und Tarifautonomie
- selbstverwaltete Betriebe als Alternative zu Konkurs- und Verkaufsbestrebungen
- Genossenschaften als demokratische Eigentumsform mit sozialer Absicherung
- Delegierung der Verantwortung und Entscheidung zunehmend auf die Ebene der Arbeitskollektive (z.B. Selbstverwaltung der Lohnfonds)

**Wer möchte bei uns
arbeiten? (Handel)**

Arbeitszeit 8.30 bis 18.00 Uhr erforderlich
Ehrlichkeit, Zuverlässigkeit, Gespür für Kunden, keine Kinder
im Krippen-Kindergärten-Schulalter.

Bewerbungen schriftlich oder persönlich bei

Fa. Neumann
Gr. Steinstr. 9, Halle, 4010

gefunden ND 1.3.90

V L ★
LINKE
EREINIGTE

KONTAKTADRESSE
BARLACHSTR.2
TELEFON 22184

Für ein linkes Ding mit Hand und Fuß

weil

- die bisher existierende Marktwirtschaft bis heute keine ökologischen Probleme gelöst hat, denn kein Land der 2/3-Welt kann ökologisch handeln
- Marktwirtschaft zu sozialen und ökologischen Lösungen gezwungen werden muß
- die Kosten für den Umweltschutz die aufbringen sollten, die sie verursachen

Frieden mit der Natur vor Gewinndenken

DESHALB:

- Neugestaltung der Preise, damit in ihnen die Kosten der Regenerierung von Naturressourcen, für die Beseitigung der Abprodukte und der verbrauchten Produkte zum Ausdruck kommen
- Förderung von Verbraucherinitiativen zur Aufklärung der Konsumenten, um ein Gegengewicht zur undifferenzierten Bedürfnisfegung des Marktes zu schaffen
- Anregung und besondere staatliche Förderung biologisch orientierter Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften zur Umorientierung des Konsumentenverhaltens und zur Produktion chemiefreier landwirtschaftlicher Erzeugnisse
- Einfließen aller Umwelt- und Verbraucherprobleme in die Bildung und Erziehung Heranwachsender



VEREINIGTE LINKE

Barlachstr. 2
Telefon 22 184

Für ein linkes Ding mit Hand und Fuß

weil

- viele heutige Probleme globalen Charakter haben und nur gemeinsam gelöst werden können
- Wohlstand in Europa zum größten Teil auf Ausbeutung in der 2/3-Welt beruht
- weder Kredite noch Solidarität die Ursachen marktwirtschaftlicher Deformationen in den unterentwickelten Ländern beseitigen

Gerechtigkeit für die Zwei- Drittel-Welt vor europäischem Egoismus

DESHALB:

- Neugestaltung der Weltwirtschaftsordnung und Einfrierung sämtlicher Schuldenlasten
- Neubewertung der Arbeitskraft in den Ländern der 2/3-Welt, so daß gleicher Lohn für gleiche Arbeit auch international gilt

DURCH:-Förderung gerechter Handelsformen (3.-Welt-Läden)

- Förderung von produktverarbeitender Industrie in den Entwicklungsländern mit nationaler Gewinnabführung
- Subventionierung eigener Produktion(Landwirtschaft, Rohstoff-industrie), um diese nicht durch Billigprodukte der 2/3-Welt zu ersetzen
- Orientierung auf eine neue gerechte Preisstruktur für 2/3-Welt-Produkte
- einheitliche Regelung für Umweltschutzanforderungen an internationale Betriebe/Konzerne



VEREINIGTE LINKE
Barlachstr. 2
Telefon 22184



Kommunalpolitische Alternativen – weil man Zukunft nicht wählen kann sondern gestalten muß

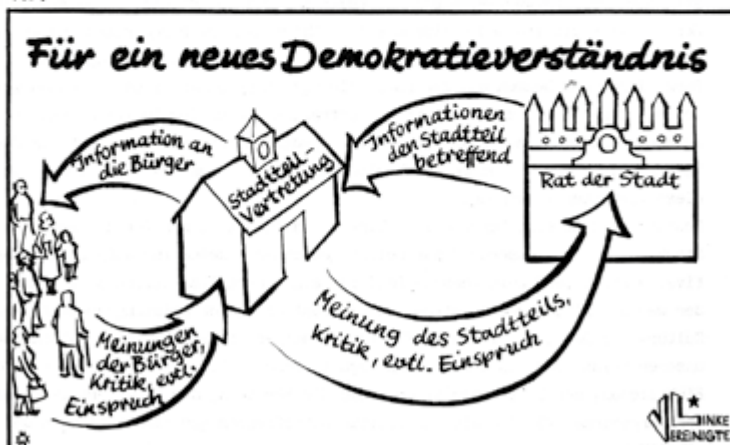
Auch wenn die große Politik nun feststeht – wir leben und erleben diese in unserer Stadt. Hier werden die Probleme auftreten, hier müssen wir diese Probleme lösen. Daß die Probleme kommen, ist gewiß, daß wir sie selbst anpacken müssen, ist unabwendbar. Was wir aber erreichen können, ist, daß die kommenden Lasten gemeinsam getragen werden und jedem/jeder in Rostock eine soziale Perspektive geboten wird. An den Schwierigkeiten in unserer Stadt soll sich keiner gesundstoßen, aber auch keine/r zerbrechen.

Es ist wichtig, daß wir ein demokratisch gewähltes Stadtparlament haben werden, aber es ist noch wichtiger, daß Parlamentarier und Politiker niemals wieder über die Köpfe der Bürger hinweg entscheiden können. Was wir in Rostock brauchen, ist eine ökologisch-soziale Wirtschaft, eine saubere Umwelt, vielseitige Kultur und Bildung sowie eine soziale Perspektive für jeden. Deshalb geht es nicht um ein schwarzes, grünes oder rotes Rostock, wir brauchen ein Rostock, in dem alle mitbestimmen können, wie sie in ihrer/ in unserer Stadt leben wollen. Unsere wichtigste Forderung ist die nach Mitbestimmung; Mitbestimmung auch zwischen den Wahlen und vor jeder Entscheidung – in allen Bereichen. Ob im Stadtteil, im Betrieb, in der Schule, im Freizeit- und Kulturbereich – Mitdenken ist Bürgerrecht und -pflicht. Dies muß gefördert und festgeschrieben werden, denn die Gefahr, daß andere uns BürgerInnen das Denken und die Entscheidungen über unsere Stadt abnehmen wollen, ist nicht gebannt. Es geht nicht um Vertrauensbeweise für PolitikerInnen per Abstimmung, es geht um das Vertrauen eines jeden Bürger in sich selbst, um das Vertrauen, eigene Interessen und Möglichkeiten selber am besten zu kennen und diese vertreten zu können.

Rostock braucht eine Perspektive. Eine für alle, nicht nur für die Wendigen und Starken. Eine aus unserer Stadt selbst gewachsene, keine ihr aufgesetzte Perspektive. Rostock darf kein Versuchsfeld für ein frühkapitalistisches Wirtschaftswunder werden. Ellenbogenverhalten und unverantwortlicher Leistungsdruck bedeuten Kultur- und Demokratieverlust. Ein langfristiger wirtschaftlicher Aufschwung unserer Stadt, der uns BürgerInnen zugute kommen soll, funktioniert nur unter Einbeziehung der Interessen aller. Ohne die Förderung der Eigenverantwortung der BürgerInnen für die sie unmittelbar betreffenden gesellschaftlichen und politischen Probleme, ohne ihre wirkungsvolle Einbeziehung in die Lösung dieser Probleme werden sich ein solidarisches Zusammenleben, Nachbarschaftshilfe, vielfältige menschenbezogene Stadtstrukturen nicht entwickeln. Wir wollen ein buntes Rostock, in dem keiner/keine ausgegrenzt wird, und all das gefördert wird, was uns RostockerInnen eine Zukunft ermöglicht. Keine kurzfristigen Aufschwünge, sondern langfristige Lösungen, kein bloßes Vordenken der PolitikerInnen, sondern das Mitdenken aller, keine Unterordnung unter fremde Zwänge, sondern Selbstbestimmung des eigenen Weges. WIR BRAUCHEN KOMMUNALPOLITISCHE ALTERNATIVEN!

Wenn wir RostockerInnen es nicht selber tun, wird man uns verwalten

Rostock ist eine Großstadt ohne Großstadtstruktur, ohne Großstadtkultur. Um das Kultur-, Verkehrs- und Einkaufszentrum herum stehen Satellitenstädte, die von diesem Zentrum mitleben müßten, aber es nicht können. Die Lösung heißt: Dezentralisierung der Stadt in selbständige Stadtteile, heißt Dezentralisierung der kommunalen Entscheidungen, heißt Dezentralisierung der Etats für alle Stadtteilbelange (Kultur, Landschaftsgestaltung, Bebauung, Gewerbestruktur usw.). Jedem Stadtteil eine, seine Versorgungs- und Dienstleistungsstruktur. Das gilt auch für das Stadtzentrum, das nicht zu einer toten Büro- und Verkaufszone erstarren darf. Alle Stadtgebiete sollen ebenso Wohn- wie Versorgungsraum als auch Kulturraum sein. Wie das in welchen Stadtteil aussehen soll, entscheiden die BürgerInnen selbst. Daher bedarf es neben dem Stadtparlament neuer demokratischer Strukturen, die den Ausgleich zwischen den Gesamtinteressen der Stadt und den Bürgerinteressen in den einzelnen Stadtteilen ermöglichen. Nur eine solche Dezentralisierung stellt für die einzelnen BürgerInnen, für das einzelne Wohngebiet Durchschaubarkeit und Nachvollziehbarkeit der kommunalen Angelegenheiten her. Deshalb schlagen wir für die kommunale Selbstverwaltung der Stadt folgendes vor:



- Schaffung eines Selbstverwaltungsetats der Stadt für Entwicklung der Infrastruktur und zur Lösung der wachsenden sozialen Probleme mittels:
 - fester prozentualer Anteile der Stadt an Lohn-, Einkommens-, KFZ- und Vermögenssteuern u. a. m.,
 - kommunal festgelegten Abführungen aller Betriebe an die Kommune,
- des Rechts der Stadt auf spezifische Einnahme- und Finanzierungsquellen, wie z. B. Kommunalobligationen, Annahme von Schenkungen und Stiftungen, Aufnahme von Krediten, Umwelt- und Touristensteuer usw.,

- ökonomischer und verwaltungstechnischer Einbindung der Stadt Rostock in das Land Mecklenburg/Pommern (u. a. Lastenausgleich);
- Aufteilung der Stadt in Stadtteile mit eigener Haushalts- und Entscheidungskompetenz;
- Festlegung der Stadtteilterritorien in überschaubarer Größe entsprechend historischer und städtebaulicher Besonderheiten;
- Einsetzung eines/r Stadtteilbürgermeisters/-meisterin durch die Stadtverordneten des jeweiligen Stadtteils;
- Anerkennung der Bürgerräte und Bürgerinitiativen als Interessenvertretungen der BürgerInnen im Stadtteil;
- Zugang dieser Bürgervertretungen zu sämtlichen Informationen, die die Interessen des Stadtteils betreffen (Informationspflicht des Rates der Stadt, der Stadtverordnetenversammlung, des Stadtteiloberbürgermeisters);
- Arbeit der Bürgerräte als Interessenvertretung durch:
 - Informationspflicht gegenüber der Bevölkerung,
 - Einspruchrecht entsprechend den Interessen der Bevölkerung gegen Entscheidungen der gewählten und Verwaltungsorgane unserer Stadt,
 - Recht auf Einbringung eigener Konzeptionen gegenüber den gewählten und Verwaltungsorganen
 - Selbstverwaltung des Stadtteilfinanzzetats im Konsens mit dem Stadtteilbürgermeister



Die Bevormundung der Betriebe durch den Staat ist beendet. Da sich die Wirtschaft nachweislich nicht allein durch den Markt reguliert (Ansiedlung, Infrastruktur usw.), braucht auch Rostock eine langfristige Konzeption der Wirtschaft, die den Bürgerinteressen verpflichtet ist. Wir brauchen keine gut verwalteten Arbeitslosen, sondern eine soziale Perspektive für jeden. Die Stadt trägt in dieser Hinsicht die Verantwortung für Rahmenbedingungen, die zum ei-

nen den Erhalt bestehender Großindustrien sichern und die Ansiedlung von nationalem Kleingewerbe und mittelständischen Betrieben fördern; zum anderen wird es für Rostocks Zukunft wichtig sein, in der Wirtschaft Strukturen der Selbstverwaltung zu unterstützen. Selbstverwaltungsstrukturen sind ein wichtiger Teil der Demokratisierung der Wirtschaft. Nur eine solche Demokratisierung sichert, daß soziale Ungerechtigkeiten in unserer Stadt nicht zur Normalität werden. Selbstverwaltung heißt, in allen Bereichen über den eigenen Betrieb mitzuentscheiden, damit humane und kreative Arbeitsbedingungen zu schaffen, und dadurch zu einer kulturvollen Lebensweise und verantwortlicher Konsumtion zu finden.

Darum wollen wir:

- Belegschaftsvertretungen, die als Interessenvertreter der Belegschaft das Recht auf Information und gleichberechtigte Mitbestimmung haben, die unter Einbeziehung der Belegschaft mitdenken, mitreden und eigene Konzeptionen erarbeiten;
- das Recht für Belegschaften, Klein- und Mittelbetriebe als Genossenschaften oder Aktiengesellschaften in die eigenen Hände zu übernehmen und über den Gewinn zu verfügen;
- Wirtschaftsberatungszentren, die alternative Konzeptionen im Sinne der Belegschaften erarbeiten sowie selbstverwaltete Betriebe und Genossenschaften unterstützen;
- einen kommunalen Fond "Alternative Regionalökonomie", mit dem die ökonomische, technische und juristische Hilfestellung bei Gründung und Betrieb alternativer Projekte, wie selbstverwaltete Betriebe, Genossenschaften, sozialwirtschaftliche Belegschaftskonzeptionen, Produktionsumstellung auf Alternativprojekte (Umweltschutztechnik, biologische Landwirtschaft u. ä.) gesichert wird;
- bevorzugte Standort- und Gewerberaumvergabe an ökologische und stadt spezifische Gewerbe- und Handelseinrichtungen;
- finanzielle Bindung von Umschulmaßnahmen an den Betrieb (bei Arbeitsplatzabbau);
- Erhaltung des Rechts auf Arbeit und des Kündigungsschutzes bei Umstrukturierungen;
- Auflagen für den Erhalt und die Schaffung von Erwerbsmöglichkeiten für Frauen, alleinerziehende Mütter (Kurzarbeit) und Behinderte;
- Bindung der Lehrlingsausbildung an die Betriebe aller Größenordnungen.

Kommunalpolitik ist Sozialpolitik

Jugendliche, Frauen, Rentner und Behinderte - sie bilden häufig den sozial schwächsten Teil der Gesellschaft, den niemand einfach dem "Markt" überlassen darf. Hier muß unsere Stadt beweisen, wie ernst sie es mit ihren Bürgern meint. Deshalb sollten wir uns unbedingt für eine wirtschaftliche Entwicklung einsetzen, die alle mitnimmt: die Frauen mit Kindern, die Behinderten, die Senioren, die Jugendlichen. Hier werden die Werte der Gesellschaft gesetzt, hier erweist sich, ob Wirtschaft für den Menschen da ist oder zum Selbstzweck wird. Wir fordern deshalb, daß die Stadt für alle diese Bereiche Gelder bereitstellt, damit folgende Sicherheiten gegeben sind:

- Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten für aktive ältere BürgerInnen;
- Neubau und Umbau von Wohnungen, die soziale Integration von Senioren und Behinderten ermöglichen;
- Auflagen für alters- und behindertengerechte Wohnungen bei Neubau und Rekonstruktionsvorhaben;
- Verbesserung des baulichen, sozialen und fachlichen Zustands der Pflegeheime;
- stadtteilbezogene ambulante Pflege und Betreuung, Pflegegeld für die Pflege von Familienmitgliedern;
- Unterstützung für Frauenzentren;
- Erziehungsgeld für zu Hause erziehende Eltern;
- Einrichtung selbstverwalteter Stadtteilkommunikationszentren, die Senioren- und Arbeitslosentreffs, Spielstätten und Freizeitwerkstätten usw. beherbergen;
- Jugendclubs unter Selbstverwaltung der Jugendlichen bei Beibehaltung der Subventionierung;
- Unterstützung eines Jugendalternativzentrums in der Stadt für politisch engagierte Jugendliche.



Diesem Anspruch wird Rostock nicht gerecht. Wir können in Rostock wohnen, arbeiten und einkaufen, jedoch alles unter dem Diktat zentralistischer Stadtstrukturen. Lange Wege, riesige Wohngebiete ohne entsprechende Dienstleistungs- und Versorgungsstrukturen, zerfallende Stadtteile sind unser Alltag. Doch die Bedürfnisse der Rostocker haben sich geändert. Es geht nicht mehr nur um eine Wohnung, sondern um Wohngebiete, in denen wir leben können. Es geht nicht mehr nur um breite Straßen, sondern um eine menschenfreundliche Verkehrskonzeption. Es geht nicht mehr nur um Blumenrabatten, sondern um eine durchgehende Begrünung der Stadt.

Es geht um ein Rostock mit Freiräumen und Natur. Grundlage dafür ist die Schaffung von kommunalen Eigentum. Kommunales Eigentum sollte überall dort entstehen, wo es die Sicherung grundlegender Lebensbedingungen (Gesundheitswesen, Sozialwesen, Stadtwirtschaft, Verkehrswesen) gebietet oder wo man die Befriedigung von Bedürfnissen

nicht der Unsicherheit des Marktes aussetzen sollte (sozialer Wohnungsbau, Wasser, Energie, Gas, Wärme, Nahverkehr). Kommunales Eigentum an Grund und Boden ist gleichzeitig die Gewähr, daß Alternativen durchsetzbar bleiben, gerade dort, wo der Markt versagen könnte.

1. Was in einer neuen Verkehrskonzeption unbedingt enthalten sein muß:

- Tempolimit 30 in den Wohngebieten (außer Durchfahrtsstraßen) sowie Einrichtung von Wohn- und Spielstraßen;
- Vorfahrtsschaltungen der Ampeln für Nahverkehr, Fußgänger und Radfahrer sowie behindertengerechte und fahrradfreundliche Gestaltung der Kreuzungen;
- Aufbau und Erhalt eines Radwegnetzes;
- Förderung eines ökologisch und langfristig orientierten Nahverkehrs;
- Ausbau von P und R -Parkplätzen bzw. (Untergrund-)Parkhäusern.

2. Was wir unter sozialer und bürgernaher Stadtgestaltung verstehen

- Errichtung stadtteilbezogener Sanierungsbüros, die für die Stadtteile Konzepte zur behutsamen Stadterneuerung erarbeiten;
- Mitbestimmungsrecht für Bürgerräte, Mietergenossenschaften sowie den Mieterbund bei der Erstellung von Bebauungs- und Sanierungskonzepten;
- Umgestaltung der Innenhöfe in den Altstadtgebieten zu Erholungs- und Spielplätzen;
- Auslagerung von Groß- und Mittelindustrie aus den Wohngebieten auf andere Standorte;
- mehr Kleingewerbe und Kultureinrichtungen in die Wohngebiete (bzw. in die Neubaugebiete) entsprechend den Bewohnerinteressen;
- kein Verkauf von Häusern, Gebäudekomplexen und Stadtteilen - Erhaltung des kommunalen Eigentums;
- Übergabe von Häusern in die Selbstverwaltung durch Mietergenossenschaften;
- Kunstwerke statt Werbeflächen in den Stadtteilen;
- Umgestaltung von Straßen und Plätzen zu öffentlichen Räumen, wo die Bürger des Wohngebietes Gesellschaft, Unterhaltung sowie Kultur erleben können.

Kulturelle Vielfalt vor Freizeitkommerz

Rostock braucht eine Großstadtkultur, braucht eine Kultur, die dezentralisiert, vielfältig und unzensuriert ist. Weder durch Macht noch durch Subventionen dürfen Kunst- und Bildungsgrenzen gesetzt werden. Kulturelle Vielfalt kann nur entstehen, wenn neue Werte, die für die Entwicklung einer Gesellschaft notwendig sind, in ihr zum Tragen kommen können. Kulturelle Vielfalt ist auch gleiches Recht auf Kultur und Bildung für alle; ist Kultur in allen Lebens- und Arbeitsbereichen. Das bedeutet:

- Erhalt eines Stadttheaters, der Museen und Ausstellungsräume für die Kommune;
- Schaffung von Freiräumen und Möglichkeiten, daß kulturelle Initiative an den Kulturinstitutionen wie in den Wohngebieten sich entfalten können (Proberäume, Auftrittsbühnen, finanzielle Unterstützung);
- Dezentralisierung der Kultur durch Aufbau eigener Kulturzentren in den Stadtteilen entsprechend den Bedürfnissen der Bewohner (Klubs, Buchläden, Kinos, Aufführungs- und Ausstellungsräume);

- einen kulturellen Etat für die Stadtteile, der durch den Bürgerrat sowie Vertreter aller kulturellen Initiativen des Stadtteils verwaltet wird
- gleichberechtigte Subventionierung aller Schulen, Modellschulen und Spezialschulen
- Schulverwaltung durch Vertreter von Schüler-, Lehrer- und Elternräte mit gleichberechtigter Entscheidungskompetenz
- Spielplatzneu- und Umgestaltung unter Einbeziehung der Anwohner zu kreativen Spielplätzen (Abenteuerspielplatz, Bauspielplätze u. ä.).



...die unter der von uns aufgebürdeten Last zu wanken beginnt. Wo und wie werden unsere Kinder leben? Es ist nötig, über Krankheit zu reden, wenn wir deren Ursachen nicht bekämpfen, es ist nötig, über und mit der Jugend zu reden, wenn wir deren Zukunft verschmutzen, es ist nötig, über Wirtschaft zu reden, wenn wir ihr das Wasser abgraben, die Luft verpesten, den Boden verseuchen, es ist nötig, über Entwicklungshilfe zu reden, wenn wir Probleme in Billiglohnzonen delegieren. Für die Verbesserung der globalen Umwelt- und Armutssituation stellen bestehende Wirtschaftskonzepte eher schlechte Beispiele als Alternativen dar. Neue Wege sind daher unabdingbar, Wirtschafts-, Energiepolitik und Tourismus orientieren sich bis jetzt eher an zu erwartenden Gewinnen als an der Verantwortung für die Umweltfolgen. Die Abfälle werden unter den Teppich gekehrt. Eine zukunftsorientierte Lebensweise bedarf grundsätzlich neuer Modelle und Verhaltensweisen, wobei heutige Entscheidungen nicht die Hemmnisse von morgen werden dürfen.

1. Kommunale Energiewirtschaft:

- Übernahme der gesamten Energieversorgung in kommunales Eigentum (Wasser, Wärme, Energie);
- Erarbeitung kommunaler Energiekonzeptionen unter Einbeziehung und Verflechtung von verschiedenen, auch alternativen Energiequellen (Solarenergie, Abwärmenutzung, Windenergie, Bioenergie);
- Förderung verbrauchernäher Energieerzeugung bzw. nachbarschaftlicher Konzepte der Energieversorgung und Nutzung regenerativer Energiequellen;

- Unterstützung aller Energiemaßnahmen wie Wärmeisolierung an Gebäuden und Leitungssystemen, Produktion energiesparender Technik;
 - konsequente Progressivsteuer bei Energieverschwendung bzw. energieverwendenden Produkten und Technologien; Steuerentlastung bei Nutzung alternativer Ener-
2. Abfallwirtschaft ist Zukunftswirtschaft:
- Aufbau und Ausbau der Sekundärrohstoffeffassung als Gesamtmüllsammlung;
 - Verursacherprinzip für alle Umweltverschmutzer durch Bewertung der Abprodukte und deren Ökologischer Folgen;
 - kommunale Unterstützung für alle Formen der Umwelt- und Ökologischen Verbraucherberatung;
 - Sanierung der Trink- und Abwassersysteme in der Altstadt bei Orientierung auf Getrenntversorgung von Trink- und Brauchwasser;
 - recyclingorientierte Aufarbeitung der unliegenden Deponien;
 - steuerliche Förderung einer Recyclingwirtschaft.
3. Grünflächen statt Grauzonen:
- Schaffung eines Grünflächennetzes für die Stadt Rostock durch Innenhof- und Fassadenbegrünung, Straßenrandbepflanzung, Erhalt bestehender und Schaffung neuer Grünanlagen;
 - Auflagen der Stadt zu Grünflächenanteilen bei privaten Grundstücken;
 - Schutz und Erhalt aller Rostocker Naturschutzgebiete, insbesondere der Rostocker Heide und des Hüttelmoores, und aller Wasserflächen.
4. Sanfter Tourismus:
- Durchsetzung einer Ökologischen Tourismuskonzeption durch kostendeckende Besteuerung und Abgaben zur Finanzierung der Entsorgung;
 - Begrenzung des Touristenstromes entsprechend der Belastbarkeit der natürlichen Umwelt;
 - unbedingte Sicherung der Naturschutzgebiete vor touristischer Vernutzung, Schaffung einer Umweltschutzpolizei sowie Übergabe ordnungsrechtlicher Befugnisse an Mitglieder von Umweltgruppen;
 - Einbeziehung der Bürgerräte (insbesondere in Warnemünde und Markgrafenheide) in die Erarbeitung von Tourismuskonzeptionen;
 - Ausbau und Schaffung von P&R-Parkplätzen für Zufahrten zur Küste (insb. Markgrafenheide);
 - Erhalt des typischen Landschaftsbildes beim Neubau touristischer Einrichtungen.



Dok. 14: Zweifarbig gestaltetes Wahlplakat der Vereinigten Linken aus dem Jahr 1990.

ROSTOCK den
30.5.90

LIEBE KR FREUNDE UNDFREUNDINNEN DER VEREINIGTEN LINKEN DES LANDES-
VERBANDES MECKLENBURG !

Am 26.5.90 fand das 1. Treffen des Koordinierungsrates des Landesverbandes Mecklenburg statt. Dort vereinbarten wir unter anderem Überregionale Arbeitsgruppen zu bilden. Wir haben versucht die einzelnen Bereiche die einige von uns interessiert in gemeinsame Arbeitsgruppen zu integrieren. Auch um der Vereinzelung vorzubeugen. Um das erstmal die Treffen der Arbeitsgruppen zu organisieren, habe ich hiermit die Koordination übernommen. Die Gruppen sollten unbedingt während des 1. Treffens einen Verantwortlichen ausmachen und ihre weiteren Kontakt- und Arbeitsformen absprechen und außerdem ihr nächstes Treffen. Das kann alles in der vollen Eigenständigkeit der Gruppen passieren. Außerdem sollte versucht werden sehr Projektbezogen zu arbeiten wie z.Bsp. in Schwerin zu einer Verkehrskonzeption. Die interne Koordination und Information der Arbeitsgruppen kann organisatorisch über den oder die Verantwortliche und die VL-Büros in SCHWERIN; NEUBRANDENBURG; GÜSTROW; ROSTOCK oder BAD DOBERAN laufen. Das bleibt dem Organisationstalent der einzelnen Gruppen vorbehalten. Ein weiterer Schritt wäre regelmäßig über den Arbeitsstand bzw. Ergebnisse oder Aktionen die gesamte VL des Landesverbandes zu informieren. Das könnte über ein Info-Blatt erreicht werden. Die DDR-VL ist über das Arbeitssekretariat der VL erreichbar, die Adresse lautet LINKES DOKUMENTATIONSZENTRUM (ARBEITSSEKRETARIAT DER VL) PSFIIY 114 Berlin 1080

Nachfolgend die 4 Arbeitsgruppen die wir gemeinsam aus verschiedenen Interessenten und Arbeitsgruppen zusammengestellt haben und der Ort bzw. Termin ihres 1. Treffens.

1. ARBEITSGRUPPE : THEORIE; WIRTSCHAFT; GEWEKSCHAFT-BETRIEBSRÄTE; ARBEITSLÖSENVERBAND; SOZIALES

2. ARBEITSGRUPPE : VERKEHR; ÖKOLOGIE; ENERGIE; TOURISMUS

ACHTUNG!!!: Beide obengenannten AGs treffen sich das erste mal am 10.6.90 in Neubrandenburg Engelsring 53 um 14.00 Uhr im VL-Büro

2. ARBEITSGRUPPE: KULTUR; BILDUNG; JUGEND; KOMMUNALPOLITIK

3. ARBEITSGRUPPE: MEDIEN; INFOS

ACHTUNG!!!: Beide AGs treffen sich erstmals am Rande des Arbeitstreffens in Dresden der DDR-VL vom 15.-17.6.90; das erste regionale Treffen findet am 24.6.90 in Rostock, Barlachstr. 2 um 13.00 Uhr statt.

Der Koordinierungsrat bittet alle VL-Mitglieder und Sympathisanten die inhaltlich arbeiten wollen oder Interesse haben uns nicht in das politische Abseits gleiten zu lassen, in den Überregionalen Arbeitsgruppen mitzuwirken bzw. am Arbeitstreffen vom 15.-17.6.90 in Dresden teilzunehmen (ANLAUFUNKT IN DRESDEN: KARL-MARX-PLATZ 2d 8050 Dresden- 5Min. vom Bahnhof Dresden Neustadt, gegenüber dem Interhotel Belevd Tel. 5982844) Wir können nur politisch wirksam sein und werden, wenn wir Fach- u. Sachkompetenz entwickeln. Dies scheint mir nur möglich wenn wir unsere Kräfte bündeln (Arbeits- u. Diskussionsgruppen) und in einer Lehr- u. Lehrgemeinschaft gemeinsam diese Sach- u. Fachkompetenz Schritt für Schritt erarbeiten. In diesem Sinne lade auch alle der Koordinierungsausschuß zu den Treffen der Arbeitsgruppen ein.

KOORDINIERUNGSRAT DES LANDESVERB. d. VL
i. A. Christoph Kelz
Sprecher VL-Rostock

Mecklenburg - Januar 1990

AN DAS DEUTSCHE VOLK -

Angesichts des immer stärkeren Rechtsrucks in beiden deutschen Staaten wenden wir uns an alle Bürgerinnen und Bürger der DDR, die an einer realistischen, politisch tragfähigen und durchgreifenden gesellschaftlichen Umgestaltung der DDR und zur Eigenständigkeit alternativer Konzepte im Geiste einer demokratischen, freiheitlichen Entwicklung unserer Republik bereit sind.

Die DDR-Bürgerinnen und -Bürger haben die friedliche Revolution zur Demokratie durchgeführt - kein Kohl oder Schönhuber!

Wollen diese DDR-Bürger nun die eben erhaltene freiheitliche Demokratie gegen eine Deutsche Bank-Bevormundung abgeben?

Die Mecklenburger "Vereinigte Linke" tritt entschieden gegen die Vereinnahmung der geschaffenen Werte des DDR-Volkes durch die BRD-Monopole auf!

Deshalb:

Die Linken in unserem Land können sich kein Sektierertum mehr leisten!

Wir müssen die treibende Kraft zur "Koalition der Vernunft" sein, welche sich auf die Vielfalt aller sich zum Sozialismus bekennenden politischen und sozialen Kräfte in der DDR stützt, aber darüber hinaus allen sozialen und politischen Gruppierungen unter dieser Voraussetzung des Sozialismus eine Perspektive geben kann!

Wir wenden uns an alle, die von der Wirtschaft und der Politik und deren Mechanismen etwas verstehen - ob Direktor oder Arbeiter, ob Kleinunternehmer oder privater Handwerksmeister, ob Lehrer oder Bauer, ob Mutter oder Junggeselle .. etc.

Wir müssen **gemeinsam** einen Weg finden, um unseren Kinder und Kindes Kindern eine sozial gerechte, ökologisch vertretbare, politisch und ökonomisch stabile friedliche Zukunft zu gewährleisten.

Wir müssen gemeinsam einen Weg finden, damit auch der DDR-Kleinunternehmer und -Handwerksmeister seine gesicherte Zukunft hat.

Wir müssen gemeinsam einen Weg finden, den Jugendlichen ein frohes Jugendleben zu ermöglichen und dem Rentner ein sorgenfreies Lebensabend zu sichern!

Wir müssen gemeinsam noch viele Lösungswege finden, um die Aufgaben unserer Zeit bewältigen zu können!

Wir wenden uns deshalb an Christen und Marxisten genauso wie an alle Bürgerinnen und Bürger, die für eine antikapitalistische, antifaschistische, antinationalistische und antirassistische Deutsche Demokratische Republik eintreten!

Wir rufen alle arbeitende Bürgerinnen und Bürger zur intensiveren und besseren Arbeit an ihrem Arbeitsplatz auf, um somit eine weitere Verschlechterung der ökonomischen Situation unseres Vaterlandes zu verhindern!

Wir rufen alle Interessenten und Sympathisanten unserer basisdemokratischen Organisation zur Mitarbeit bei den "Vereinigten Linken" auf!

Mecklenburger "Vereinigte Linke"
PSF 153
Güstrow
2600

L E I T S Ä T Z E
der Bürgerbewegung " Vereinigte Linke " ,Stralsund"

1. Eine Initiativgruppe zur Sammlung aller linksorientierten Bürger und Gruppierungen (unabhängig von Konfession und Parteizugehörigkeit) des Territoriums Stralsund und darüber hinaus.
Das schließt eine Zusammenarbeit mit anderen demokratischen Bewegungen und politischen Parteien nicht aus.
2. Wir lehnen entschieden alle Versuche und Bestrebungen ab, Rechts- und Linkseradikalismus auf dem Boden der DDR zu dulden. Wir sind eine antifaschistisch- demokratische Bürgerbewegung.
3. Die Vereinigte Linke will für eine souveräne DDR als integraler Bestandteil des europäischen Hauses eintreten. Eine Wiedervereinigung der DDR mit der kapitalistischen BRD lehnen die Mitglieder und Sympathisanten der Vereinigten Linken ab. Sie unterstützen jedoch praktische Maßnahmen einer vertraglich genau fixierten Zusammenarbeit mit der BRD, wenn sie den Bürgern der DDR zu gute kommen.
4. Die Vereinigte Linke strebt für eine Gesellschaft, in der für alle Menschen solche Bedingungen geschaffen werden, daß jeder seine Natur frei entfalten und mit seinen Nachbarn in einem würdigen und soziale gerechten Verhältnis leben kann, ohne sich vor einer gewalttätigen Erschütterung seiner Lebenslage zu fürchten.
5. Wir treten für Volksentscheide als Mitbestimmungsrecht des Volkes, für die Bildung von Bürgerräten und für Betriebsräte ein!
6. Den Ausweg aus der Krise erkennt die Vereinigte Linke in einer eigenständigen DDR mit einem wahren sozialistischen Charakter, in der die Interessen der Bürger das Handeln der von ihnen dafürgeschaffenen staatlichen Institutionen lenken.
7. Globales Denken und lokales Handeln sind Voraussetzungen für die Änderungen der Lage der Länder der dritten Welt und für die Gesundheit und Erhaltung der natürlichen Umwelt als unsere Lebensgrundlage!
8. Als ein Neoziel betrachten wir den Zusammenschluß aller linksorientierten Bürger des Territoriums Stralsund für eine kräftige Wahlbewegung für die Wahlen am 06. Mai 1990.

Stralsund, d. 26.1.90

Ingo Mattausch war am 7.2.90 hier

APPELL

FÜR EINE SAMMLUNG VON MATERIALIEN DER VL!

Die Geschichte der Initiative für eine Vereinigte Linke droht in Vergessenheit zu geraten. Diese Geschichte für die Gegenwart nutzbar zu machen ist auf die Dauer nur auf der Basis von Dokumenten möglich. Sie zu sammeln soll die Aufgabe eines im Aufbau begriffenen Online-Archivs sein, dessen Träger die Rosa-Luxemburg-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern ist. Wir bitten alle Leser*innen unserer Publikation, den schon vorhandenen Schatz an Zeugnissen und Erinnerungen zu erweitern und Flugblätter, Plakate, Manuskripte usw., die die

Arbeit der VL belegen, diesem Vorhaben in digitalisierter Form zur Verfügung zu stellen. Sie sollten dafür mit einer Auflösung von mindestens 300 dpi eingescannt werden.

Weitere Informationen finden Sie unter:
herbst89onlinearchiv.org

Unterstützung erhalten Sie unter:
kontakt@herbst89onlinearchiv.org

Die Autoren

AUTOREN

Christoph Kelz, 1964 in Leipzig geboren, 1980 Austritt aus der FDJ, Facharbeiter Schafzucht (Schäfer), 1982 Mitbegründer der «Leipziger Friedensgebete», 1986/87 Bausoldat, 1988/89 Studium der Gemeindepädagogik in Potsdam, Diplomsozialpädagoge, Mitbegründer der «Vereinigten Linken» Rostock 1989 und einer der drei Sprecher*innen des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern der VL bis zu deren formaler Auflösung 2013, seit 1993 als Sozialarbeiter sowie Systemischer Familien- und Sozialtherapeut in der sozialen Arbeit tätig.

Hendrik Mayer, Jahrgang 1987, engagierte sich nach dem sprachwissenschaftlichen und historischen Studium in Greifswald und Rostock innerhalb des Dokumentationszentrums «Lichtenhagen im Gedächtnis», für die

Rosa-Luxemburg-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern betreute er zuletzt das digitale Erinnerungsprojekt «#Herbst89inMV», das ein multimediales Vermittlungsangebot zur gesellschaftlichen Transformation an der Jahreswende 1989/90 bietet.

Erhard Weinholz, geb. 1949 in Brandenburg a. d. H., Hochschul-Ökonom, Dr. phil., 1990 wissenschaftlicher Mitarbeiter des VL-Volkskammerabgeordneten Thomas Klein, Mitarbeiter im Arbeitssekretariat des DDR-Sprecherrats der VL, VL-Vertreter in der Podium-Redaktion der *Berliner Zeitung*, 2001 bis 2007 Mitglied der Redaktion von *Horch und Guck*, arbeitet publizistisch und literarisch, letzte Buchpublikation: «Lokaltermin. Berliner Ansichten» (2018). Lebt in Berlin.

Die hier bereitgestellten Informationen und Dokumente wurden mit großer Sorgfalt zusammengestellt. Sollten dennoch Rechtsansprüche Dritter berührt sein, bitten wir um entsprechende Mitteilung.

Impressum

MATERIALIEN Nr. 34

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Alrun Kaune-Nüßlein

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2199-7713 · Redaktionsschluss: Juli 2020

Redaktion: Uwe Sonnenberg

Titelbild: unter Verwendung von Wahlkampfmaterial der Vereinigten Linken 1990

Bild S. 39: BArch, SAPMO, SGY 20/38, folio 184

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling

**Aus einer großen und schönen
Hoffnung heraus ist die Initia-
tive für eine Vereinigte Linke
(VL) im Herbst 1989 entstan-
den: dass gerade jetzt, in jener
Krise, in die die SED-Politbüro-
kratie das Land geführt hatte,
der Aufbruch hin zu einem frei-
heitlichen und demokratischen
Sozialismus möglich sei.
Was die VL erreicht hat, woran
sie gescheitert ist, was von
ihren Grundsätzen weiterhin
aktuell sein könnte - diesen
und anderen Fragen widmen
sich die hier versammelten
Texte aus Rostock und Berlin.**